

Preußische Allgemeine



Nr. 28 · 14. Juli 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Wie geht es Deutschland?

Auftakt zu den **PAZ-Sommerinterviews 2023**, in denen sich prominente Autoren zur Lage unseres Landes und der Welt um uns herum äußern **Seite 3**



Adelskultur Schloss Doberlug zeigt die Sammlung Dohna-Schlobitten **Seite 9**



Gomorrha Vor 80 Jahren legte die RAF Hamburg in Schutt und Asche **Seite 11**

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

Es ist Zeit für einen neuen Wandel durch Annäherung

Vor 60 Jahren warb Egon Bahr in seiner Tutzinger Rede für eine neue Ostpolitik. Wer gibt heute Impulse für eine Annäherung zwischen West und Ost?

Es sollten „nur einige Bemerkungen“ sein, „zur Anregung der Diskussion gedacht“. Mit dieser Untertreibung leitete der Sozialdemokrat Egon Bahr am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing eine der wirkmächtigsten Reden der deutschen Nachkriegsgeschichte ein. Entsprechungen „dem Zweifel, ob wir mit der Fortsetzung unserer bisherigen Haltung das absolut negative Ergebnis der Wiedervereinigungspolitik ändern können“, stellte der damalige Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin die Grundpfeiler der bisherigen bundesrepublikanischen Deutschlandpolitik in Frage. Denn diese habe mit ihrer Philosophie der militärischen Abschreckung und des Abbruchs der Handelsbeziehungen zum Osten dem erklärten Ziel kein bisschen nähergebracht.

Tatsächlich stand die Welt im Sommer 1963 am Abgrund. Während in Europa durch die Errichtung eines „Eisernen Vorhangs“ und den Bau der Berliner Mauer eine politische Eiszeit herrschte, hatten die beiden Supermächte USA und Sowjetunion nur wenige Monate vorher während der Kubakrise kurz vor einer atomaren Katastrophe gestanden.

„Strategie des Friedens“

Gegen diesen Geist der Zeit setzte Bahr mit der Formel „Wandel durch Annäherung“ einen Gegenentwurf, der darauf abzielte, unterhalb formaler und juristischer Fragen durch kleine Schritte eine Veränderung des politischen Großklimas einzuleiten. Zur Grundlage seines Ansatzes erklärte Bahr die wenige Wochen zuvor von US-Präsident John F. Kennedy ausgerufene „Strategie des Friedens“, die die bisherige US-amerikanische Strategie, auf Basis militärischer Überlegenheit eine „Pax Americana“ zu etablieren, ersetzte. Der Frieden an sich war angesichts des Blicks in den Abgrund zu einem wichtigeren Gut

geworden als zuvor formulierte sicherheitspolitische Maximalziele.

Seit Ausbruch des Ukrainekriegs steht die Welt abermals an einem Abgrund. Erneut stehen sich die USA und Russland als Nachfolger der Sowjetunion in offener Rivalität gegenüber. Natürlich sind wesentliche Umstände heute andere als vor 60 Jahren, doch gibt es einige Parallelen, die es lohnen, sich Bahrs Rede und seine Formel vom „Wandel durch Annäherung“ zu vergegenwärtigen. Und dies keineswegs nur unter geschichtswissenschaftlichen Aspekten.

Auch heute kann eine nüchterne Analyse des aktuellen mit Russland bestehenden Konflikts um die Ukraine nur zu dem Ergebnis kommen, dass die westliche Politik seit einiger Zeit festgefahren ist. Zwar ist es – allen voran durch die Aufopferungsbereitschaft der Ukrainer sowie mit Hilfe massiver westlicher Waffenlieferungen, vor allem der USA – gelungen, ein russisches Überrennen der Ukraine zu unterbinden. Doch sind die Ukrainer und ihre Unterstützer weit davon entfernt, Russland wie erklärt zu besiegen.

Beiderseitige Sackgassen

Vielmehr wird immer offensichtlicher, dass wesentliche Maßnahmen der westlichen Sanktionspolitik, die Druck auf Russland ausüben sollten, auch den eigenen Volkswirtschaften geschadet haben. Während lukrative Absatzmärkte ebenso

verloren gingen wie kaufkräftige Kunden, erreichten die Energiepreise Rekordhöhen. Das alles, ohne dass in Russland irgendein wirksamer Effekt zu erkennen wäre. Zudem hat vor wenigen Tagen erst der fragwürdige Putschversuch des Führers der „Gruppe Wagner“, Jewgenij Prigoschin, für den es noch immer keine plausible Erklärung gibt, der Welt vor Augen geführt, dass die Alternative zum russischen Präsidenten Wladimir Putin keineswegs ein Musterdemokrat sein muss.

Selbstverständlich sind Gedanken zur Errichtung einer Friedensordnung nur dann erfolgversprechend, wenn die andere Seite dies ebenfalls will. In dieser Hinsicht meldete der Historiker Heinrich August Winkler dieser Tage in einem ausführlichen Beitrag zum Jahrestag der Tutzinger Rede Bahrs in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ große Zweifel an. Winkler verwies darauf, dass die Sowjetunion in den 1960er Jahren einen Kurs der Konsolidierung ihres Machtbereichs betrieben habe, während das heutige Russland unter Putin einen Kurs der Revision und der Wiederherstellung der mit dem Untergang der Sowjetunion verlorengegangenen Größe betreibt.

Andererseits, ließe sich einwenden, hat Putin in jüngsten Reden wiederholt geäußert, zu Verhandlungen über einen Frieden bereit zu sein. Ob er dies ernst meint, lässt sich nur in direkten Gesprächen ermitteln. Was dafür spricht, dass er nicht

blufft, ist der bisherige Kriegsverlauf, der für ihn durchaus ein Debakel ist: So scheiterte die russische Armee sowohl vor Kiew als auch Charkiw. Zudem hat Moskau kein einziges der im September 2022 annektierten ukrainischen Verwaltungsgebiete voll unter seiner Kontrolle. Und seit der – wenn auch schwachen – ukrainischen Gegenoffensive müssen die Russen sogar Verteidigungslinien errichten gegen eine Armee, die vor dem Beginn der „militärischen Spezialoperation“ im Februar 2022 kaum ein Russe ernstgenommen hat. Obendrein ist die NATO nach dem Beitritt Finnlands und demnächst Schwedens schon jetzt größer als zu Beginn des Feldzugs gegen die Ukraine.

Wer wagt den ersten Schritt?

Wo also sind die Geister der Vernunft in diesen Tagen? Die strategischen Köpfe, die erkennen, dass der bisherige Weg nicht unbedingt falsch war, aber für die Zukunft nicht zielführend ist? Die besonnenen Analytiker, die darauf verzichten, vor jedem Gespräch zuallererst die Sündenregister der Gegenseite auf den Tisch zu legen – weil sie wissen, dass auch die eigene Seite in den letzten dreißig Jahren schwere Fehler gemacht hat?

Dass die Zeit reif ist für einen neuen Wandel durch Annäherung, wird niemand bestreiten können. Die Frage ist, wer den Mut hat, das Offensichtliche auszusprechen – und den ersten Schritt zu gehen?

IN DIESER AUSGABE

Politik

In Brandenburgs Kenia-Koalition müssen die Grünen viele Kröten schlucken **Seite 5**

Kultur

Ein Filmklassiker von 1980 und der Ursprung der Erneuerbaren Energien **Seite 12**

Das Ostpreußenblatt

Der Königsberger Wallring muss erneut repariert werden **Seite 13**

Lebensstil

Das Freilichtmuseum Kiekeberg zeigt den Geist der 1950er und 60er Jahre **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Kampf gegen das Bargeld Brüssel macht mit einer elektronischen Währung mobil und hat noch manchen Pfeil im Köcher. Die Folgen für Otto Normalverbraucher sind schon erkennbar – und ihm droht noch Schlimmeres

Der digitale Euro soll 2026 kommen

Wie und warum Brüssel das konkurrierende Zahlungsmittel Bargeld bekämpft

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Kampf gegen das Bargeld findet auf vielen Gebieten statt. Eines davon ist die Schaffung von digitalem Zentralbankgeld, das der Bürger in seiner elektronischen Geldbörse aufbewahren und zum Bezahlen nutzen kann.

Weltweit arbeiten derzeit 114 Staaten an der Etablierung einer solchen virtuellen Währung, und in elf Ländern ist diese bereits im Gebrauch, so beispielsweise in China und Nigeria. 2026 will dann auch die Europäische Zentralbank (EZB) den digitalen Euro (E-Euro) einführen, wobei sie permanent betont, dieser sei lediglich als modernes, sicheres und ergänzendes Zahlungsmittel zusätzlich zu den schon bestehenden gedacht und diene keineswegs dem Zweck, die Euro-Scheine und -Münzen zu verdrängen.

Die Botschaft hört man wohl, allein es fehlt der Glaube. Wie sich aus zwei kürzlich vorgestellten Verordnungsentwürfen der EU-Kommission zum künftigen Status des Euro-Bargeldes und zum geplanten digitalen Euro ergibt, verfolgt Brüssel offensichtlich die Absicht, der digitalen Währung zu einer privilegierten Position zu verhelfen, um dem Bargeld mittelfristig das Wasser abzugraben.

So gestattet der Artikel 5 der geplanten Bargeldverordnung weitreichende Ausnahmen von der Pflicht zur Annahme des gesetzlichen Zahlungsmittels Bargeld, die auch für staatliche Stellen gelten. Ausdrücklich behält sich die EU-Kommission vor, künftig noch sehr viel weitergehende Ausnahmen von der Annahmepflicht für Bargeld einzuführen, ohne zuvor die nationalen Regierungen konsultiert zu haben.

„Überwachung des gesamten Lebens“

Im Kontrast dazu sind die Artikel 9 und 10 der Verordnung zum E-Euro äußerst rigide formuliert, sodass es im Geschäftsverkehr kaum möglich sein wird, den digitalen Euro abzulehnen. Außerdem sollen Banken und andere Zahlungsdienstleister gezwungen werden, den digitalen Euro zu subventionieren, sodass für die Nutzer keine Kosten entstehen und der E-Euro erfolgreich mit dem Bargeld konkurrieren kann.

Allerdings ist fraglich, ob dies ausreicht, denn die virtuelle Währung der EZB birgt eine Reihe erheblicher Risiken, die sie unattraktiv machen. Wie kaum anders zu erwarten, hapert es mit dem Datenschutz. Der digitale Euro „schließt volle Anonymität“ aus, gibt selbst die EU-Kommission zu. Das gilt besonders für den Fall, dass die elektronische Geldbörse mit einer „europäischen digitalen Identität“ verknüpft wird, die ebenfalls zu den Lieblingsprojekten Brüssels gehört. Dann mutiert der E-Euro zur Gefahr für die informationelle Selbstbestimmung und schafft weitestgehend gläserne Bürger, wie beispielsweise die Deutsche Gesellschaft für Informatik warnt.

Doch damit nicht genug. Prinzipiell besteht die Möglichkeit, den digitalen Euro zu „programmieren“. Das liefe letztlich auf eine Fernsteuerung der Geldnutzung hinaus. Beispielsweise könnte die EZB festlegen, dass das Zentralbankgeld nicht für die Bezahlung bestimmter Waren oder Dienstleistungen verwendet

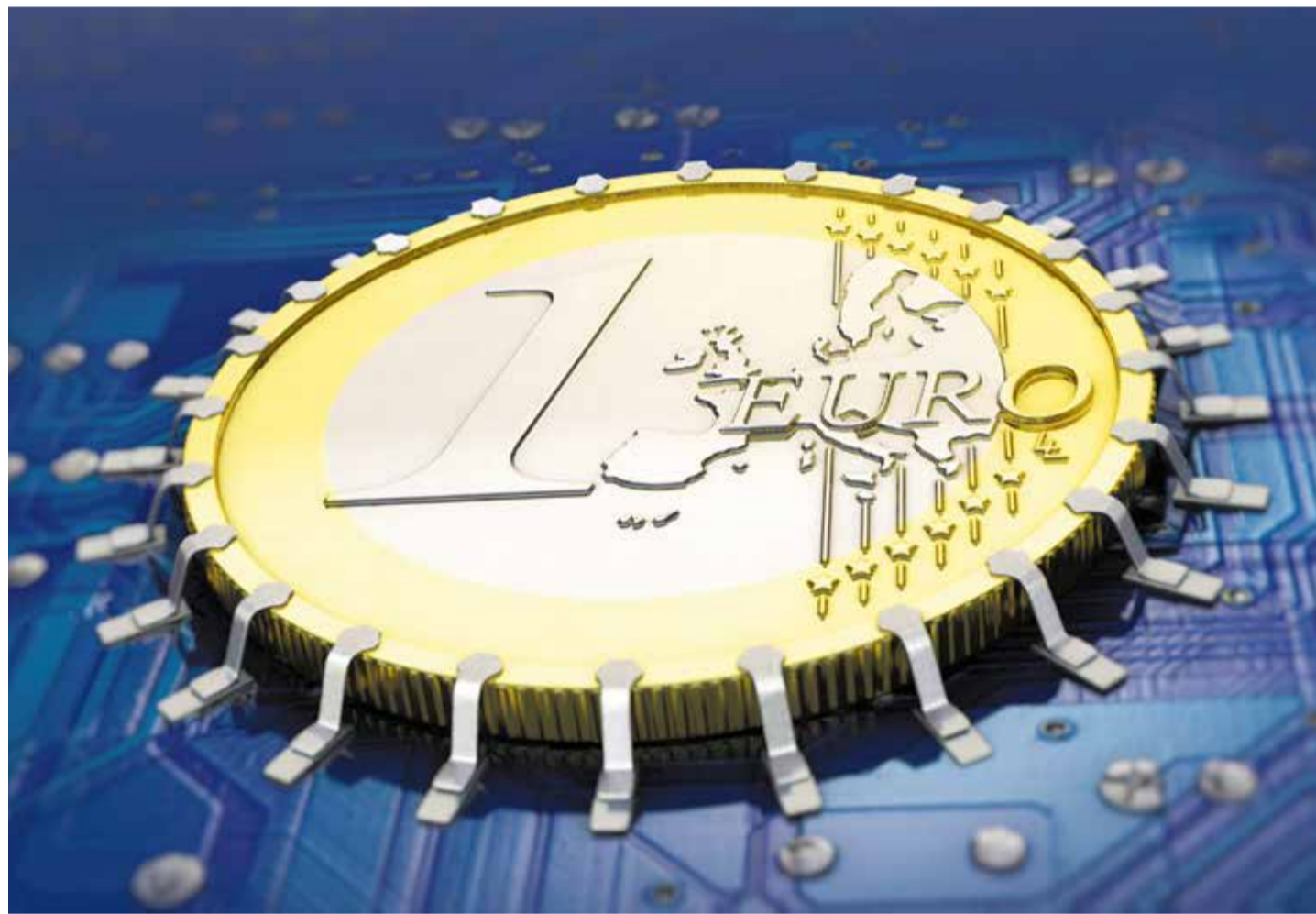
werden darf oder nach einer bestimmten Zeit an Wert verliert beziehungsweise gar komplett verfällt. Dies wird zwar momentan noch vehement dementiert, aber was wäre, wenn so etwas plötzlich „alternativlos“ erscheint, um „klimaschädliche“ Verhaltensweisen einzudämmen? Ist der E-Euro erst einmal zu dem Zahlungsmittel geworden, das die meisten Menschen einsetzen, um für essentielle Dinge wie Ernährung, Mobilität und Kommunikation oder Information aufzukommen, dann lässt sich mit diesem auch das Handeln der EU-Bürger von Staats wegen steuern.

„Traum eines jeden Gesellschaftsingenieurs“

Der einzige Vorteil des digitalen Euro besteht darin, dass er besser vor Insolvenzen geschützt ist als konventionelle Bankguthaben. Denn geht das Geldinstitut pleite, können auch die Einlagen des Kunden verloren sein. Der digitale Euro hingegen soll ein insolvenzsicheres Wertaufbewahrungsmittel darstellen.

Allerdings will die EZB eine Obergrenze für das Halten der virtuellen Zentralbankwährung von etwa 3000 Euro fest schreiben, damit nicht zu viel Geld von den normalen Bankkonten auf die E-Euro-Konten fließt. Damit wäre dieser einzige wirkliche Vorteil des digitalen Euro zumindest relativiert.

Angesichts all dessen formiert sich nun Widerstand gegen die Pläne der Eurokraten in Brüssel. Wieder einmal leistet ein Staat aus dem Osten der EU die entschiedenste Gegenwehr. Mitte Juni beschloss das Parlament der Slowakei, das Recht auf Barzahlung in der Verfassung des Landes zu verankern. Aus diesem Anlass sagte der liberale Abgeordnete Marián Viskupič mit Blick auf den digitalen Euro: „Er mag anfangs als Alternative verkauft werden, aber nach und nach wird sich herausstellen, dass er nur exklusiv sein kann.“ Und damit drohe die „Überwachung des gesamten Lebens“ durch die EZB, und das sei natürlich der „Traum eines jeden Gesellschaftsingenieurs“.



Vielen Gefahren und Risiken steht ein Vorteil gegenüber: Der digitale Euro

Foto: pa

„CO₂-FUSSABDRUCK“

Noch ist die Kontrolle freiwillig

Bargeldloses Bezahlen erlaubt den Einsatz von Kontrollsoftware, mit deren Hilfe es möglich ist, Finanzdaten, Angaben über die Person des Kunden und Informationen über erworbene Produkte zusammenzuführen, auszuwerten und zu „erzieherischen“ Zwecken zu nutzen. So gibt es mittlerweile Banken, die in Kooperation mit Handelsunternehmen und Kreditkartenanbietern den „CO₂-Fußabdruck“ einer Person berechnen, um die Umweltbeziehungsweise Klimaschädlichkeit von deren Kaufverhalten einzuschätzen, wobei das momentan noch auf freiwilliger Basis geschieht.

Zu diesen Geldinstituten gehören Nordea in Finnland, Bunq in den Niederlanden, die Banca Mediolanum in Italien und Mitto in Spanien. Je nach Anbieter folgen Hinweise auf „klima- und umweltfreundlichere“ Alternativen, Werbung für Rabattaktionen, an denen teilnehmen kann, wer etwas von dem „Klimakiller“ CO₂ einspart, sowie Vorschläge, das durch die Entscheidung des Verbrauchers freigesetzte Kohlendioxid durch Kompensationszahlungen zu „neutralisieren“.

Momentan sind die Verfahren zur Bestimmung der CO₂-Bilanz noch wenig ausgereift. Letztendlich laufen sie allesamt auf sehr grobe Schätzungen auf der Basis von Durchschnittswerten für die Produkte einer Branche hinaus. Wer also etwa einen Flug bucht, dessen „CO₂-Konto“ wird mit der durchschnittlichen Kohlendioxidmenge belastet, die im Luftverkehr pro Person und Strecke anfällt.

Doch das soll sich bald ändern. Beispielsweise nötigt die norwegische Statistikbehörde SSB die Supermärkte und den größten Zahlungsdienstleister des Landes nun dazu, Kassenbelege und Zahlungsdaten zu übermitteln, damit das Konsumbeziehungsweise Ernährungsverhalten der Bürger so detailliert wie möglich erfasst werden kann. Als Begründung für diese umstrittene Praxis muss die „Förderung der Gesundheit“ der Norweger herhalten. Allerdings haben verschiedene Lebensmittelketten bereits Widerstand angekündigt. W.K.

GESCHÄFTSGEBAHREN

Das Bezahlen mit Münzen und Scheinen wird immer schwieriger

In zunehmendem Maße schließen Anbieter von Waren oder Dienstleistungen die Barzahlung aus – Geldautomaten werden abgebaut

Wenn es um den Einsatz von Bargeld geht, gilt in Deutschland Vertragsfreiheit. Das heißt, ein Anbieter von Waren oder Dienstleistungen kann die Barzahlung in seinen Allgemeinen Geschäftsbedingungen fordern oder aber auch ausschließen.

Derzeit wird vor allem von der letztgenannten Möglichkeit Gebrauch gemacht, und das in zunehmendem Maße. Kritikwürdig ist dies besonders dann, wenn staatliche, kommunale oder öffentlich-rechtliche Einrichtungen, zu denen wie im Falle des „ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice“ keine Alternative existiert, sich weigern, Bargeld anzunehmen. Denn eine solche Verfahrensweise läuft praktisch auf ein obrigkeitlich ver-

fühtes Bargeldverbot hinaus, obwohl Euro-Scheine und -Münzen gemäß der Bestimmungen des Artikels 128 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der Verordnung (EG) Nr. 974/98 gesetzliche Zahlungsmittel innerhalb der EU sind.

Die Verweigerung der Annahme von Bargeld im täglichen Leben sorgt zunehmend für Probleme, weil immer mehr Bereiche betroffen sind. So bestehen inzwischen etliche Betreiber von Wertstoffhöfen oder Parkplätzen auf bargeldloser Zahlung. Und auch der Besuch von kulturellen Veranstaltungen wie dem Rock-Festival Wacken Open Air oder dem Festival Jazzopen Stuttgart war vergangenes

Jahr nur noch für diejenigen möglich, die das ausschließlich digitale Bezahlen akzeptierten. Übrigens fingierte in Stuttgart der börsennotierte Zahlungsdienstleister Mastercard als „Premiumsponsor“.

Zusätzlich lehnen neuerdings viele Hotels Bargeld ab, darunter der Friedrichshof in Lübeck-Oberbüßau, der Lippische Hof in Bad Salzuflen, das Parkhotel Berghölzchen in Hildesheim und das Mighty Twice Hotel in Dresden. Als Grund nennt das Lübecker Hotel „das neue, verschärfte Kassengesetz“, dem zufolge alle Beherbergungsbetriebe im Lande teure elektronische Kassensysteme mit zertifizierten internen Sicherheitseinrichtungen zum Schutz vor Manipula-

Systematisch werden sowohl die Beschaffung als auch die Ausgabe von Bargeld erschwert

tionen verwenden müssen, wenn sie Bargeldumsätze erzielen.

Mittlerweile gibt es sogar schon Lebensmittelhändler, die keine Scheine oder Münzen mehr akzeptieren. Dazu gehört beispielsweise eine Filiale der Neu-Ulmer Bäckereikette Bayer, die ab dem 1. März die – so gendergetreu bezeichneten – „Kund:innen“ mit Bargeld abweist.

Parallel hierzu werden in zunehmendem Maße Geldautomaten abgebaut. Allein bei den Volks- und Raiffeisenbanken und den Sparkassen verschwanden 2021/22 über 3000 davon. Darüber hinaus sperren die Geldinstitute nun oftmals den Zugang zu ihren Automaten während der Nachtstunden. W.K.

„Wie kann ein Land so unvernünftig sein?“

Teil 1 der PAZ-Sommerinterviews zur Lage Deutschlands und seiner Nachbarn. Zum Auftakt wenden wir uns einem Land zu, das viele Deutsche vor allem als sommerliches Reiseziel kennen, von dessen Grundhaltung sie jedoch eine Menge lernen können

IM GESPRÄCH MIT
WERNER J. PATZELT

Seit Alters her pflegen die Deutschen eine besondere Beziehung zu den Ungarn. In der jüngeren Geschichte verdanken wir ihnen die Öffnung des Eisernen Vorhangs. Doch in den letzten Jahren wurde das Verhältnis zu den Magyaren erheblich getrübt. Zeit für ein klärendes Gespräch mit einem Kenner sowohl der deutschen als auch der ungarischen Verhältnisse.

Herr Patzelt, Sie sind einer der prominentesten Politikexperten und ein gefragter Beobachter der Verhältnisse in unserem Land. Doch gerade jetzt, wo Deutschland spannende Zeiten erlebt, veröffentlichten Sie ein Buch über Ungarn. Warum?

Ich war zwischen Herbst 2021 und Sommer 2022 neun Monate lang Fellow am Mathias-Corvinus-Collegium in Budapest, um dort über die politischen Verhältnisse in Deutschland zu lehren. Mir selbst stellte ich die Aufgabe, das medial gezeichnete Bild von Ungarn mit dem zu vergleichen, das ich mir erarbeiten würde. Und weil ich vieles ganz anders als hierzulande gezeichnet erlebte, beschloss ich, mein Ungarnbild in einem faktenreichen Buch auch mit anderen zu teilen. Denn zu meinen Erkenntnissen gehört ebenfalls, dass sogar die wissenschaftliche Literatur über das seit 2010 geprägte Ungarn nicht immer tatsachengetreu informiert.

Mit dem deutschen Ungarnbild steigen Sie auch in Ihr Buch ein. Wie sieht das aus?

Es gibt nicht nur ein einziges deutsches Ungarnbild. Es gibt die traditionellen, auf Filmen wie „Ich denke oft an Piroschka“ beruhenden Bilder, in denen sich Reste der Erinnerung an die Habsburgermonarchie widerspiegeln. Daneben gibt es Ungarnbilder, die sich aus Urlaubserfahrungen speisen, von denen insbesondere die Landsleute in der DDR sehr viele gemacht haben.

Mir geht es vor allem um jenes Ungarnbild, das heute von den Medien gezeichnet wird. Dabei muss man wissen, dass die wenigsten Journalisten, die über Ungarn berichten, die Sprache des Landes können. Die meisten leben auch nicht in Ungarn, sondern etwa in Wien oder in Prag. Wenn sie sich über Ungarn informieren wollen, treffen sie in Budapest auf Journalistenkollegen oder in einer Universitätsstadt wie Pécs oder Szeged auf dortige Vertreter der Zivilgesellschaft. Die stehen aber Ungarns Ministerpräsidenten und seiner Partei Fidesz überwiegend ablehnend gegenüber.

Zum Problem wird da, dass die Partei Orbáns in diesen urbanen Zentren in der Minorität bleibt, auf dem Lande jedoch regelmäßig Zwei-Drittel-Mehrheiten holt. Weil aber Ungarn-Beobachter selten in diese ländlichen Räume gehen, bekommen sie selbst bei redlichem Streben nach wirklichkeitsnaher Berichterstattung ein oppositionell verzerrtes Ungarnbild.

Nach diesem ist Ungarn eine Halb-Diktatur voller Korruption, hat geknebelte Massenmedien und dient der Bereicherung des Freundeskreises um den Ministerpräsidenten. Aber das entspricht weder der Wirklichkeit im Land noch der Wahrnehmung der meisten Ungarn.

Wie haben Sie Ungarn stattdessen wahrgenommen?

Man muss die Vorwürfe einzeln betrachten. Was eine Knebelung der Massenmedien betrifft, ist es so, dass der Zugriff auf sie zwischen Opposition und Regierung jetzt insgesamt wohl ausgeglichen ist. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in der Hand von Fidesz, die privaten Medien – vor allem viele überregionale Printmedien – unterstützen die Opposition. Von umfassender Kommuni-



Symbol des Stolzes einer freien europäischen Nation: Das ungarische Parlament in Budapest

Foto: imago/panthermedia

kationskontrolle durch die Regierung kann jedenfalls nicht die Rede sein. Im Übrigen könnten deutsche Beobachter bedenken, dass auch unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk alles andere als ausgewogen ist.

Was die Wahlen betrifft, ist die Behauptung schlechterdings falsch, sie wären unfrei oder unfair. Bei den letzten Parlamentswahlen im Frühjahr 2022 etwa konnte die eigens ins Land entsandte OSZE-Wahlkommission durchaus nicht feststellen, dass etwas regelwidrig abgelaufen wäre.

Und mit den Korruptionsvorwürfen verhält es sich so: Ein Leitgedanke ungarischer Wirtschaftspolitik ist, eine starke Schicht von wohlhabenden Landsleuten zu schaffen, deren Kreditmöglichkeiten das Land von internationalen Geldgebern weniger abhängig machen. Deshalb wird danach getrachtet, dass gerade EU-Gelder möglichst nicht an ausländische Firmen gehen, sondern im Lande verausgabt werden. Dabei ist das Auswahlssystem freilich so, dass insbesondere der Regierung nahestehende Unternehmen in den Genuss von öffentlichen Aufträgen kommen. Durchaus ist das zu kritisieren. Doch man sollte hinzufügen, dass es die Sozialisten während ihrer Regierungszeiten zwischen 1994 und 1998 sowie 2002 und 2010 nicht anders gehalten haben.

Trotzdem wird in Deutschland und in der EU oft der Eindruck erweckt, als ob Ungarn als „Orbán-Land“ ein korruptes und autoritäres Regime sei. Zudem wird der Ministerpräsident auf eine Stufe gestellt mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan und dem russischen Präsidenten Putin.

Viktor Orbán ist weder ein Putin noch ein Erdoğan. Viele Kritiker ärgert an ihm zunächst einmal, dass er es – 2002 nach vierjähriger Regierungszeit knapp abgewählt – im Jahr 2010 schaffte, sogar mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Mandate wieder an die Macht zu kommen. Und es missfällt vielen Kritikern erst recht, dass Orbán anschließend nicht wie etliche seiner Vorgänger bei der Modernisierung des Landes und bei der Erholung der Wirtschaft versagt hat, sondern dass er gleich nach der Machtübernahme durch Fidesz umfassende Reformen in Staat, Mediensystem, Wirtschaft und Gesellschaft einleitete. Nach Meinung der meisten Ungarn hat Orbán seinem Land schlicht gutgetan, und eben deshalb wurde er unter einem fairen Wahlrecht dreimal hintereinander wiedergewählt.

Im Grunde ist die Lage in Ungarn heute ähnlich der in Bayern unter Franz Josef Strauss. Auch er war erfolgreich – und bei politischen Gegnern durchaus verhasst.

Haben Sie in Ihrer Zeit in Budapest auch Oppositionspolitiker oder regierungskritische Journalisten gesprochen?

Natürlich. Ich habe sowohl oppositionelle Politiker als auch kritische Beobachter der ungarischen Verhältnisse getroffen. Ehrlich gesagt ist nichts leichter, als hinsichtlich von Ungarn den Standpunkt der Opposition mitzubekommen. Denn diese ist über ihr nahestehende Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen in den westlichen Ländern überragend präsent. Also konnte ich die Oppositionspositionen authentisch darstellen.

Wie blicken eigentlich die Ungarn auf Deutschland?

Lange Zeit galt Deutschland in Ungarn als großes Vorbild beim Aufbau eines modernen, freiheitlichen, wirtschaftlich starken Staates. Auch gab es in Ungarn nie jene Deutschland-Phobie, die man so lange in Tschechien oder in Polen vorfand. Ungarn ist ein grundsätzlich deutschfreundliches Land. Man hat dort sogar ein Denkmal für die vertriebenen Deutschen errichtet.

Aber dieses schöne Deutschlandbild wird seit einigen Jahren dadurch getrübt, dass man sich in Ungarn fragt, wie ein vernünftiges Land eine so unvernünftige Energiepolitik betreiben mag, weshalb ein so erfolgreiches Land derart wenig nationale Selbstachtung besitzt, und warum das gegenwärtige Deutschland trotz vieler wirklicher Probleme die eher nebensächlichen LGBTQ-Fragen so sehr in den Mittelpunkt rückt.

Und was denken die Ungarn darüber, dass sie gerade aus diesem Deutschland, das sie immer weniger als Vorbild wahrnehmen, laufend Belehrungen hören?

Lange ertrug man solche Belehrungen mit Geduld. Doch allmählich sind viele Ungarn solcher Vorhaltungen überdrüssig. Sie nehmen dann jene Deutschen nicht mehr ernst, die ohne Kenntnisse ihr Land als Halb-Diktatur hinstellen. Immer mehr geht man auf innerliche Distanz zu Deutschland. So verdorren die Wurzeln der so lang fruchtbaren und tragfähigen deutsch-ungarischen Freundschaft. Viele Alarmzeichen gibt es da. Doch allzu wenige Deutschen bemerken und begreifen, was sie da – oft guten Willens – gerade anrichten.

Haben Sie Dinge entdeckt, bei denen sich die Deutschen eine dicke Salami-Scheibe von den Ungarn abschneiden könnten?

Durchaus. In Ungarn gibt es großen Stolz auf die eigene Kultur. Die wird als einzigartig und

unbedingt bewahrenswert wahrgenommen, während in Deutschland eine Integrationsbeauftragte der Bundesregierung einst meinte, so etwas wie eine deutsche Kultur gäbe es gar nicht, da sie abseits der Sprache gar nicht fassbar wäre. Und was die Muttersprache betrifft, kümmern sich viele Deutsche – anders als die meisten Ungarn – um deren Schönheit kaum mehr. Deutsche Lust auf Anglizismen oder Gender-Korrektheit ist den meisten Ungarn noch fremd.

Ein anderer Bereich ist das historisch-kulturelle Selbstverständnis. Die Ungarn haben kein Problem damit, auf tausend Jahre Geschichte seit Stephan dem Heiligen zurückzublicken. Die meisten Deutschen denken bei „tausendjähriger“ Geschichte aber nicht an das elfte oder zehnte Jahrhundert, sondern an das „Tausendjährige Reich“ der Nationalsozialisten – gerade so, als ob dieses unsere gesamte Geschichte ausmache. Auf die Idee, die Gesamtheit ihrer Geschichte zum Bezugspunkt ihres Selbstverständnisses zu nehmen, kommen die wenigsten Deutschen.

Die Ungarn verhalten sich da ganz anders. Die Geschichte ist ihnen präsent, und sie ziehen auch Lehren daraus. Dazu gehört, dass der Westen sie immer wieder allein gelassen hat. Also achten sie sehr darauf, sich mit mindestens drei Machtzentren gutzustellen: Das eine ist Deutschland, früher Wien, heute Berlin. Das andere ist Russland, und das dritte ist das Osmanische Reich, heute die Türkei.

Zu Ihrem Ungarnerlebnis und damit auch zur Geschichte Ihres Buches gehört, dass Sie das Land auf Einladung des Mathias Corvinus Collegiums erkundet haben. Das MCC wurde von deutschen Medien bereits als „Kaderschmiede des Orbánismus“ bezeichnet. Wie unabhängig ist da Ihr Blick? Das MCC ist eine Elitenförderungsinstitution, die junge begabte Ungarn von der Grundschule über das Gymnasium bis zur Universität sowie darüber hinaus bis ins Doktorstudium oder hin zu Führungsakademien fördert. Da ich vom Gedanken der Elitenförderung mein ganzes akademisches Leben hindurch angetan war, stehe ich dem Anliegen des MCC positiv gegenüber.

Kritiker des MCC stoßen sich stets daran, dass das Corvinus-Collegium vom Fidesz-dominierten ungarischen Parlament mit großzügigen finanziellen Mitteln ausgestattet wurde. Letzteres stimmt. Doch was hat die sozialistischen Regierungen, die acht Jahre vor Fidesz regiert haben, eigentlich daran gehindert, eine ähnliche Institution aufzubauen?

Und was die Prägung meines Blickes betrifft, meine ich, dass er weiterhin so klar ist wie meine Sprache. Jedenfalls wird jeder Leser meines Buches sehen, dass sämtliche oppositionelle Kritik an ungarischen Regierungssystem darin vorkommt – und er sich sein eigenes Urteil bilden kann.

Wenn man sich mit einem fremden Land befasst, kommt man nicht umhin, Vergleiche zur eigenen Heimat zu ziehen. Was haben Sie durch Ihre Beschäftigung mit Ungarn über Deutschland gelernt?

Mir sind durch die Beschäftigung mit Ungarn die deutschen Traumata und Neurotisierungen noch klarer geworden, als ich sie vorher schon kannte. Für viele Deutsche gehört es sich nicht mehr, die eigene Kultur anzunehmen und aus ihr heraus zu leben. Deutschen macht es auch wenig aus, dass sie von ihren Dichtern kaum noch etwas kennen. Doch Ungarn können immer noch die Verse von Sandor Petöfi und anderen großen Dichtern ihrer Nation zitieren. Und während viele Deutsche riesige Probleme haben, „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ zu singen, haben Ungarn kein Problem damit, jenes Gebet zu singen, das ihre Nationalhymne darstellt, nämlich: „Herr, segne den Ungarn“.

Das Interview führte René Nehring.

„Mir sind durch die Beschäftigung mit Ungarn die deutschen Traumata und Neurotisierungen noch klarer geworden, als ich sie vorher schon kannte“

Debatte



Werner J. Patzelt

Ungarn verstehen. Geschichte Staat Politik
Verlag Langen Müller 2023, Hardcover, 482 Seiten, ISBN: 978-3-7844-3678-4 35 Euro

● **Prof. Dr. Werner J. Patzelt** war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden. Er ist Forschungsdirektor am MCC Brüssel. wjpatzelt.de

MELDUNGEN

RKI-Studie widerlegt

Wiesbaden – Laut einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts vom 28. Juni haben Hitzschläge, Sonnenstiche und andere durch Wärme verursachte Gesundheitsschäden zwischen 2001 bis 2021 in Deutschland zu im Durchschnitt „knapp 1500 Krankenhausbehandlungen jährlich“ geführt. Darüber hinaus heißt es in der Mitteilung: „Als direkte Todesursache lässt sich Hitze bei durchschnittlich 19 Fällen pro Jahr allerdings selten feststellen.“ Diese Zahl steht im krassen Widerspruch zu einer auf Modellrechnungen basierenden Studie des Robert-Koch-Institutes (RKI) vom Ende des vorigen Jahres, der zufolge die Temperaturen im Sommer 2022 4500 Menschen hierzulande das Leben gekostet hätten. Ebenso werden die Spekulationen des RKI durch Meldungen aus Spanien ad absurdum geführt: 2022, also im angeblich „heißesten Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen“, seien dort 122 Personen an Hitzschlag gestorben und weitere 233 aufgrund von Dehydrierung. W.K.

Gewalt gegen Deutsche

Berlin – Die Zahl der behördlich registrierten Hassverbrechen gegen Deutsche hat sich seit Beginn ihrer statistischen Erfassung von 132 im Jahre 2019 auf 340 im vergangenen Jahr mehr als verzweieinhalbfacht. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung an den AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Hess hervor. Besonders drastisch stiegen antideutsche Gewalttaten, von 22 im Jahre 2019 auf 107 im Vorjahr. Das ist fast eine Verfünffachung. Der Anteil der Gewalttaten stieg in den drei Jahren von 14,4 auf 31,4 Prozent. Die Bundesregierung konstatiert mittlerweile ein „bandenmäßiges Agieren“ von Gruppen aus „vornehmlich Jugendlichen und Heranwachsenden“. Zur Dunkelziffer trägt nicht zuletzt bei, dass bei Weitem nicht jeder Täter aus Deutschfeindlichkeit sich zu seinem Motiv bekennt. W.K.

Zunahme der Totgeburten

Wiesbaden – Die Rate der Totgeburten steigt in Deutschland seit einigen Jahren kontinuierlich an. Das zeigen Daten des Statistischen Bundesamts. Im Jahre 2007 hatten die Statistiker mit 3,5 Totgeburten je 1000 Geborenen den bislang niedrigsten Wert erreicht. Seit dem Jahr 2010 steigt die Quote tendenziell wieder an. Im Jahre 2019 und 2020 gab es jeweils 4,1, im Jahre 2021 4,3 und im vergangenen Jahr 4,4 Totgeburten je 1000 Geborene. Über die Gründe des Anstiegs herrscht unter Fachleuten Uneinigkeit. Als eine mögliche Ursache nennen Experten das steigende Alter von Müttern. Außerdem wurde die Definition des Begriffs „Totgeborene“ 1994 und 2018 jeweils großzügiger gefasst. Vom 1. Juli 1979 bis zum 31. März 1994 musste das Geburtsgewicht mindestens ein Kilogramm betragen. Seitdem beträgt das Mindestgewicht nur noch ein Pfund. Bei einem niedrigeren Gewicht genügt seit dem 1. November 2018 auch das Erreichen der 24. Schwangerschaftswoche als Kriterium. H.M./PAZ



Im Gespräch mit Bundeskanzler Olaf Scholz auf einer der virtuellen Sitzungen: Der Corona-Expertenrat

Foto: action press

CORONA

Wie der Expertenrat versagte

Bundesregierung hat die Sitzungsprotokolle veröffentlichen müssen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Corona-Expertenrat wurde Anfang Dezember 2021 von Bundeskanzler Olaf Scholz ins Leben gerufen und existierte bis April 2023. Dem Gremium, das maßgeblichen Einfluss auf die deutsche Corona-Politik mit ihren vielfältigen grundrechtseinschränkenden Maßnahmen bis hin zur geplanten allgemeinen Impfpflicht ausübte, gehörten weder Verfassungsrechtler noch Epidemiologen an. Stattdessen versammelten sich hier Virologen, Immunologen, Pharmakologen, Kinderärzte, Intensivmediziner, Medizinethiker, Psychologen, Experten für Gesundheitskommunikation, Sozialmediziner, Bio-Informatiker und Physiker sowie ein Tierarzt, ein Bundeswehrgeneral, ein Landrat und ein Gesundheitsökonom. Besonders brisant war die Mitwirkung von Befürwortern des völlig verfehlten radikalen No-Covid-Ansatzes chinesischer Prägung um Melanie Brinkmann und Viola Priesemann.

Die Stellungnahmen des Expertenrates wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, nicht aber die Sitzungsprotokolle. Das veranlasste den Frankfurter Medi-

ziner Christian Haffner zu einem Antrag auf Veröffentlichung der Mitschriften. Nach dessen Ablehnung beschrift der Arzt den Klageweg und erreichte, dass das Bundeskanzleramt die Protokolle am 16. Juni freigeben musste.

Vieles wurde geschwärtzt

Diese sind allerdings entgegen dem Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin unvollständig und enthalten zudem zahlreiche Schwärzungen, welche die Bundesregierung folgendermaßen begründete: „Eine Gewährung des Informationszugangs ohne Schwärzung des Urhebers von Sitzungsbeiträgen würde ... die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit und das Leben der Mitglieder und Gäste des Corona-Expertenrats derart konkret gefährden, dass die Informationsbelange des Klägers dahinter zurückstehen müssen ... Es ist davon auszugehen, dass die Reichsbürger- und Querdenkerszene durch Kenntnisnahme entsprechender Informationen einzelne Mitglieder, die möglicherweise für besonders einschneidende Maßnahmen plädiert haben, zur Zielscheibe ihrer Gewalt nimmt.“

Dabei versäumten die meisten Mitglieder des Expertenrates während der

Pandemie kaum eine Gelegenheit, ihre Meinung in den sozialen Medien sowie im Fernsehen und gegenüber der Presse kundzutun. Des Weiteren hieß es, die Schwärzungen dienten dem Schutz der „wirtschaftlichen Interessen des Bundes“ und der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik. Doch selbst die noch lesbaren Passagen offenbaren ein ganzes Konvolut von Fehlleistungen.

Ein Lehrstück ersten Ranges

So wusste man bereits am 28. Dezember 2021, dass Kinder in aller Regel nicht schwer an COVID-19 erkranken. Dennoch wurde die Impfung von Fünf- bis Elfjährigen empfohlen. Und auch sonst behaupteten die Experten faktenwidrig eine hohe Schutzwirkung der Corona-Impfstoffe. Dabei war ihnen ebenfalls schon Ende Dezember 2021 klar, dass nicht einmal der „Booster“ vor Erkrankung schützt. Dazu kam die Entscheidung, den Genesenstatus von sechs auf drei Monate zu verkürzen, obwohl der europaweite Schnitt zu diesem Zeitpunkt beim Dreifachen lag. Hier ging es erneut darum, möglichst viele Menschen zum Impfen zu nötigen.

Aufmerken lässt im Übrigen auch ein Satz aus dem Protokoll der vierten Sit-

zung am 28. Dezember 2021: „Insgesamt ist ein Zusammenhang zwischen der Inzidenz und der Stärke der Maßnahmen nicht erkennbar.“ Angesichts dieser Erkenntnis hätten Karl Lauterbach, Christian Drosten, Lothar H. Wieler, Viola Priesemann und all die anderen angebliehen Fachleute augenblicklich für ein Ende jeglicher Corona-Restriktionen plädieren müssen. Stattdessen verbreiteten die Mitglieder des Expertenrates lieber das Märchen von der „Pandemie der Ungeimpften“ und empfahlen auf verlockende Weise Zensur- und Desinformationsmaßnahmen, um Gesellschaft und Politik zu „entlasten“, während sie die immer häufigeren Nebenwirkungen der Impfungen nahezu komplett ignorierten.

Doch damit nicht genug: In zwei Fällen gaben die Experten im Vorfeld der Entscheidung über die allgemeine Impfpflicht auch Falschinformationen an den Bundesjustizminister Marco Buschmann weiter. Zum einen behaupteten sie wider besseres Wissen, die Omikron-Variante von SARS-CoV-2 bewirke keine Kreuzimmunität zu älteren Varianten wie Delta. Zum anderen hieß es, die Impfung würde die Übertragung des Virus erschweren.

Die Protokolle sind ein Lehrstück ersten Ranges, was die offensichtliche fachliche Unfähigkeit, politische Willfährigkeit und ideologiesteuerte Ignoranz etlicher maßgeblicher deutscher „Corona-Experten“ betrifft, und hoffentlich in nicht allzu ferner Zukunft auch ein Beweismittel im Zuge der juristischen Aufarbeitung der Pandemie hierzulande.

NATO

Die Erfahrungen mahnen zur Vorsicht

Bis 2026 will Litauen eine der Bundeswehrbrigade angemessene Infrastruktur aufgebaut haben

Bei einem Besuch in der litauischen Hauptstadt Wilna (Vilnius) hat der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) das Angebot unterbreitet, rund 4000 Bundeswehrsoldaten zusätzlich in das baltische Land zu schicken, um die Ostflanke der NATO zu stärken. Voraussetzung seien die Schaffung der notwendigen Infrastruktur zur Unterbringung der Soldaten und ihrer Familien sowie entsprechende Übungsmöglichkeiten.

Bereits im Juni vor einem Jahr hatte die Bundesregierung als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine zugesagt, eine Kampftruppen-Brigade für die Verteidigung Litauens bereitzuhalten. Bisher war strittig, ob die Soldaten dauerhaft in Litauen stationiert werden sollen. Litauen gilt wegen des Suwalki-Korridors als exponiert für einen russischen Angriff,

um das Baltikum vom restlichen NATO-Gebiet territorial zu trennen.

Litauen hatte angesichts des Ukraine-Krieges und des Aufstands der russischen Söldnertruppe Wagner gegen die Führung in Moskau eine stärkere NATO-Präsenz an der Ostflanke des Bündnisses gefordert, zumal Wagner-Chef Jewgeni Prigoitschin sich zukünftig in Weißrussland aufhalten könnte.

Litauens Präsident Gitanas Nausėda begrüßte die Ankündigung und erklärte, sein Land wolle bis 2026 die notwendige Infrastruktur aufbauen. „In Litauen haben wir einen starken politischen Willen, die notwendigen finanziellen Mittel zur Finanzierung unseres Infrastrukturbedarfs aufzubringen“, sagte Nausėda nach einem Treffen mit Pistorius und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Etwa 1600 Soldaten der NATO sind bereits seit 2017 im litauischen Rukla stationiert, angeführt von der Bundeswehr. Mit einer Grenze zu Russland und zu Weißrussland gilt Litauen als wichtiger Partner des Bündnisses. Derzeit steht nur der Gefechtsstand einer deutschen Brigade im litauischen Rukla. Der größte Teil der Panzergrenadierbrigade 41 „Vorpommern“ wird in Deutschland an verschiedenen Standorten bereitgehalten. Sie soll im Spannungsfall binnen zehn Tagen in das baltische Land verlegt werden können.

Allerdings wohnen die NATO-Soldaten in Rukla auch nach sechs Jahren immer noch in provisorischen Baracken, zum Teil aus der Sowjetzeit. Die Bundeswehr ist derzeit mit rund 780 Soldaten in Litauen stationiert, die alle sechs Monate ausgewechselt werden. Es war nicht so-

fort klar, was mit dieser Einheit geschehen wird, wenn eine neue deutsche Brigade in Litauen stationiert wird.

Es scheint zweifelhaft, ob es den Litauern gelingt, die Infrastruktur für 4000 Soldaten plus 6000 Familienangehörige bis 2026 zu errichten. Die Infrastruktur für die vergleichsweise wenigen bereits anwesenden ausländischen Soldaten ist ja selbst nach sechs Jahren noch nicht fertig.

Der Bundeswehrverband zeigte sich von dem Vorstoß des Verteidigungsministers überrascht, angesichts drängender Probleme an allen Ecken und Enden bei der Bundeswehr. Stoltenberg begrüßte die Ankündigung Deutschlands und lobte das Land für seine Führungsrolle und sein Engagement bei der Unterstützung der kollektiven Verteidigungsstrategie der Organisation. Bob

LANDESPOLITIK

Grüne erstaunlich kompromissbereit

In Brandenburgs rot-schwarz-grüner Koalition schluckt die Partei verblüffend viele Kröten

VON HERMANN MÜLLER

Knapp anderthalb Jahre vor der Landtagswahl wachsen in Brandenburg die Zweifel, ob die rot-schwarz-grüne Kenia-Koalition überhaupt noch in der Lage ist, wirklich zu regieren. Insbesondere CDU-Innenminister Michael Stübgen und die Grünen liegen in einem Dauerclinch, wenn es um Themen wie Grenzkontrollen, Polizei oder den Verfassungsschutz geht. Wie schlecht die Stimmung in der Koalition ist, machte Stübgen unlängst gegenüber dem „Uckermark Kurier“ deutlich.

Mit Blick auf den Koalitionspartner Grüne beklagte sich der Innenminister: „Ich habe immer versucht, das Klima gut zu halten. Aber mir reicht es irgendwann auch.“ Weiter sagte der CDU-Politiker, er erlebe, wie sich die Koalition auf zu wenige Dinge einigen könne. Als Reaktion auf die aktuelle Kritik von Stübgen zeigte sich Grünen-Fraktionschefin Petra Budke verwundert. Als Beispiel dafür, dass die gemeinsame Regierungsarbeit funktioniere, verwies sie auf einen erst kürzlich verabschiedeten Gesetzentwurf zum Schutz von Frauen vor Gewalt.

Der Umstand, dass das Dreierbündnis trotz starker Differenzen noch immer leidlich funktioniert und nicht auseinanderbricht, liegt sehr stark an den Grünen. Sie sind nämlich erstaunlich oft bereit zurückzustecken, um es nicht auf einen Koalitionsbruch ankommen zu lassen. Zuletzt hatte der grüne Umweltminister Axel Vogel bei seinem Entwurf für ein neues Jagdgesetz viele seiner ursprünglichen Ideen wieder gestrichen.

Recht geräuschlos nahmen Brandenburgs Grüne auch einen Kurswechsel in der Migrationspolitik hin, den Innenminister Stübgen zum 1. Juli durchgesetzt hat. Seitdem bleiben Asylbewerber, die keine Aussicht auf einen Aufenthaltstitel haben, bis zu 18 Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Gedacht ist der Schritt als Entlastung für Brandenburgs Kommunen, die zunehmend Probleme haben, für weitere Asylbewerber noch Unterbringungsmöglichkeiten zu finden. Nach dem Willen der Grünen hätten Asylbewerber ungeachtet der Bleibeperspektive wie bisher möglichst schnell auf die



Im Dauerclinch mit dem grünen Koalitionspartner: Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU)

Foto: pa

Städte und Gemeinden verteilt werden sollen.

Letztendlich durchgesetzt hat sich Stübgen auch beim geplanten Behördenzentrum für Ein- und Ausreisen am Flughafen BER. Von dem Zentrum, dass Brandenburg und der Bund gemeinsam planen, sollen künftig auch Abschiebungen von Ausländern erfolgen. Als im Dezember im Landtag bei der Planung für den Doppelhaushalt 2023/24 über Mittel für das Behördenzentrum abgestimmt wurde, brachte die Dreierkoalition genügend Ja-Stimmen zusammen. Lediglich zwei Grünen-Abgeordnete stimmten mit Enthaltung.

Möglicher Grund für ihr Verhalten

Eine weitere Belastungsprobe ist der Kenia-Koalition vor Kurzem erst einmal erspart geblieben. Trotz massiver Kritik hatte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) versucht, noch vor der parlamentarischen Sommerpause im Hau-Ruck-Verfahren seinen Gesetzent-

wurf zur Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes im Bundestag durchzudrücken. Abstimmen sollte das Parlament über Habecks Entwurf am 7. Juli. Vorgelegt hatte die Ampel-Koalition den überarbeiteten Gesetzentwurf allerdings erst am 30. Juni. Bundestagsabgeordnete und Sachverständige hätten damit nur einige wenige Tage Zeit gehabt, die über hundert Seiten des sogenannten „Heizungsgesetzes“ zu verstehen und zu bewerten. Vorgelesen war zudem, dass im Bundestag die zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfs noch am selben Tage stattfinden sollten.

Brisant für die Brandenburger Landeskoalition: Gleich anschließend sollte sich der Bundesrat mit dem umstrittenen Gesetz befassen, wobei sich auch Potsdam hätte positionieren müssen. Habecks Zeitplan ist jedoch vom Bundesverfassungsgericht per Eilantrag gestoppt worden. Zunächst verschoben ist damit auch die Abstimmung über das Heizungsgesetz im Bundesrat. Hier hätten die Vertreter Bran-

denburgs mit Enthaltung stimmen müssen, da in der Kenia-Koalition die CDU dem Gesetz nicht zustimmen wollte. Bei Missstimmigkeiten in einer Landeskoalition hinsichtlich ihres Abstimmungsverhaltens im Bundesrat ist Enthaltung üblich.

Die Bereitschaft der Grünen, um des Koalitionsfriedens mit der CDU auch noch weitere politische Kröten zu schlucken, wird möglicherweise sogar noch zunehmen. In Thüringen hat der CDU-Politiker Mike Mohring nämlich für Gespräche zwischen der Union und der Linkspartei nach der dortigen Landtagswahl 2024 geworben. Derartige Gedankenspiele sind nicht völlig neu. Schon 2018 hatte sich Ingo Senftleben, damals CDU-Landeschef von Brandenburg, offen gezeigt für eine Koalition der CDU mit der Linkspartei. Sollten solche Ideen Realität werden, könnte es je nach Wahlausgang künftig Regierungsbündnisse von CDU und SPD mit der Linkspartei geben, bei denen die Grünen nicht mehr als Mehrheitsbeschaffer benötigt werden.

ARCHITEKTUR

Der Nachbau bröckelt nach kaum zehn Jahren

Sitz des Landtags: Potsdams Stadtschloss-Rekonstruktion von 2014 zeigt gravierende Baumängel

Als im Jahr 2014 der Nachbau des Potsdamer Stadtschlusses eingeweiht wurde, galt dies als ein Beispiel dafür, dass in Berlin-Brandenburg auch Großprojekte der öffentlichen Hand halbwegs zu den kalkulierten Kosten und im Zeitplan fertiggestellt werden können. Nicht ganz zehn Jahre später zeigt sich: Die Erfolgsgeschichte hat einige Schönheitsfehler.

Bereits wenige Jahre nach der Einweihung weist die Fassade des Schlosses sichtbare Schäden auf. Das Gebäude beherbergt Brandenburgs Landtag. Im Innern handelt es sich um einen modernen Funktionsbau für die Parlamentsarbeit. Weitgehend dem historischen Vorbild entspricht allerdings die Fassade des Landtags. Bereits im Sommer 2021 sind an mehreren Stellen der Ost-, West- und Südfassade sowie auch an der Fassade des Innenhofs Risse und Abbrüche am Gestein festgestellt worden. An einigen Stel-

len war sogar großflächig Putz abgeplatzt. Nachdem mehrere Gesteinsbrocken vom Dach herabgefallen waren, mussten zum Schutz von Passanten Absperrgitter aufgestellt werden.

Zum Teil werden die Fassadenschäden im Innenhof des nachgebauten Schlosses mittlerweile beseitigt. Handwerker haben auch schon eine Fuge am Dach beseitigt. Diese war Ursache für Abplatzungen am Gestein des Gesimses. Geblieben sind noch immer Mängel an der sogenannten Kutschauffahrt. Diese liegt auf der Seite des Gebäudes, die gegenüber dem Hotel „Mercure“ liegt. Zwischen Auffahrt und Bürgersteig haben sich mehrere Rinnen gebildet, die eine Unfallgefahr darstellen. Bislang verhindern Absperrgitter, dass Fußgänger zu Schaden kommen. Auch oberhalb der Kutschauffahrt zeigen sich bei den Natursteinpfeilern der sogenannten Altane Risse.

Die Steuerzahler werden für die Kosten der Sanierung vermutlich nicht aufkommen müssen. Das Land Brandenburg nutzt das Gebäude im Zuge einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Errichtet wurde der Bau für knapp 150 Millionen Euro von dem holländischen Baukonzern BAM. Dessen deutsches Tochterunternehmen ist 2021 an das Stuttgarter Unternehmen Zech Hochbau AG übergegangen. Verantwortlich ist Zech seitdem auch für die Instandhaltung und Instandsetzung des wiederaufgebauten Stadtschlusses.

Rundum wächst die „alte“ Stadt

Brandenburg zahlt dafür bis Ende 2043 eine Miete. Wie die Landtagsverwaltung mitteilte, hat sie inzwischen beim Landgericht Potsdam ein selbstständiges Beweisverfahren eingeleitet. Dieses soll dabei helfen, die Ursachen der Mängel und damit auch die Kostenfrage zu klären.

Der Nachbau des Stadtschlusses ist nur eines von mehreren Projekten in Potsdams Mitte, die sich an historischen Vorbildern orientieren. Unmittelbar gegenüber dem Fortuna-Portal des Schlosses entsteht am Alten Markt ein Komplex mit Wohn- und Geschäftshäusern mit historisierenden Fassaden. Unter diesen Gebäuden findet sich auch der Nachbau des berühmten „Plögerschen Gasthofs“ unmittelbar gegenüber dem Landtag. In einigen Hundert Metern Entfernung ist mittlerweile zudem der obere Teil des wiederaufgebauten Turms der Potsdamer Garnisonkirche zu sehen. Seit dem Frühjahr verschwindet schrittweise das Baugerüst, sodass immer mehr von der sandsteinfarbenen Barockfassade des Turms sichtbar wird. Laut Planung der Wiederaufbaustiftung soll der Kirchturm bis Ende 2024 auch seine Turmhaube und die Wetterfahne erhalten. H.M.

KOLUMNE

Fast wie beim BER

VON THEO MAASS

Seit 2022 wird das Sommerbad Wilmersdorf im gleichnamigen Berliner Stadtteil „saniert“. Das Schwimmbecken war keineswegs in einem Zustand, der einen Weiterbetrieb nicht mehr gestattet hätte. Trotzdem wird es nun vollständig neu ausgestattet mit Stahlplatten und Beton statt der bisherigen Fliesenverkleidung. Eine Arbeit, die wohl in jedem anderen Land außer in Deutschland in einigen Wochen oder doch wenigstens Monaten ausgeführt worden wäre, dauert hier ein ganzes Jahr.

Während der Sommersaison 2022 mussten die Badegäste in dem Nichtschwimmerbecken ihre Bahnen ziehen. Erwartungsfroh erschienen im angelaufenen Jahr 2023 nach Öffnung der Freibäder die Badegäste. Aber Herbst und Winter 2022 und zusätzlich noch der Frühling 2023 hatten nicht ausgereicht, um die Arbeiten abzuschließen. Die Mitarbeiter können auf Befragen nicht sagen, wann der Badebetrieb wieder voll umfänglich möglich ist. Nur ein Bademeister wagt die ernüchternde Prognose: „Mitte August.“

Das Ganze mutet schon fast wie ein BER in Miniatur an. Die Berliner Bäderbetriebe zeichnen dafür verantwortlich, und die wiederum unterstehen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Dort amtiert die Sozialdemokratin Iris Spranger. Man sieht: Wenn in Berlin nichts klappt außer den Türen, müssen dafür nicht unbedingt die Grünen oder die Linkspartei verantwortlich sein.

Ein Gutes hat das Ganze: Während die meisten übrigen Berliner Freibäder unter dem Terror ausländischer Jugendlicher leiden und für ältere Herrschaften eine „No-go-Area“ geworden sind, ist die halbe Baustelle für den aggressiven Personenkreis nicht attraktiv. Vielleicht muss ganz Deutschland so aussehen, damit die ungebetenen Gäste eine Hausnummer weiter ziehen?

MELDUNG

Anteil der Ausländer stark angestiegen

Brandenburg/Havel – Die Stadt Brandenburg an der Havel verzeichnet eine deutlich wachsende Bevölkerungszahl. Wie aus dem Bevölkerungsbericht 2023 hervorgeht, ist die Einwohnerzahl der Havelstadt im Jahr 2022 um weitere 1278 Personen auf insgesamt 74.025 gestiegen. Einen starken Anteil an dieser Entwicklung hatte der Zuzug von Ausländern. Zum Stichtag 31. Dezember 2022 lebten in Brandenburg/Havel 6194 Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Damit waren zum Jahresende 8,4 Prozent der Bevölkerung der Stadt Ausländer. Zum Jahresende 2017 hatte dieser Anteil noch bei nur fünf Prozent gelegen, nämlich bei 3573. Allein im Jahr 2022 sind 1545 Asylbewerber und Flüchtlinge, darunter 1183 Ukrainer, in die Havelstadt gezogen. H.M.

● MELDUNGEN

Verlorene Leoparden

Amsterdam – Laut Angaben der niederländischen Internetplattform „Oryx“, die als die weltweit zuverlässigste Quelle zu den materiellen Kriegsverlusten der Ukraine und Russlands gilt, weil sie lediglich durch eindeutige geolokalisierte Fotos belegte Abschüsse und Zerstörungen meldet, sind etwa 13 Prozent der an die Ukraine gelieferten Leopard-2-Kampfpanzer vernichtet worden. Bislang hat Kiew 18 Leopard 2A6 aus der Bundesrepublik und weitere 36 Leopard 2A4 aus Polen, Spanien, Norwegen und Kanada erhalten. Von diesen gingen inzwischen vier Leopard 2A6 und drei Leopard 2A4 verloren. Dazu kommt der Verlust von 25 Schützenpanzern vom Typ M2 Bradley IFV aus den USA und vier Minenräum- und Bergepanzern. Als besonders fatal erwies sich ein Angriff am 8. Juni südlich von Mala Tokmachka, bei dem zwei ukrainische Brigaden in ein russisches Minenfeld gerieten. Das kostete allein schon drei Leopard 2A6. W.K.

Ende der Bevorzugung

Washington – Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Amerika hat in einem als „historisch“ bezeichneten und mit sechs zu drei Stimmen gefällten Urteil allen Universitäten der USA untersagt, weiterhin die „rassische Herkunft“ von Studienbewerbern zu einem Entscheidungskriterium bei der Zulassung zum Studium zu machen. Damit erklärte der Supreme Court die seit den 1960er Jahren praktizierte „Affirmative Action“ mit dem Zweck der Bevorzugung von Schwarzen beziehungsweise Diskriminierung Andersfarbiger für illegal. Die Klage war von der Studentenorganisation „Students for Fair Admissions“ eingereicht worden, die besonders die Diskriminierung asiatischer Bewerber kritisierte. Deren Chance, an einer Elite-Universität wie Harvard angenommen zu werden, lag um den Faktor fünf bis 13 niedriger als die von Schwarzen. Für die Abschaffung der „Affirmative Action“ stimmte mit dem seit 1991 amtierenden Clarence Thomas auch einer der beiden schwarzen Richter am Obersten Gerichtshof. W.K.

Orkneys prüfen Abspaltung

Kirkwall/Edinburg/London – Bei einer Sitzung des Regionalparlaments der Orkney-Inseln stimmten 15 Ratsmitglieder für den Versuch, eine Loslösung des Archipels von Großbritannien zu prüfen, nur sechs stimmten dagegen. Auslöser des Affronts: Die Fähren, welche die 21.000 Bewohner der Orkney-Inseln mit dem Festland Schottlands verbinden, sind veraltet. Eine Beschaffung neuer Schiffe würde etwa 500 Millionen Euro kosten, das Vierfache des Haushalts der Inseln. Aber weder London noch Edinburg zeigen Neigung, diese Gelder bereitzustellen. Aus London kam nicht einmal eine Antwort auf eine entsprechende Anfrage. In beiden Weltkriegen war Scapa Flow auf den Orkney-Inseln ein Hauptstützpunkt der britischen Flotte. F.B.

AFRIKA

Hat Wagner ausgespielt?

In der Zentralafrikanischen Republik und in Mali hängt die Zukunft der russischen Miliz in der Schwebe

VON BODO BOST

Mit der versuchten Rebellion von Jewgeni Prigoschin, dem Anführer der russischen Wagner-Miliz, gegen Russlands Präsidenten Wladimir Putin stellt sich die Frage nach der Zukunft der Gruppe auf dem afrikanischen Kontinent. Mit Einsätzen in Afrika erlangte die Söldnertruppe erstmals Bekanntheit. Mit den verdeckten und konspirativen militärischen Operationen der Truppe konnte Russland dem Westen am meisten schaden. Prigoschin ist 2018 selbst in den Sudan und 2021 in die Zentralafrikanische Republik gereist. Eines seiner Interviews gab er einem panafrikanischen Medium, in dem er seine „aufrichtige und uneigenützige Hilfe“ und „militärischen Erfolge“ gelobt hat. Wird die Rebellion des Gründers gegen seinen Meister und die angekündigte Auflösung von Wagner das Ende des Afrika-Abenteuers bedeuten?

Russland wird weiterhin in der Zentralafrikanischen Republik operieren, entweder mit der Wagner-Gruppe, die derzeit an der Seite der Armee gegen die Rebellen kämpft, oder mit einem anderen Kontingent, wie ein hochrangiger Vertreter der Präsidentschaft des zentralafrikanischen Staates nach Prigoschins gescheiterten Putschversuch gegenüber der Presseagentur Agence France-Presse bestätigte. Diese Ankündigung war zeitlich mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow abgestimmt. Russlands Chefdiplomat bestätigte, dass die Söldnertruppe „weiterhin“ in Mali und der Zentralafrikanischen Republik operieren werde. Dennoch tauchen nach Prigoschins gescheiterter Rebellion viele Fragen auf.

Gold und Diamanten als Belohnung

„Die Zentralafrikanische Republik hat 2018 ein Verteidigungsabkommen mit der Russischen Föderation und nicht mit Wagner unterzeichnet“, ließ Lawrow wis-

sen. Russland hat die Gruppe Wagner unter Vertrag genommen, wenn Russland nicht mehr mit den Söldnern einverstanden ist, dann muss es ein neues Kontingent schicken.

In der Zentralafrikanischen Republik wie auch in anderen möglichen Einsatzgebieten auf der Welt wird man vielleicht den Anführer wechseln, aber die Wagner-Soldaten werden weiterhin im Auftrag der Russischen Föderation operieren. Hunderte von Wagner-Söldnern waren 2018 in der Zentralafrikanischen Republik gelandet, offiziell, laut Moskau, um die Armee auszubilden, aber vor allem, weil das Regime von Präsident Faustin-Archange Touadéra mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich unzufrieden war. Frankreich hat das Land seit dem Beginn eines blutigen Bürgerkriegs im Jahr 2013 nicht befrieden können, weshalb große Teile des Landes in die Hände von Rebellen fielen, die mit ihren eroberten Gebieten nach Unabhängigkeit streben.

Im Jahr 2020 retteten die Wagner-Söldner Touadéra, der von einer Rebell-offensive auf Bangui bedroht wurde, sein Amt und vielleicht auch das Leben, als sie den Angriff von Séléka-Rebellen auf die Hauptstadt Bangui zurückdrängten. Seitdem beschuldigen die Vereinten Nationen (UN), internationale NGOs und Paris die Russen – ebenso wie die zentralafrikanischen Rebellen und Soldaten – der Übergriffe und Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung.

Sie beschuldigen die Gruppe Wagner zusätzlich, sich dort zu einem „räuberischen Konzern“ der knappen Ressourcen – Diamanten, Gold und Holz – des laut der UN zweitärmsten Landes der Welt entwickelt zu haben. Der Zugriff auf die Ressourcen des Landes war laut „Vertrag“, die Gegenleistung des Touadéra-Regimes für die Dienste der Wagner-Söldner, denen es immerhin gelungen scheint, das jahrelang umkämpfte Zentralafrika aus den Schlagzeilen zu bringen.

Mali kann Wagner nicht bezahlen

Nach Zentralafrika ist die russische paramilitärische Gruppe zunehmend in anderen Ländern Afrika aktiv, insbesondere in Madagaskar, in der libyschen Wüste, im Sudan und in Mali, wo die Militärjunta diese Söldner einsetzt und sich seit der Verschlechterung ihrer Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich diplomatisch auf die Seite Russlands gestellt hat. In Mali kamen die russischen Söldner im Dezember 2021 nach einem Militärputsch ins Land, sie verdrängten im Juli 2022 die Franzosen aus Mali, die dort 2013 das Regime vor einem Sturz durch radikale Moslems gerettet hatten.

Die Vereinten Nationen beschuldigten Anfang Mai die malische Armee und „ausländische“ Kämpfer, im März 2022 bei einer Anti-Dschihadisten-Operation in Moura mindestens 500 Menschen hingerichtet zu haben. Im Gegensatz zu den zentralafrikanischen Behörden haben sich die malischen Übergangsbehörden nicht zu den Ereignissen um den Putsch geäußert. Wie es heißt, hat Mali, das über wenig Bodenschätze verfügt, Zahlungsschwierigkeiten gegenüber den Söldnern, die deshalb ungehalten sind.



Kurz vor dem Abflug aus Afrika? Russische Söldner beim Einstieg in einen Transporthubschrauber im nördlichen Mali

Foto: pa

NORD-STREAM-ANSCHLÄGE

Nicht nur Staaten kommen in Betracht

Neueste private Untersuchungsergebnisse vergrößern den Kreis der möglichen Täter

Die Ermittler, die das Attentat auf drei der vier Stränge der Pipelines Nord Stream 1 und 2 am 26. September vergangenen Jahres untersuchen, haben sich bislang stets in der Weise geäußert, dass hierfür jeweils Sprengsätze von 500 bis 900 Kilogramm Gewicht verwendet worden seien und dass deshalb hinter dem Anschlag ein staatlicher Akteur stecken müsse.

Nun allerdings berichtet die US-amerikanische Online-Plattform „The Intercept“, die wegen ihrer kritisch-unabhängigen Berichterstattung auf der Boykottliste des US-Militärs steht, über privaten Nachforschungen des schwedischen Ingenieurs Erik Andersson, die gänzlich andere Ergebnisse erbrachten.

Der 62-Jährige, der früher als Subunternehmer für Volvo und Boeing arbeitete und seine Firma schließlich 2006 für 100 Millionen US-Dollar verkaufte, hat 20.000 Dollar in eine von den schwedischen und dänischen Behörden genehmigte Expedition zur Vor-Ort-Erkundung

der zerstörten Röhren auf dem Grunde der Ostsee investiert. Das Unternehmen fand Ende Mai statt und dauerte drei Tage. An diesen wurde eine Unterwasserdrohne von dem Taucherschiff „Baltic Explorer“ zu den Tatorten hinabgelassen.

Nach der Sichtung der Aufnahmen meinte Andersson, dass das Zerstörungsbild eher auf einen einzigen 50-Kilogramm-Sprengsatz pro Schadstelle hindeute als auf eine oder gar zwei Sprengladungen von mindestens einer halben Tonne Gewicht. Denn die großen Krater neben den Pipelines seien zweifellos infolge der Explosion des darin enthaltenen Gases entstanden. Das wurde inzwischen auch durch einige Experten der US-Marine bestätigt, die meinten, bei dem enormen Gasdruck im Inneren der Röhren hätten möglicherweise sogar zehn Kilogramm Sprengstoff ausgereicht.

Vier Sprengsätze von jeweils maximal einem Zentner Gewicht in 70 bis 88 Metern Tiefe zu platzieren, ist ungleich we-

niger komplizierter, als mit zehnmals schwereren Ladungen zu hantieren. Der Chef des schwedischen Unternehmens Poseidon Diving Systems AB, Peter Andersson, geht davon aus, dass es alleine in seinem Land um die 30 Taucher gebe, die dazu in der Lage wären.

Erik Andersson glaubt, auch eine Erklärung dafür gefunden zu haben, dass ein



Kurz nach der Sprengung: Nord-Stream-Gas entweicht in die Ostsee

Foto: pa

Strang der Pipeline Nord Stream 2 unverseht blieb. Aufgrund der magnetischen Anomalien im Bereich der Rohre bestehe die Möglichkeit, dass die Kompasser der Taucher gestört und deswegen versehentlich zwei Ladungen an einer Röhre angebracht worden seien.

Die Ergebnisse der Untersuchungen des Schweden stützen die Theorie von der Täterschaft einer kleinen ukrainischen oder pro-ukrainischen Gruppe. Allerdings gibt der Ingenieur Andersson auch zu bedenken: „Selbst wenn die Ukraine die Operation geplant und durchgeführt hat, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die USA auf eine Weise daran beteiligt waren, die sie verantwortlich machen ... Zumindest muss sich die Ukraine sicher gewesen sein, dass die USA eine ... Sabotage von Nord Stream begrüßen würden ... Wenn die Ukraine es also getan haben sollte, dann hat sie es für das ganze Team getan.“

Wolfgang Kaufmann

VON PETER ENTINGER

Führende Ökonomen sind besorgt. Wie das Statistische Bundesamt mitgeteilt hat, ist der deutsche Export im vergangenen Quartal um 0,1 Prozentpunkte gesunken. Dabei hatten Experten zuvor mit einem Plus von 0,3 Prozent gerechnet. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum war der Rückgang mit 0,7 Prozent noch deutlicher. „Damit erhärtet sich ... einmal mehr der Verdacht, dass aus einer konjunkturellen Erholung vorerst nichts wird“, interpretierte der Chefvolkswirt der in Liechtensteins Hauptstadt Vaduz sitzenden VP Bank, Thomas Gitzel, das ernüchternde Resultat, für das vor allem die mangelnde Nachfrage aus den USA verantwortlich gemacht wird. „Ein Frühlingserwachen bei der Exportwirtschaft ist leider ausgeblieben“, erklärte Volker Treier, Außenwirtschaftschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), ernüchtert und fügte hinzu: „Noch immer hohe Inflationsraten und das gestiegene Zinsniveau in vielen Märkten dämpfen das Auslandsgeschäft.“

Nach übereinstimmenden Aussagen der Analysten steht der deutschen Außenwirtschaft ein maues zweites Halbjahr bevor. Das Barometer für die Erwartungen in der Exportindustrie fiel im Juni auf minus 5,6 Punkte, nach plus 1,0 im Mai. Das ist der niedrigste Wert seit November 2022, wie das Münchner ifo Institut für Wirtschaftsforschung zu seiner monatlichen Unternehmensumfrage mitteilte. „Neben der inländischen Nachfrageschwäche zeichnen sich jetzt auch noch weniger Aufträge aus dem Ausland ab“, sagte der Leiter der ifo-Umfragen, Klaus Wohlrabe, und ergänzte: „Dies sind keine guten Nachrichten für die deutsche Exportwirtschaft.“

Rückgang der Exporte in die USA

Größter Abnehmer deutscher Waren und Dienstleistungen blieben trotz schlechter Zahlen die USA. Dorthin wurden Waren im Wert von 12,7 Milliarden Euro verkauft, was einem Rückgang von 3,6 Prozent entspricht. Die Exporte nach China wuchsen dagegen um 1,6 Prozent auf 8,6 Milliarden Euro. Dieses ist umso bemerkenswerter, als es seit Jahren innerhalb der EU Bemühungen gibt, den Anteil der Ausfuhren in die Volksrepublik an den Gesamtausfuhren zu minimieren und die Abhängigkeit der Asiaten aus dem Ausland abnimmt. Sie produzieren selbst, sind dabei innovativ und vor allem viel günstiger.

Besonders bekommt dies die Automobilindustrie zu spüren. 2023 wird China wohl zum Export-Spitzenreiter der Autobranche. Von dort wird der Markt mit billigen E-Modellen regelrecht geflutet. Eine



An Autos chinesischer Produktion auf deutschen Straßen wird man sich gewöhnen müssen: Ein BYD ebus der Stadtwerke Bonn (SWB) in der Bundesstadt

Foto: Wikimedia/Spielvogel

KONJUNKTURKLIMA

Sorgen um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit

Deutschlands Export nach China hat gegen den Trend zwar zugenommen, aber die chinesische Konkurrenz auf dem Automobilmarkt wird immer bedrohlicher

aktuelle Studie sagt einen Wandel in der Autoindustrie voraus, der speziell auch für deutsche Unternehmen problematisch wird. „Die Zeit der Rekordgewinne neigt sich dem Ende entgegen“, lautet die These des US-amerikanischen Beratungsunternehmens AlixPartners. Auf einem sich abkühlenden Weltmarkt mit steigendem Wettbewerb wächst der Druck auf die Gewinnmargen der großen Autokonzerne.

Laut AlixPartners hat China im ersten Quartal mit 1,07 Millionen exportierten Autos Japan mit seinen 954.000 Fahrzeugen überholt. Platz 3 belegte danach Deutschland mit 840.000 exportierten Modellen, vor Südkorea mit 750.000 und Mexiko mit 741.000. Hätte es nicht an den dafür nötigen Transportmöglichkeiten gemangelt, hätten die Chinesen sogar noch mehr Autos ins Ausland verkauft

können. Hinzu kommt, dass nicht nur China immer mehr exportiert, sondern dass auch immer mehr Chinesen chinesische Marken kaufen.

„Der Außenhandel hat nicht mehr die gleiche Bedeutung wie vor 15 Jahren, er ist schon lange kein Wachstumstreiber mehr“, hat Michael Böhmer, Chefvolkswirt der Prognos AG, bereits Anfang des Jahres gesagt. Schon vor Monaten hatte Böhmer der deutschen Wirtschaft mit auf den Weg gegeben, dass ihre Zukunft nicht darin liege, „Autos und Maschinen nach China zu verkaufen“.

Konfrontation statt Kompromisse

Für die traditionellen Exportnationen ist das eine Katastrophe. Einerseits schwindet der Absatz vor Ort, andererseits erwächst auch auf dem einheimischen Markt eine Konkurrenz, die in den meis-

ten Fällen billiger ist. „Die Verkaufszahlen in Europa werden langfristig um mehr als 15 Prozent unter Vor-Covid-Werten liegen“, sagen die Experten von AlixPartners voraus.

Einen entscheidenden Anteil an den Problemen, die nicht nur Deutschland betreffen, hat nach übereinstimmender Einschätzung der Ukraine-Krieg. Die Welt werde stärker von Konfrontation statt von Kompromissen geprägt sein, heißt es.

Für die Bundesbürger in ihrer Eigenschaft als Verbraucher hat der verstärkte Wettbewerb im eigenen Land allerdings auch einen Vorteil. In der Branche kursierten Gerüchte, dass Volkswagen beziehungsweise die Konzerntochter Audi ursprünglich Preiserhöhungen durchsetzen wollte. Doch daraus wird nun wohl nichts werden, wenn die ausländische Konkurrenz schon jetzt billiger anbietet.

MULTIS

Zwei kommen aus Deutschland, 62 aus den USA

Ernst & Young hat die 100 wertvollsten börsennotierten Konzerne vorgestellt

Die US-amerikanische Wirtschaft hat den weltweiten Markt nach wie vor im Griff, und so überrascht es wenig, dass auf der jährlich veröffentlichten Rangliste der weltweit wertvollsten Unternehmen neun US-Unternehmen unter den „Top Ten“ vertreten sind. Laut einer aktuellen Auswertung der Unternehmensberatung Ernst & Young (EY) haben vor allem US-Techgiganten im ersten Halbjahr an Wert gewonnen. Dies hängt vor allem mit dem Thema Künstliche Intelligenz zusammen. „Der aktuelle KI-Boom zeigt es überdeutlich: Wieder einmal sind es in erster Linie US-Unternehmen, die an den Börsen von einem neuen Megatrend profitieren und an Bedeutung gewinnen“, erklärte Henrik Ahlers, Vorsitzender der EY-Geschäftsführung.

An der Spitze thront weiter Apple. Die Aktie erreichte zuletzt ein Allzeithoch. Der iPhone-Konzern hat seinen Börsenwert binnen sechs Monaten von 2,1 Billionen auf sagenhafte 3,1 Billionen US-Dollar gesteigert. Auf Platz zwei folgt wenig überraschend Microsoft. Der saudi-arabische Erdölkonzern Saudi Aramco ist mit einem Börsenwert von rund 2,1 Billionen US-Dollar der einzige unter den Top Ten, der nicht aus den USA stammt.

Europäische Unternehmen haben es im internationalen Vergleich traditionell schwer, einen Platz im Vordergrund zu erreichen. Wie die EY-Erhebung zeigt, stammen 62 der teuersten 100 börsennotierten Konzerne aus den USA. Nur 19 Unternehmen haben ihren Hauptsitz

in Europa. Von ihnen ist der französische Luxusgüterkonzern LVMH auf Rang 12 das wertvollste. Immerhin werden die deutschen Konzerne SAP und Siemens mit den Plätzen 71 und 91 wieder unter den Top 100 notiert. Auf Platz 57 befindet sich der Industrie-Produzent Linde, der seit seiner Fusion mit Praxair seinen Hauptsitz in Irland hat.

Vor rund dreieinhalb Jahrzehnten, Ende der 80er Jahre lag der Technologiekonzern IBM an der Spitze. Unter den ersten Zehn waren nur der japanische Autohersteller Toyota und der britische Öl-Lieferant BP keine US-Konzerne. Danach fand eine bemerkenswerte Veränderung statt. Bedingt durch den Mobiltelefon-Boom der 90er Jahre und den Finanzierungsbedarf der Produzenten ran-

gierten zehn Jahre später plötzlich fünf japanische Banken unter den Top Ten. Danach stellten sich die alten Kräfteverhältnisse schnell wieder ein.

Europäische Unternehmen standen in den vergangenen 50 Jahren nur vereinzelt im Vordergrund. Der finnische Mobiltelefon-Produzent Nokia schaffte es vor mehr als zwei Jahrzehnten einmal auf Platz 12. Unter den ersten 15 konnte sich 2010 auch der Schweizer Genussmarkenhersteller Nestlé kurzzeitig einfinden. Seit Jahren schon sind deutsche Konzerne unter den Top 100 des Rankings eine Seltenheit. Waren es 2007 noch sieben, fielen die Deutschen 2022 erstmals ganz aus den ersten Hundert raus. Immerhin ist SAP und Siemens nun die Rückkehr gelungen. P.E.

MELDUNGEN

Insolvenzen werden mehr

Wiesbaden – Im ersten Quartal dieses Jahres haben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 4117 Unternehmen bei einem deutschen Amtsgericht Insolvenz angemeldet. Das sind 18,2 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Zunehmend waren auch grundsätzlich gesunde Unternehmen betroffen, die auf unbezahlten Rechnungen sitzen geblieben waren. Gab es im ersten Quartal des Vorjahres offene Forderungen von 3,9 Milliarden Euro, waren es im Vergleichszeitraum des laufenden Jahres 6,7 Milliarden. Als besonders insolvenzanfällig stuft das Statistische Bundesamt Unternehmen der Verkehrs- und Logistikbranche ein, gefolgt von Betrieben in den Bereichen Bergbau beziehungsweise Gewinnung von Steinen und Erden sowie der Sparte „sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“, wovon sich meist Zeitarbeitsfirmen verbergen. Ganz am Ende der Rangliste stehen dabei die Energieversorger. W.K.

„Die Zahlen alarmieren“

Köln – Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) standen im vergangenen Jahr Investitionen von deutschen Unternehmen im Ausland in Höhe von 135,5 Milliarden Euro lediglich zehneinhalb Milliarden Euro gegenüber, die ausländische Unternehmen in Deutschland investiert haben. Der sich daraus ergebende Investitions-Netto-Saldo von 125 Milliarden Euro ist laut dem IW der höchste, der „jemals in Deutschland verzeichnet“ worden ist. Dies veranlasste das Institut zu dem Kommentar: „Die Zahlen alarmieren: Im schlimmsten Fall ist das der Beginn der Deindustrialisierung.“ Als Ursache für die mangelnde Attraktivität des Standortes Deutschland nennt das IW hohe Arbeitskosten in Kombination mit Fachkräftemangel, Subventionen für Investitionen im Ausland sowie einen Strukturwandel in der Autoindustrie durch Wegfall des Verbrennungsmotors. W.K.

Tanktourismus meist lohnend

Berlin – Benzin ist in den meisten Nachbarstaaten preiswerter als in Deutschland. Die Preisdifferenz beträgt zu Polen 38, zu Tschechien und Ungarn 27 und zur Slowakei 26 Cent. Fährt man Richtung Süden, tankt man in Österreich um 27 Cent und in Slowenien sogar um 41 Cent günstiger. In Kroatien beträgt der Preisunterschied 39 Cent. Richtung Westen tankt man in Luxemburg für 1,56 Euro und in Belgien für 1,71 Euro je Liter. Im Norden werden in Schweden lediglich 1,68 Euro verlangt. Weiter im Süden ist Benzin in Spanien und Portugal ebenfalls preiswerter. Hingegen werden in der Schweiz, Frankreich, Italien, Dänemark und Griechenland höhere Spritpreise als in Deutschland aufgerufen. In Deutschland verlangt der Staat von den tankenden Kraftfahrern neben der Mehrwertsteuer eine Energiesteuer sowie eine Kohlendioxid- und eine Erdölbevorratungsabgabe. F.B.

KOMMENTAR

Der Skandal hält an

RENÉ NEHRING

Es ist stillgeworden um das Hochwassergebiet im Westen. Um die Folgen jener Jahrhundertflut, die am 14. und 15. Juli 2021 Ahr, Erft, Nette und andere Flüsse über die Ufer treten ließ. Mehr als 180 Menschen starben, Straßen und Bahntrassen wurden zerstört, Autos und Häuser wie Spielzeug hinweggespült.

Nicht nur das Entsetzen der Betroffenen war damals groß, auch die Versprechungen der Politik. Schließlich war Wahlkampf. So erklärte der Kanzlerkandidat der SPD und damalige Bundesfinanzminister Olaf Scholz, „die zerstörten Leben, die zerstörte Gesundheit und das, was die Katastrophe in den Herzen und Köpfen der Menschen angerichtet hat“, könne niemand wieder gutmachen. „Aber das, was man mit Geld in Ordnung bringen kann, das werden wir mit Geld in Ordnung bringen.“ Kurz darauf beschloss der Bund ein Hilfspaket in der Rekordhöhe von 30 Milliarden Euro.

Doch während nach der Flut eine einzigartige Welle der Hilfsbereitschaft das Katastrophengebiet erreichte, befassten sich maßgebliche Vertreter der Politik vor allem mit sich selbst. So sie in der Unglücksnacht Verantwortung getragen hatten, verwendeten sie nun einen Großteil ihrer Kraft darauf, dass das apokalyptische Ausmaß der Katastrophe nicht auf sie zurückfiel. Manchen Amtsträgern war es allen Ernstes wichtig, dass in ihren Pressemitteilungen korrekt gegendert wurde. Und andere gingen einfach in den unverdienten Urlaub.

Das Versagen der Politik

Auf Anne Spiegel, damals Umweltministerin in Rhein-Pfalz, traf alles drei zu. Sie wurde das wohl prominenteste Gesicht der vielfachen Verantwortungslosigkeit, floh in die Hauptstadt und wurde Monate später auch dort von den Flutwellen erreicht. Fast alle Verantwortlichen, die in den Tagen der Katastrophe ihrem Amt nicht gewachsen waren, mussten ihren Posten räumen: vom Landrat des besonders betroffenen Landkreises Ahrweiler, Jürgen Pföhler (CDU), dem vorgeworfen wird, zu spät den Katastrophenfall ausgerufen zu haben, bis hin zum Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz (SPD), der darüber stolperte, dass seine Polizei sehr früh über die Lage in der Unglücksnacht im Bilde war – und sich dann schlafen legte. Das

prominenteste politische „Opfer“ der Flut war Armin Laschet, Ministerpräsident von NRW und Kanzlerkandidat der Union, den ein Lacher bei einem Besuch des Krisengebietes die sicher geglaubte Kanzlerschaft kostete.

Wer sich dieser Tage bei den Betroffenen im Ahrtal umhört, stößt in Bezug auf die Politik auf eine Stimmung, für die das Wort *Wut* zu klein ist. Von den versprochenen 30 Milliarden ist nur ein Bruchteil angekommen. Unzählige Häuser sind unrettbar verloren, viele Existenzen zerstört, wie es weitergehen soll, noch immer unklar. Dass wenigstens ein Teil der Menschen versucht, zum alten Leben zurückzufinden, liegt auch an den ehrenamtlichen Helfern, die seit zwei Jahren keine Kosten und Mühen scheuen, um anderen zu helfen. Natürlich sind es nicht mehr die Tausenden der ersten Tage, aber noch immer Hunderte, die in ihrer Freizeit anpacken, Häuser entrümpeln, kontaminierte Wände wegstemmen, Grundstücke reinigen und auch beim Wiederaufbau anpacken.

Im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe war viel von einem „Staatsversagen“ die Rede. Das ist jedoch nicht korrekt, denn zum Staat gehören auch Bundeswehr, Polizei und THW, die selbst im schlimmsten Chaos funktionierten und dafür sorgten, dass zerstörte Orte wenigstens etwas von ihrer gewohnten Struktur zurückbekamen.

Was in den Unglückstagen des Jahres 2021 versagte, war nicht der Staat, sondern verantwortliche Politiker. Vorneweg die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). Auch von ihr ist längst bekannt, dass sie in der Flutnacht früh über die Lage informiert wurde und sich dann wie ihr Innenminister schlafen legte. Doch obwohl in ihrem Bundesland die Schäden und die Todesfälle – allein hier starben 134 Menschen – am größten waren, sorgt eine gut geölte sozialdemokratische Machtmaschine in Politik und Medien auf gespenstische Weise dafür, dass im Zusammenhang mit der Unglücksflut über alles Mögliche gesprochen wird – nur nicht über die Hauptverantwortliche.

So setzt sich der Skandal, dass in einem der höchst entwickelten Länder der Welt hunderte Menschen in einer Hochwasserflut den Tod fanden, weiter fort. Für die nächste Katastrophe, die zweifelsohne kommen wird, verheißt das nichts Gutes.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Hat den Krieg als Hassobjekt ersetzt: Das Kohlendioxid (CO₂)

Foto: MHM55

KOLUMNE

Ehrenrettung für das CO₂

FLORIAN STUMFALL

Alle sprechen vom CO₂, kein Tag vergeht ohne seine Erwähnung durch Politik und Medien, es hat den Status einer weltanschaulichen Größe erlangt, unantastbar und jeder Nachprüfung seiner Art und Wirksamkeit entzogen. Wer aber eine derartige Prüfung unternähme, verfiel einem Verdikt, der Blasphemie ähnlich. Das CO₂, so nämlich lautet weitum der Glaubenssatz, verursache eine Erwärmung des Globus, unter der alles Leben aufs Äußerste gefährdet sei.

Dennoch tut es not, die Grundlagen dieses Glaubenssatzes zu prüfen, wie es überhaupt das Zeichen des systematischen Denkens ist, die Schlüssigkeit zwischen Voraussetzung und Ergebnis immer im Auge zu behalten. Es kann nicht sein, dass die Kontrolle der These, von der eine Lehre ausgeht, ab einem gewissen Grad der Gewöhnung unstatthaft wird. Man tut also gut daran, sich die grundlegenden physikalischen Gegebenheiten dann und wann wieder vor Augen zu führen.

Der Planet Erde wird von einer Hülle aus Luft umgeben, die ein Gas-Gemisch darstellt. Die Anteile dieser Gase sind sehr unterschiedlich. So besteht die Luft zu rund 78 Prozent aus Stickstoff, zu gut 20 Prozent aus Sauerstoff, und den Rest bilden die sogenannten Spurengase, unter ihnen neben einem Prozent Argon eben auch das Kohlendioxid mit 0,04 Prozent. Diese und die anderen Bestandteile der Luft bilden ein homogenes Gemisch, das heißt, in jeder Volumen-Einheit befinden sich analog die Anteile der einzelnen Gase insgesamt. Ungleich verteilt sind nur die in der Luft ebenfalls vorkommenden wechselnden Mengen an Wasserdampf und Staub. Dieses Verhältnis besteht seit etwa 350 Millionen Jahren.

CO₂ ist lebensnotwendig

Trotz seines verschwindend geringen Anteils von nur 0,04 Prozent übt das CO₂, eine äußerst wichtige Funktion aus. Alle grünen Pflanzen, selbst Algen, nehmen das CO₂ aus der Luft auf und zerlegen es mit Hilfe des Sonnenlichts in Zucker und Sauerstoff. Die Pflanze nimmt den Zucker als Nahrung und gibt den Sauerstoff an die Luft ab. Der gesamte Sauerstoff der Erdatmosphäre ist auf diese Weise entstanden. Ohne CO₂ gäbe es auf der Erde keine höher entwickelten Pflanzen, keine Tiere und keine Menschen.

Man kann davon die Regel ableiten: Ein erhöhtes Aufkommen an CO₂ führt zu vermehrtem Pflanzenwachstum. Das Kohlendioxid als Schadgas zu bezeichnen, wie das immer wieder geschieht, ist daher unsinnig. Dazu ist obendrein zu bedenken, dass der Anteil des von den Menschen gemachten CO₂ gegenüber dem Gesamtaufkommen nur rund vier Prozent beträgt. Der Großteil kommt aus der Tätigkeit vor allem der unterseeischen Vulkane. Während es auf den Kontinenten nur rund 1900 aktive Vulkane gibt, werden diejenigen am Meeresboden auf eine Million geschätzt.

Das Problem des CO₂ ist entgegen der üblichen Darstellung kein klimatisches, sondern, dass es kein Forum der unvoreingenommenen Debatte mehr gibt

Das erklärt auch den Zusammenhang zwischen dem Aufkommen von CO₂ in der Luft und der Erdwärme. Diese variiert hauptsächlich durch eine geringere Entfernung zur Sonne, die Sonnenaktivität und diejenige der Sonnenflecken, die Neigung der Erdachse oder durch andere Einflüsse, wie sie in den Milankovic-Zyklen beschrieben sind. Eisbohrungen in Grönland haben ergeben, dass nicht das vermehrte CO₂ eine Erwärmung mit sich bringt, sondern im Gegenteil die Erwärmung der Weltmeere zu einem erhöhten CO₂-Gehalt der Luft führt.

Es ist eine alltägliche Erfahrung: Eine kalte Flasche Mineralwasser hält die Kohlensäure sehr viel besser als eine warme. Die Ozeane aber enthalten 60-mal so viel CO₂ wie die Luft, da aber eine wärmere Flüssigkeit weniger Gase bindet, gibt sie einen Teil an die Atmosphäre ab. Diese Ursache-Wirkung-Relation zeigt: Zuerst kommt die Erwärmung, dann die Erhöhung des CO₂ in der Luft.

Korrekturen sind auch an der grundlegenden These der geltenden Lehre an-

gebracht. Danach bilde das CO₂ eine Schicht in der Stratosphäre, die verhindere, dass die Sonnenstrahlung, die auf die Erde trifft, reflektiert würde. Nun ist unverständlich, warum eine Luftschicht die Strahlen von oben zwar durchlassen, von unten aber behindern soll. Von beiden Seiten nämlich herrschen dieselben physikalischen Voraussetzungen. Zudem ist die Luft homogen, das heißt, es gibt keine speziellen Ansammlungen bestimmter Bestandteile. Und gäbe es sie: Das spezifische Gewicht von CO₂ ist höher als das von Stickstoff. Könnte sich daher das CO₂ in der Luft sozusagen selbstständig machen und irgendwo sammeln, so wäre das nicht in der Stratosphäre, sondern es müsste wegen seines Gewichts nach unten zum Erdboden sinken.

Ursache und Wirkung verwechselt

Das Problem des CO₂ ist daher entgegen der üblichen Darstellung kein klimatisches, sondern es liegt darin, dass es kein Forum der sachgerechten, unvoreingenommenen Debatte mehr gibt. Kein vernünftiger Mensch leugnet, dass sich das Klima ändert – das tut es seit Jahrtausenden. Wo heute Europa liegt, gab es einst ein tropisches Meer und Äonen später kilometerdicke Gletscher. Keines der beiden Extreme, bei denen es um eine Differenz von wohl 80 Grad geht, hatte einen mindernden Einfluss auf die unaufhörliche Entwicklung des Lebens. Wer heute wegen eines oder zweier Temperaturgrade im Jahresschnitt ein meteorologisches Armageddon heraufziehen lassen will, handelt intellektuell unseriös.

Es bleibt die Frage, wieso dennoch die dominierende Öffentlichkeit an der Treibhaus-Lehre festhält. Die Erklärung ist bestürzend einfach. Die Drohung einer Katastrophe verschafft den Herrschenden ein gewaltiges zusätzliches Potential an Macht, in das Leben der Bürger einzugreifen. Die Angst schüchtert die Bürger ein, die auf solche Weise wehrlos werden. Und – nicht zuletzt – das Klima-Thema hat den wohl ertragreichsten Markt der Gegenwart generiert. Denn wo verlangt wird, dass Billionen für die Klima-Rettung ausgegeben werden, gibt es auch Leute, die diese Billionen einschieben.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Verrußte Stücke der Erinnerung

Schloss Doberlug präsentiert einen Teil der Sammlung der ostpreußischen Adelsfamilie Dohna-Schlobitten

VON HARALD TEWS

Die goldenen Eheringe liegen auf einem Samtkissen bereit, als würden sie auf die Trauung warten. Dabei sind sie schon vor rund 200 Jahren getragen worden. Es handelt sich um Trauringe des Burggrafen Wilhelm zu Dohna-Schlobitten (1773–1845) und der Gräfin Amalie Louise von Schlieben-Birkenfeld (1777–1845), die zu den eher unscheinbaren Stücken der Ausstellung „Vom Feinsten. Preußische Adelschätze in sächsischen Mauern“ zählen, die im Schloss Doberlug in Südbrandenburg zu sehen sind.

Die Ringe könnten sinnbildlich stehen für die glückliche Vereinigung des ostpreußischen Schlosses Schlobitten mit dem sächsischen Renaissanceschloss Doberlug, das seit dem Wiener Kongress zu Preußen gehört und auf brandenburgischem Boden steht. Als neue ständige Ausstellung präsentiert es einen Teil der Sammlung der ursprünglich in Sachsen beheimateten Adelsfamilie Dohna-Schlobitten, die dann ab 1525 auf dem Gut Schlobitten zu den bedeutendsten und einflussreichsten Burggrafen- und Fürstentümern Ostpreußens emporwuchs.

Gleich zu Beginn wird dem Besucher das Gemälde von Alexander zu Dohna-Schlobitten vorgestellt. Der Fürst, der in der Uniform der preußischen Stände porträtiert ist, war der letzte Schlossherr in Schlobitten. Ihm ist es zu verdanken, dass der in Ostpreußen einzigartige kunsthistorische Schatz seines Hauses überhaupt erhalten blieb – jedenfalls wenigstens zum Teil. Als sich die Niederlage des Deutschen Reiches abzeichnete, sorgte der Fürst dafür, dass die Sammlung sowie das Personal und die Familien des Dorfes Richtung Westen in Sicherheit gebracht wurden. Eine weise Voraussicht, denn die Rote Armee setzte das Schloss kurz nach der Einnahme vollständig in Brand.

Ein Großteil ging verloren

Ein Familienfideikommiss garantierte, dass die über Jahrhunderte auf Zehntausende Einzelstücke angewachsene Sammlung unteilbar blieb und somit als Ganzes bestehen blieb. Sie gilt daher als die einzige erhaltene ostpreußische Adelsammlung überhaupt. Allerdings ging auf den 1500 Kilometern unterwegs ein Großteil der auf 38 Wagen nach Westen transportierten Objekte verloren, und von dem, was auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone verblieb, landete vieles als Reparationsleistung in der UdSSR.

Doch etwa 2000 Objekte des 16. bis 19. Jahrhunderts blieben erhalten und befanden sich im Schloss Charlottenburg in Berlin in der Sammlung „Dohna-Schlobitten“.



Repräsentative Einrichtung: Raum mit dem Bildteppich eines Fuchses und Greifvogels aus dem flämischen Oudenaarde (um 1713)

ten“. Als Leihgabe der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) sind davon nun rund 400 herausragende Objekte in Doberlug ausgestellt.

Die Ausstellung teilt sich auf in zehn Kapitel, respektive Räume, welche das Adelsleben und die damit verbundene Vielfalt an Adelskultur dokumentieren. Bevor von Heiratspolitik, adeliger Erziehung oder standesgemäßer Lebensweise mit Müßiggang und Jagden die Rede ist, gibt es eine Übersicht der geretteten Teile wie eine Delfter Fayence mit knospenähnlichen Wülsten zum Einstecken von Tulpen, hölzernen Schachfiguren aus Heiligenbeil, Goldschmiedearbeiten, Schmuckstücken oder auch Porzellanscherven. Besonders berührend ist ein verrußter Unterteller der Königlich Porzellan-Manufaktur Berlin (um 1800) mit geschmolzener Glasur, der 1945 mit dem Schloss verbrannte, später geborgen und von der Familie Dohna-Schlobitten als Erinnerung bewahrt wurde.

Eindrucksvoll muss auch die Waffenkammer von Schlobitten gewesen sein. Davon zeugt ein gut zwei Meter langes gewelltes Schwert, auch Flamberg oder Bidenhänder genannt, das nur von starken Rittern mit zwei Händen geschwungen werden konnte. Die imposante Waffe ist eines der wenigen Überbleibsel der Rüstkammer mit ihren Ritterrüstungen und anderen martialischen Gegenständen.

Geradezu wie neu aus dem Möbelmarkt wirkt ein restaurierter Kabinett-

schränk, der um 1640 in Augsburg hergestellt wurde und der aus Holz, Knochen, Elfenbein, Bronze, Eisen inklusive mehrerer Geheimfächer besteht. Er repräsentiert das Stilempfinden der Adelsfamilie. Die Kapitel „Blau Blut“ und „Gut erziehen“ präsentieren mit einigen der 72 geretteten Gemälde, wie sehr die Dohnas mit adeligen Familien aus ganz Europa verbandelt waren. Die Porträts der Kurfürstin Luise Henriette von Brandenburg und des Prinzen Wilhelm II. von Oranien weisen etwa auf die enge Verwandtschaft zu den Hohenzollern und zum niederländischen Königshaus hin.

Als Zeugnis für Bildung und Erziehung stehen zwei dicke Buchbände: Ein „Lautenbuch“ von 1592 und Sebastian Münters „Cosmographia oder Beschreibung der ganzen Welt“ von 1678. Sie sind die letzten Relikte der etwa 55.000 Bände umfassenden Bibliothek in Schlobitten, von denen 1945 fast alle verbrannt sind.

Ein fürstliches Mahl

Der Höhepunkt der Ausstellung folgt im Kapitel „Standesgemäß“, in dem der Besucher mit einer gedeckten Speisetafel überrascht wird, so als sei er zu einem fürstlichen Mahl eingeladen. Dass dieses um 1780 in der Königlich Porzellan-Manufaktur Berlin hergestellte Speise- und Dessertservice schadlos die weite Reise überstanden hat, ist ohnehin ein logistisches Wunder. Der Adel, soll uns dieser Teil der Ausstellung lehren, genoss das Leben in vollen Zügen. Dazu gehören

Freizeitbeschäftigungen wie das Jagen, das anhand von Hirschfängern und Jagdstillleben abgebildet wird.

Überraschend tauchen auch Buddha-Figuren, chinesische Specksteinfiguren und ein Mah-Jongg-Spiel auf. Sie bezeugen die China-Mode des 18. Jahrhunderts, die sich sogar auf einem ostpreußischen Adelsitz ausgebreitet hatte. Am Ende kommt noch die Politik mit ins Spiel. Ein Porträt Friedrich Wilhelms I. zeigt die Verbundenheit der Familie mit dem Preußentum und ein NSDAP-Mitgliedsbuch Hermann Burggraf zu Dohna-Finkensteins die Identifikation von Teilen der Familie mit dem Hitler-Regime.

Was fehlt, ist wertvoller Juwelschmuck. Eine Fundgrube für kriminelle Familienclassen bietet diese Ausstellung nicht. Allein dafür, dass jedes Einzelstück eine eigene Geschichte erzählt, lohnt sich der Abstecher in diese brandenburgische Provinz der Elbe-Elster-Region. Hier wird auch zu einem verantwortungsvollen Umgang mit unserer Geschichte gemahnt. Zu erfahren, dass die Dohnas einzelne Erinnerungsstücke, wir aber eine ganze lebendige ostpreußische Adelskultur verloren haben, macht wehmütig.

● Museum Schloss Doberlug im Museumsverbund Elbe-Elster, Schlossplatz 1, 03253 Doberlug-Kirchhain, geöffnet täglich außer montags von 11 bis 18 Uhr, ab Oktober bis 17 Uhr, Eintritt: 8 Euro, Telefon (035322) 6888520, www.museumsverbund-lkee.de

OPERNFEST

Das Bayreuth des Nordens

Vom 14. bis 17. Juli findet in Danzig und Zoppot das Baltic Opera Festival statt. Damit knüpft man an eine frühere Tradition an. Die Zoppoter Waldoper entstand 1909 als ein Naturtheater mit außergewöhnlicher Akustik, in dem bis 1944 einzigartige Opernfestspiele unter freiem Himmel stattfanden. Ab 1922 führte man dort hauptsächlich Richard Wagners Werke auf. Darum nannte man diese Bühne auch das „Bayreuth des Nordens“.

Vor dem Zweiten Weltkrieg war dieses Festival ein Karrieresprungbrett für junge Wagnersänger. Dort traten aber auch die Künstler auf, die ihre besten Jahre schon hinter sich hatten, aber zumindest einmal in der Waldoper singen wollten. Die Veranstaltung wuchs nach und nach an Bekanntheit, und in den 1930er Jahren entwickelte sie sich zu einem ersten Konkurrenten der Bayreuther Festspiele. Diese Geschichte beschrieb Einhard Luther in seiner Monografie „Die Zoppoter Waldoper. Das Bayreuth des Nordens“.

Nachdem Zoppot 1945 unter polnische Verwaltung geraten war, wurde die Waldoper zu einer Szene des Internationalen Popsong-Festivals. Man versuchte jedoch, die alte Tradition zu reaktivieren. Dieses Jahr gelingt es durch Initiative des berühmten Wagnersängers Tomasz Konieczny. Der polnische Bassbariton erweckt die Festspiele unter dem Namen Baltic Opera Festival zum Leben und übernimmt ihre künstlerische Betreuung. Organisiert von der Baltischen Oper,



Initiator: Sänger Tomasz Konieczny

dem Ministerium für Kultur und Nationales Erbe der Republik Polen, dem Nationalen Zentrum für Kultur und dem Dal Segno Institute gehören zum Ehrenkomitee die Leiterin der Bayreuther Festspiele, Katharina Wagner, und die Direktoren renommierter Opernhäuser wie die Metropolitan Opera, die Mailänder Scala, die Wiener Staatsoper und das Opernhaus Zürich.

Der Höhepunkt des Festivals ist die Aufführung von Wagners „Der fliegende Holländer“ am 15. und 17. Juli in der Waldoper, nach einem Regiekonzept von Konieczny und mit internationaler Besetzung. Die Titelrolle singt Andrzej Dobber. Außer ihm treten Ricarda Merbeth als Senta und Franz Havlata als Daland auf. Marek Janowski dirigiert. Das traditionelle Wagner-Programm ist mit einer polnischen Neuigkeit verbunden: Zur Eröffnung am 14. Juli erklingt die Operette von Karol Szymanowski „Loteria na mężów, czyli narzeczony nr 69“ (Loterie für Ehemänner, oder der Verlobte Nr. 69) in der Baltischen Oper in Danzig.

Jolanta Lada-Zielke

● www.balticoperafestival.pl/en



Von links: Gedenktafel für Burggraf Alexander Aemil zu Dohna-Schlobitten (1704–1745); Toilettenservice der Burggräfin Amalie Luise zu Dohna-Schlobitten, geborene Burggräfin zu Dohna-Carwinden (1661–1724), mit dem Familienwappen; Teeservice (Tête-à-Tête) mit Schäferszenen (Porzellanmanufaktur Meißen, um 1770) Fotos: MVEE/A. Franke

HÖRFUNK

„Achtung! Hier Sendestelle Berlin, Vox-Haus“

Vor 100 Jahren begann der reguläre öffentliche, allgemein und drahtlos zu empfangene Rundfunk in Deutschland

VON JÖRG KOCH

Im Zeitalter moderner Massenkommunikation ist es kaum noch vorstellbar, dass ein alltägliches Gerät wie der „Radioapparat“ in früheren Tagen eine Rarität darstellte. Noch vor drei Generationen war es ein Ereignis, wenn die gesamte Familie um den Küchentisch beisammensaß und gebannt den Stimmen und Tönen lauschte, die aus dem bestaunten Wunderwerk der Technik erklangen. Das Radio stand für die „neue Zeit“, für eine bislang nicht gekannte Modernität. Heute dagegen ist das Rundfunkprogramm für die meisten Hörer in den Hintergrund getreten, es wird beiläufig gehört und dient, von Nachrichtensendungen abgesehen, vielfach nur als akustische Berieselung.

Pioniere des Funks waren die Ingenieure Hans Bredow und Alexander Meißner, denen es 1917 mit einer Versuchsanordnung von Röhrensender und Empfänger gelungen war, Sprache zu vermitteln. Noch im selben Jahr wurde sogar Gramophonmusik zur Unterhaltung der Soldaten übertragen. So entwickelte sich aus bescheidenen Anfängen ein militärisches Kommunikationsmittel. Zugleich stellten diese erfolgreichen Versuche den Ausgangspunkt für den zivilen Rundfunk in Deutschland dar.

Militärische und zivile Nutzung

Nach dem Ersten Weltkrieg, den Bredow als Leutnant einer Funkertruppe an der Westfront erlebt hatte, wurde er zum Vorsitzenden des Direktoriums der Firma Telefunken ernannt. Doch bereits im Frühjahr 1919 übernahm er als Ministerialdirektor eine Stelle beim Reichspostministerium und baute unter Nutzung der frei gewordenen militärischen Infrastruktur ein Reichsfunknetz auf. Seit April 1921 Staatssekretär für das Telegrafien-, Fernsprech- und Funkwesen, verwendete Bredow in einem Vortrag auf der Hauptversammlung der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft am 17. Juli 1921 erstmals öffentlich den Begriff Rundfunk (statt Radio). Nun begann er mit der Organisation des Rundfunkwesens. Bereits wenige Monate zuvor, am 22. Dezember 1920, hatte über den Sender Königs Wusterhausen/Brandenburg die erste Rundfunkübertragung stattgefunden.

1923 gilt als Zäsur in der Rundfunkgeschichte. Mit den Worten „Achtung! Hier



Hier startete vor 100 Jahren der Rundfunkbetrieb: Das erste deutsche Rundfunkstudio im Berliner Vox-Haus Foto: akg-images

Sendestelle Berlin, Vox-Haus, Welle 400 Meter“ begann am 29. Oktober 1923 der reguläre öffentliche, allgemein und drahtlos zu empfangende Rundfunk in Deutschland. Die Teilhabe an Kultur, an einem Konzert oder Vortrag, war nunmehr zu Hause, im privaten Bereich möglich und kostengünstiger.

Nach Berliner Vorbild entstanden sukzessive in den Großstädten des Reiches Hauptsender in Breslau, Frankfurt am Main, Hamburg, Münster beziehungsweise ab 1927 Köln, Königsberg, Leipzig, München und Stuttgart, die zunächst als Aktiengesellschaften organisiert waren. Statt eines zentralen Rundfunkwesens gliederte sich Deutschland in neun Sendebezirke. Bereits hier liegt ein Ansatz für die heutige Regionalisierung des Programms. In den folgenden Jahren wurden zahlreiche Nebensender errichtet.

Nachdem sich der Rundfunk in den späten 1920er Jahren als „Belehrungsins-

trument“ etabliert hatte, instrumentalisierte der nationalsozialistische Staat ab 1933 das neue Medium für die politische „Gleichschaltung“ des Volkes. Das Rund-

**Dr. Jörg Koch**

ist Historiker, Heimatforscher und Autor. Er wurde im Jahre 2002 bei Wolfgang von Hippel mit einer Arbeit über „Das Wunschkonzert

im NS-Rundfunk“ promoviert. Dieses Jahr erschien seine Monographie „Kino für das Ohr. 100 Jahre Rundfunkgeschichte(n)“, Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 226 Seiten mit 60 Abbildungen, ISBN 978-3-17-043172-0.

funikhören war fortan nicht mehr eine „Privatangelegenheit jedes Einzelnen“, sondern „eine staatspolitische Pflicht“ für jeden Volksgenossen. Das für die Nationalsozialisten so wichtige Gemeinschaftsgefühl ließ sich mit dem neuen Medium bei hohem Wirkungsgrad und minimalem Aufwand erreichen. Überall im Sendegebiet konnten Millionen Hörer gleichzeitig an den „nationalen Ereignissen“ wie Feiern zum 1. Mai, Reichsparteitagen, Olympischen Spielen teilhaben. Dank der geringen Zeitverzögerung bei der Übermittlung von Tonaufnahmen gab der Rundfunk den Hörern das Gefühl, geradezu dabei zu sein. Vor allem die über den „Volksempfänger“ ausgestrahlte Unterhaltungsmusik war während des Zweiten Weltkrieges „genauso wichtig wie Kanonen und Gewehre“, so Propagandaminister Goebbels.

Zwar war die Niederlage im Mai 1945 total, doch folgte dem Ende des NS-Staates keine lange Funkstille. Ende 1944 hatte

es in Deutschland rund 16 Millionen Rundfunkgeräte gegeben, bei Kriegsende waren davon rund drei Millionen unbrauchbar, durch Kriegshandlungen beschädigt oder zerstört. Bei ihrem Einmarsch beschlagnahmten die Alliierten neben Fotoapparaten gerne auch Radiogeräte. Da viele Rundfunkfabriken zerstört waren – rund 80 Prozent der Produzenten hatten sich auf dem Gebiet der späteren DDR befunden –, entstanden kleine Werkstätten, die Geräte instand setzten und selbstgebaute Apparate anboten, so auch der spätere Weltkonzern Grundig. Noch vor der gewohnten Tageszeitung, die zunächst nicht täglich erschien, stellte der Rundfunk die wichtigste Informationsquelle dar.

Zum Radio kam das Fernsehen

Bereits vor dem Aufbau neuer politischer Strukturen hatten sich die Siegermächte der noch vorhandenen Rundfunksender bemächtigt, wussten sie doch, wie wichtig der Rundfunk nun als „Umerziehungsinstrument“ einzusetzen war. So vernahm am 4. Mai 1945 die Bewohner der Hansestadt die Ansage: „This ist Radio Hamburg, a station of the Allied Military Government. Hier spricht Hamburg, ein Sender der Alliierten Militärregierung.“ Wenige Tage später, am 12. Mai 1945, nahm Radio München als Sender der US-Militärregierung den Betrieb auf. Wiederum einen Tag später sendete unter Aufsicht der sowjetischen Militärverwaltung in Tegel Radio Berlin („Hier spricht Berlin“).

In den 1950er Jahren beflügelte das Radio mit seinen flotten Rhythmen vor allem aus den USA die Jugendlichen zur Rebellion gegen alles Althergebrachte – zumindest in Westdeutschland. Die Verbreitung des Transistorradios machte die außerhäusliche Nutzung des Rundfunkprogramms alltagstauglich. Ab den 1960er Jahren trat dem Radio zunehmend das Fernsehen als große Konkurrenz an die Seite, und zwar in der Bundesrepublik genauso wie in der DDR. Nach der kontinuierlichen Programm- und Angebotserweiterung bot der duale Rundfunk ab Mitte der 1980er Jahre eine ungeahnte Vielfalt. Auch im Zeitalter der Digitalisierung und der Allmacht des Internets hat der Rundfunk für viele weiterhin einen festen Platz im Leben. Er liefert Informationen, er bringt Struktur in den Alltag, und sein Programm gliedert den Tagesablauf.

NUMISMATIK

Bundesfinanzministerium ehrt Königsberger Philosophen

Zum 300. Geburtstag Immanuel Kants am 22. April 2024 erscheint eine 20-Euro-Sammlermünze mit seinem Konterfei

Die Bundesregierung hat beschlossen, anlässlich des 300. Geburtstages von Immanuel Kant, der als bedeutendster Philosoph der Neuzeit gilt, eine 20-Euro-Sammlermünze prägen zu lassen und im April 2024 herauszugeben.

Die Münze besteht aus Sterlingsilber (Ag 925). Sie hat eine Masse von 18 Gramm, einen Durchmesser von 32,5 Millimeter und wird in den beiden Prägequalitäten Stempelglanz und Spiegelglanz hergestellt. Die Münzen in der Prägequalität Stempelglanz werden zum Nennwert in den Verkehr gebracht. Die Ausgabe der Münzen in der Sammlerqualität Spiegelglanz erfolgt zu einem über 20 Euro liegenden Verkaufspreis. Die Münze Deutschland wird über den genauen Preis und die konkreten Bestellmodalitäten rechtzeitig vor dem Ausgabetermin informiert.

Der Entwurf der Münze stammt von dem Künstler Martin Dašek aus dem ungefähr siebzehnhundert Einwohner zählenden Ort Alt Hradištsch [Stare Hradiště] in der Tschechischen Republik. Von Dašek stammte schon der Entwurf für die 25-Euro-Sammlermünze „Herrnhuter Stern“ aus der Serie Weihnachten, die im November 2022 herausgegeben wurde.

Die Bildseite zeigt am oberen Rand das bedeutende Zitat „Der bestimmte Himmel über mir und das moralische Gesetz zu mir“ und am unteren Rand das Geburts- und das Sterbejahr sowie den Namen des Philosophen. Im Zentrum der Münze befindet sich ein rundes Feld, welches das Firmament mit Sternen zeigt. Ausgespart aus dieser Fläche ist die deutliche Silhouette Immanuel Kants, die sich an zeitgenössische Sche-

rensnitte anlehnt. Das Zitat verbindet zwei wesentliche Aspekte des kantischen Denkens: die Zurückführung der Natur-

ordnung auf die Strukturen des menschlichen Geistes („bestimmter Himmel“) und die Selbstgesetzgebung der mensch-

lichen Vernunft im moralischen Gesetz (kategorischer Imperativ). Ziel des Entwurfs ist es, abstrakte Ideen des kantischen Denkens anschaulich zu transportieren.

Die Wertseite zeigt einen Adler, den Schriftzug „Bundesrepublik Deutschland“, Wertziffer und Wertbezeichnung, das Prägezeichen „J“ der Hamburgischen Münze, die Jahreszahl 2024 sowie die zwölf sogenannten Europasterne der Europaflagge, die 1955 vom Europarat als europäische Flagge eingeführt und 1986 von den Europäischen Gemeinschaften als Symbol für all ihre Institutionen übernommen wurde. Zusätzlich ist die Angabe „SILBER 925“ aufgeprägt. Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung die Inschrift: „Kritik Vernunft Würde Friede“.



Bild- und Wertseite der 20-Euro-Sammlermünze „300. Geburtstag Immanuel Kant“

VON BJÖRN SCHUMACHER

Hundert Jahre lang galt der sogenannte Große Brand vom Mai 1842 als schlimmste Katastrophe der Hamburger Geschichte. Er verwüstete mehr als ein Viertel des Stadtgebiets. 51 Menschen kamen ums Leben, zirka 20.000 wurden obdachlos. Durch wirre Brandstiftungsgerüchte kam es zu Angriffen auf willkürlich beschuldigte „Einheimische und Fremde, namentlich Engländer“, wie es damals hieß.

Ende Juli 1943 waren es erneut – und dieses Mal nachweislich – „Engländer“, das heißt Befehlshaber und Besatzungen britischer Luftkriegsstaffeln, die eine Feuersbrunst in der Hansestadt erzeugten. Unter dem Codenamen Operation „Gomorrha“ flogen sie die kompakteste Serie nächtlicher Flächenangriffe, die eine deutsche Stadt im Zweiten Weltkrieg erleiden musste.

Angelehnt an die Vernichtung der sündigen Städte Sodom und Gomorrha wollte der britische Luftkriegsstab in angemaßter Richterfunktion möglichst viele Zivilisten töten. Damit verband sich biblisches Kollektivschulddenken, denn natürlich musste ihm bewusst sein, dass die wenigsten Hamburger NSDAP-Aktivistinnen, geschweige denn NS-Verbrecher waren. Gleichwohl lebt das Gomorrha-Narrativ in der Evangelischen Kirche in Deutschland fort. Auf einer Bronzetafel an der zerstörten Berliner Gedächtniskirche liest der verblüffte Besucher: „Der Turm der Kirche soll an das Gericht Gottes erinnern, das in den Jahren des Krieges über unser Volk hereinbrach.“

Schon im Mai 1942 sollten über tausend Bomber der Royal Air Force (RAF) die Elbmetropole angreifen. Wegen ungünstiger Wetterbedingungen attackierten sie stattdessen Köln und töteten dort 469 Personen. Die ungleich dramatischere Aktion „Gomorrha“ folgte den Feuersturmangriffen auf Wuppertal-Barmen (29./30. Mai 1943: 3380 Tote), Wuppertal-Elberfeld (24./25. Juni 1943: 1800 Tote) und wiederum Köln (28./29. Juni 1943: 4377 Tote).

8500 Tonnen Bomben

Hamburgs Schicksalswoche begann in der Nacht des 24. auf den 25. Juli 1943 und endete am 3. August 1943. Bei sieben Flächenbombardements warfen 2592 britische und 146 US-Flugzeuge fast 8500 Tonnen Bomben ab. Zuerst fegten Sprengbomben ganze Hausdächer hinweg. In die „geknackten“ Häuser ließ man Brand- und Phosphorbomben regnen. Zuletzt schlugen Splitter- und Zeitzünderbomben in den Straßen ein, welche die anrückende Feuerwehr behinderten. Bereits in den 1930er Jahren hatten die Briten die Brennbarkeit von Städten gründlich analysiert und ihre Bombenmischung dann schrittweise optimiert.

In Hamburg warfen die Briten erstmals auch Staniolstreifen ab. Die Radartechnik der deutschen Flugabwehr störte das empfindlich, effektive Flugzeugortungen waren kaum möglich. Zuerst schlug der Bombenhammer in den westlichen Stadtteilen Altona und Eimsbüttel zu. Der als „Feuersturmangriff“ berüchtigte Altraum vom 27. und 28. Juli 1943 traf die Mitte und den Osten Hamburgs. Als Markierungspunkt diente der Bomberflotte der 147 Meter hohe Kirchturm der Hauptkirche St. Nikolai. Verwüstet wurden gutbürgerliche Wohngebiete in Billbrook, Borgfelde, Hohenfelde und Hamm sowie die dichten Arbeiterviertel von Hammerbrook und Rothenburgsort.

Bis zu 41.500 Menschen verbrannten oder erstickten im „Gomorrha“ des 20. Jahrhunderts, allein 35.000 in der Feuersturmnacht. Damit liegt Hamburg auf dem ersten oder zweiten Platz der deutschen Opferstatistik. Dass im Dresdner Flüchtlingschaos des 13. bis 15. Februar 1945 viel mehr Zivilisten starben, ist nicht unwahrscheinlich. Beide Städte gingen wie Pforzheim (23. Februar 1945, 17.600 Tote) oder Swinemünde (12. März 1945, bis zu 23.000 Tote) im „Höllengebiet“ (Dresden, Gedenkwannd Hei-



Beim britischen „Morale Bombing“ war die Vernichtung von zivilem Wohnraum und deren Bewohnern kein Kollateralschaden, sondern das Ziel: Hamburger Wohnquartier nach der Operation „Gomorrha“
Foto: Wikimedia/Imperial War Museums

OPERATION „GOMORRHA“

Als sich die Royal Air Force zum Weltenrichter aufspielte

Vor 80 Jahren flog die Royal Air Force gegen Hamburg die bis dahin schwersten Angriffe in der Geschichte des Luftkrieges und entfachte einen Feuersturm

defriedhof) unter. Der „nächtliche Massenmord an der Zivilbevölkerung“ (Golo Mann) erreichte seinen Höhepunkt.

Zeitzeuge und Großverleger Gerd Bucerius („Stern“, „Die Zeit“) legte 1993 ein skurriles Bekenntnis ab: „Ich stand an den drei Angriffstagen auf dem Dach meines Häuschens in der Hamburger Vorstadt. Oben flogen die englischen Bomber. Endlich, rief ich immer wieder, endlich! Zu lange hatten mir die Alliierten gewartet, den Weltfeind Hitler niederzukämpfen ... Endlich kamen sie, die Engländer! Und dann mußte ich bei Alarmende durch Straßen mit halbverbrannten Toten – zu sehen, ob mein Anwaltsbüro erhalten war. Was habe ich damals gedacht: Grauen und Mitleid, natürlich. Aber auch: Ihr – die Toten – habt es so gewollt.“

Erschüttert über Bucerius' Kollektivschuld-Tirade schrieb der langjährige PAZ-Autor Hans-Joachim von Leesen, der als Schüler beim Unternehmen „Gomorrha“ nahe Angehörige verlor: „Es fällt schwer, in solchen Äußerungen auch nur Ansätze von Menschlichkeit zu erkennen. Und so bleibt denn auch für die Zukunft kein Optimismus. Wer offen propagiert, auch im Krieg heilige der Zweck die Mittel, der wird letztlich solche Mittel auch anwenden, ob sie nun in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht stehen oder nicht.“

„Vergleichsweise humane Methode“

Arthur Harris, Oberbefehlshaber des RAF-Bomberkommandos, hängte sich 1947 ein philanthropes Mäntelchen um: „Trotz allem, was in Hamburg geschah, erwies sich das Flächenbombardement als vergleichsweise humane Methode.“ Authentischer klang er 1942 gegenüber Luftfahrtminister Archibald Sinclair: „Ergänzend zur Feuer-

hölle wollen wir das Mauerwerk auf den Scheißdeutschen [boche] krachen lassen, den Scheißdeutschen töten und terrorisieren.“ Rassistische Tendenzen hatte Harris schon 1922/23 auf Militärbasen britischer Kolonien offenbart: „Araber und Kurden lernen nun, dass innerhalb von 45 Minuten ein ganzes Dorf ausgelöscht und ein Drittel der Bewohner getötet oder verwundet werden kann.“

Das entscheidende Stichwort liefert jedoch von Leesen. Es heißt Völkerrecht und zielt auf die während beider Weltkriege geltende Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907. Wichtige Verbotsnormen sind die Artikel 23 b und g, 25 und 27 HLKO. Artikel 25 lautet: „Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen.“ Im französischen Originaltext heißt beschießen „bombarder“.

Haager Landkriegsordnung von 1907

Was bedeutet hier das Merkmal „unverteidigt“? Zwar beschossen Jagdflieger und Flaksoldaten die großen alliierten Bomberflotten, ihr militärisches Potential war aber begrenzt und tendierte am Ende des Krieges gegen null. „Der Bomber wird immer durchkommen“, schwelgte Premierminister Stanley Baldwin schon 1932 im britischen Unterhaus. Waren Städte wie Hamburg also in einem vernünftigen Wortsinn „verteidigt“, als die Angreifer ihre todbringende Fracht abwarfen und Feuerstürme entfachten?

Die Lösung rückt näher durch die Entstehungsgeschichte des Artikels 25 HLKO. Tatsächlich bezogen sich die Rechtsbegriffe verteidigte/unverteidigte Stadt auf taktische Militäreinsätze an der Front und ih-

ren Rückzugs- und Nachschubbereich. Den strategischen Luftkrieg im feindlichen Hinterland hätte man sinnvoller durch andere Begriffspaare regeln können. Im Wortlaut der HLKO fand das aber keinen Niederschlag, weil die Haager Vertragsstaaten die Stadtvernichtungsangriffe ab 1942 kaum vorhersehen konnten.

Wir stoßen hier auf eine Regelungslücke beziehungsweise „planwidrige Unvollständigkeit“, die sich aber mit juristischer Auslegungskunst schließen lässt. Zentraler Sinn und Zweck der HLKO war der Zivilschutz. Die Abgesandten der Vertragsstaaten haben nicht jahrelang um Formulierungen gerungen, um „Gomorrha“-Aktivisten die Tötung von 40.000 Zivilisten zu gestatten. Die guten Haager Absichten folgerichtig zu Ende gedacht, muss man das Gegensatzpaar verteidigte/unverteidigte Stadt bei Hinterland-Bombardements durch militärisches/nichtmilitärisches Ziel ersetzen. Unterschiedslose Luftschläge der Vertragsstaaten – darunter Deutschland, das Vereinigte Königreich und die USA – verstießen daher gegen Artikel 25 HLKO.

Planungen schon vor 1933

Das offensichtliche Ignorieren dieser Rechtslage hat einen simplen Grund. Kein kriegführender Staat wollte auf die Area-Bombing-Option verzichten, erst recht nicht Großbritannien, wo deutsche Zepellinangriffe im Ersten Weltkrieg Schockwellen ausgelöst hatten. Der damalige „Munitionminister“ Winston Churchill plante einen Tausend-Bomber-Angriff auf Berlin, dessen Vorbereitungen wegen des Waffenstillstands Ende 1918 zunächst gestoppt wurden. 1925 beschwor der selbsternannte „Soldier of Christ“ ein gewaltiges Armageddon: „Der Tod steht in Bereitschaft, die Menschen in Massen hinweg zu mähen, bereit, wenn man ihn ruft, die Zivilisation ohne Hoffnung auf Wiederaufbau zu Staub zu zerstampfen. Vielleicht wird es sich das nächste Mal darum handeln, Frauen und Kinder oder die Zivilbevölkerung überhaupt zu töten.“

Der Rest ist schnell erzählt. RAF-Stabschef Hugh Trenchard rechtfertigte den totalen Luftkrieg mit einer „Verzahnung der Wirtschaft in Industriestaaten“, die keine Unterscheidung ziviler und militärischer Ziele mehr zulasse (Trenchard-Doktrin, 1928). Dazu gesellte sich die von Churchill aufgegriffene „Morale Bombing“-These, Stadtvernichtungsangriffe könnten den Feind kriegsentscheidend demoralisieren. Die Briten organisierten 1936 ein strategisches Bomberkommando, „dessen Daseinsberechtigung allein darin lag, Deutschland zu bombardieren, wenn es unser Feind sein sollte“, so James M. Spaight, britischer Völkerrechtler und Staatssekretär 1944.

Am 10. Mai 1940 übernahm Churchill das Amt des britischen Premierministers von Appeasement-Politiker Neville Chamberlain – und veranlasste die sofortige Ausweitung des strategischen Luftkriegs bis hin zur Area Bombing Directive vom 14. Februar 1942. Der 1940 zum Chef des Luftstabs (CAS) und damit zum Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte des Vereinigten Königreichs ernannte Charles Portal rannete bei Harris offene Türen ein: „Hauptziel Ihrer Operationen ist die Durchhaltung der feindlichen Zivilbevölkerung und vor allem der Industriearbeiter ... Ich nehme an, es ist klar, dass die Zielpunkte die Wohngebiete sein sollen und nicht Werften oder Flugzeugfabriken. Das muss ganz deutlich gemacht werden, falls es noch nicht verstanden worden ist.“

Dieses Ziel wurde glatt verfehlt. Wie bei deutschen Luftschlägen der Battle of England blieb auch bei alliierten Flächenangriffen der Demoralisierungseffekt gering. Die kriegsgeplagten Gesellschaften beider Länder rückten enger zusammen. Das Deutsche Reich kollabierte im Zangenriff der Fronten in Ost und West. Maßgebenden Anteil daran hatten Präzisionsschläge der US-Luftstreitkräfte gegen Militäreinrichtungen, Verkehrswege, Tanks und Raffinerien.



„Ich nehme an, es ist klar, dass die Zielpunkte die Wohngebiete sein sollen und nicht Werften oder Flugzeugfabriken. Das muss ganz deutlich gemacht werden, falls es noch nicht verstanden worden ist“

Charles Portal
Chef des Luftstabs 1940–1946

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Los Angeles, Kalifornien, Ende der 1970er Jahre: Im Saal eines Luxushotels sitzt ein schwerreiches, vornehmes Publikum an den Tischen und lauscht der Rede des Senators Charles Stratton. Dieser beschreibt die „schwierige wirtschaftliche Lage“, in der sich das Land befinde. Gemeint waren die Auswirkungen des arabischen Ölembargos von 1973.

In der Folge war es zu Energiesparmaßnahmen und Preissteigerungen in Kalifornien und landesweit gekommen, was die oberen Zehntausend geschockt und den Bürgern der USA die verhängnisvolle Abhängigkeit der USA von den Ölimporten aus dem Nahen Osten vor Augen geführt hatte. Die gesellschaftlichen Eliten befürchteten eine ständige Verknappung des Öls auf dem Weltmarkt. Stratton schwört das Publikum auf grundlegende Änderungen ein: „In Zeiten wirtschaftlicher Einschränkungen sind es die Privilegierten, die den anderen vorausgehen sollten, sozusagen als Wegbereiter für eine neue Zeit! Wir verfügen über die technologischen Mittel und das Wissen, um unser geliebtes Vaterland aus dem Würgegriff der fossilen Treibstoffe zu befreien.“

Ja – so wie im Film „American Gigolo“ von 1980 (deutscher Titel „Ein Mann für gewisse Stunden“, mit Richard Gere in der Hauptrolle), so muss es sich seinerzeit abgespielt haben! So wie im Film werden damals in Kalifornien infolge der Ölkrise der 70er Jahre die Pläne für eine sukzessive Umstellung der Energieversorgung von nahezu ausschließlich fossilen Energiequellen auf eine Stromproduktion durch mehr sogenannte Erneuerbare Energien (EE) geschmiedet worden sein. Kalifornien wurde Vorreiter für die USA.

Mit der Filmfigur des Senators Stratton spielte der Regisseur Paul Schrader auf den kalifornischen Gouverneur Jerry Brown und seine radikale energiepolitische Wende an. Brown gilt als Wegbereiter der „Clean Energy Revolution“ in Kalifornien. Obwohl Demokrat, behielt Brown während seiner Amtszeit von 1975 bis 1983 eine fiskalpolitisch neoliberale Ausrichtung bei. Wer dem Ursprung der großtechnischen Anwendung und des forcierten Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik (PV) nachforschen möchte, halte sich an den bewährten Spruch: Folge der Spur des Geldes.

Hauptziel: Geld verdienen

Brown verstand, dass die Pläne für die Einführung der Strom- und Kraftstoffgewinnung aus alternativen Energiequellen in den Ohren der Ölmagnaten und Superreichen unerhört klingen mussten. Derartige Pläne waren aber nur mit Akzeptanz großer Teile der wohlhabenden Eliten und mit deren Zuversicht durchführbar, auch aus den EE einträgliche Gewinne zu ziehen. Jahrzehntlang hatte die privilegierte Oberschicht ihre Vermögen stetig wachsen sehen. Während der Ölkrise wurden jedoch erhebliche Verluste verzeichnet. Das Wirtschaftswachstum der USA schrumpfte wegen der hohen Staatsverschuldung und wegen des Vietnamkriegs, während Arbeitslosigkeit und Inflation stiegen. Unterdessen entwickelte die NASA erste Modellanalysen, um die Leistung von Windkraftanlagen durch den Entzug von kinetischer Energie bei hohen Windstärken zu berechnen.

Mit Appellen an den Patriotismus und mit kolossalen Steuergeschenken von 55 Prozent im Gegenzug für Investments in Windkraft, Solarenergie, Geothermie und Biomasse holte Brown Reiche und Energiekonzerne mit ins Boot. Sein Steuersparmodell lief erst 2012 aus. Ergänzend dazu wurde in den USA 1978 mit dem Public Utility Regulatory Policies Act (PURPA) ein staatliches Programm zur Förderung dezentraler Stromnetze auf Grundlage „regenerativer Energien“ auf den Weg gebracht. Infolgedessen gab Kalifornien als erster Staat der USA den



Szene aus „American Gigolo“: Hauptdarsteller Richard Gere mit Schauspielerkollegin Frances Bergen

Foto: imago images/Everett Collection

HOLLYWOOD

Amerikas Traumfabrik hat es schon lange vorhergesehen

„Ein Mann für gewisse Stunden“ mit Richard Gere: Was uns ein Filmklassiker von 1980 über den Ursprung der Erneuerbaren Energien verrät

Anstoß zum Ausbau der Windenergie, beginnend mit zehn Megawatt im Jahr 1981 bis auf 20,5 Gigawatt Anfang 2023. Seither genießen die Profiteure der Energiewende via Politik diese Art der Umverteilung von Vermögen in die eigenen Taschen.

Neben der Verringerung der Luftverschmutzung in Los Angeles war in den Pionierländern der Windkraftnutzung Kalifornien, Dänemark und Deutschland die Erkenntnis der Endlichkeit vieler natürlicher Ressourcen ein zentraler Auslöser für deren Etablierung. Browns vorrangige Motivation für die neue Energiepolitik aber war eine Reduzierung der Energieabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Ölimporten. Die Schlagworte Klimaschutz, Klimaziele, CO₂-Neutralität und Net-Zero waren noch nicht in der Welt, geschweige denn an der Tagesordnung, als Browns Steuersparmodell in Kalifornien bereits jahrelang betrieben wurde.

Erst in den 90er Jahren wurde die Idee des Klimaschutzes durch Einsparung von CO₂-Emissionen als Argument für einen forcierten weltweiten Ausbau der EE verkündet. Als Urheber dieser Weisung gilt der Weltklimarat IPCC, gegründet 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO). Die historische Bezeichnung „Erneuerbare Energien“ übertrug das IPCC auf moderne Technologien und Dimensionen einer Stromerzeugung aus Wind und Licht, die um 1900, als der Begriff in den USA erstmals verwendet wurde, fernab jeglichen Vorstellungsvermögens waren.

Wissenschaft wurde übergangen

Damit erhob das IPCC den physikalischen Unsinn in der Bezeichnung „Erneuerbare Energien“ zu einer Art von neuer physikalischer Wahrheit und setzte sich über die Gesetze der Thermodynamik und der Strömungslehre hinweg, als seien diese ausgehebelt. Dieser Trick ist vergleichbar

mit der Schaffung von Sonderhaushalten bei der Finanzplanung in der Politik. Wie nicht anders zu erwarten, traten in den Regionen mit starkem Windenergie-Ausbau Veränderungen der Wetter- und Klimasysteme in Erscheinung. Die Wetterextreme, anhaltende Dürren, stark reduzierte oder extreme Niederschläge, entsprechen erschreckend genau den Erkenntnissen Dutzender hochkarätiger wissenschaftlicher Studien. Vergleichende Beobachtungen stützen die Studien. Vor kontinentübergreifenden und möglicherweise irreversiblen Veränderungen der Klimasysteme infolge des Entzugs von kinetischer Energie durch ausgedehnte Windparks warnte bereits 2004 der spätere Harvardprofessor David W. Keith in seiner ersten Studie mit dem Titel „The influence of large-scale wind power on global climate“.

Staatsverschuldung ausgeblendet

Nach dem Segen durch das IPCC begann das Geschäftsmodell der Windkraft und mit einigem Verzug auch die PV zu florieren. Dabei war unbedingt mit schwerwiegenden meteorologischen Auswirkungen infolge eines exponentiellen Ausbaus der EE zu rechnen. 1961 hatte Edward Lorenz den Schmetterlingseffekt in die Chaostheorie eingebracht und damit bestätigt: In den Naturwissenschaften gilt das Prinzip der Kausalität – aus gleichen Ursachen entstehen gleiche Wirkungen.

In Kalifornien beschleunigte sich seit den 1990er Jahren die Erwärmung merklich. Anfang der 2000er Jahre stellten sich von Kalifornien bis Oregon jahrelang anhaltende Dürren und zunehmende Wassernot ein, was wiederum ungeprüft auf „den Klimawandel“ zurückgeführt wird. Oregon wird in immer größeren Gebieten zur Wüste.

„Das reichste Land der Erde ist auch reich an Armut. USA: Krieg gegen die Armen“, titelte der „Spiegel“ am 9. Januar

1983. Am Zustand der extremen sozialen Spaltung in dem gemessen am Bruttoinlandsprodukt reichsten Land der Welt hat sich bekanntlich nichts geändert. Nicht zuletzt sind die gesellschaftlichen Verwerfungen der permanenten staatlichen Förderung der EE geschuldet.

Trotz der hohen Staatsverschuldung der USA werden weiterhin gigantische Summen an den grünen Sektor und seine Verbündeten wie Banken, Energiekonzerne, Investoren und Fonds umverteilt, Gelder, die für notwendige Infrastrukturmaßnahmen fehlen oder direkt für die Bekämpfung der Armut im Land. So verlängerte der US-Kongress Anfang Januar 2021 die Laufzeit zweier Förderprogramme für Erneuerbare-Energien-Projekte. Präsident Joe Bidens neues billionenschweres Infrastrukturpaket „American Inflation Reduction Act“ (AIR) knüpft direkt daran an.

Ohne staatliche Finanzierung wäre die Stromerzeugung durch immer mehr und immer größere Wind- und Solarindustrieanlagen völlig unwirtschaftlich, nicht zuletzt im Hinblick auf das verdrängte Recyclingproblem. Zumal diese Industrien die Ökosysteme mit ihren Lebewesen an Land und im Meer immer stärker verletzen und die Atmosphäre künstlich aufheizen, wobei jede einzelne Anlage von gigantischen Ausmaßen sowie gewaltigem Rohstoffbedarf bei unverhältnismäßig kurzer Nutzungsdauer ist. Was als preiswert und klimafreundlich angepriesen und den Bürgern oktroyiert wird, hat sich als klima- und umweltschädlich und sehr teuer erwiesen.

Schwerer Eingriff in die Natur

Mit der vom IPCC eingeforderten Net-Zero-Politik wurde genau das Gegenteil von dem erreicht, was behauptet wird. Dieses Handeln gleicht einem kollektiven Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Die Verantwortlichen des IPCC sollten für ihre Insi-

nierung einer schadlosen Gewinnung von Energie aus dem Nichts zur Rechenschaft gezogen werden.

In diesem „Nichts“ arbeitet ein biogeochemisches Kraftwerk an der Funktion der Wasserkreisläufe im System Erde/Atmosphäre. „Wenn wir als Menschen hier eingreifen, um uns das Leben leichter oder bequemer zu machen, indem wir die ‚Erneuerbare Energie‘ nutzen, verändern wir die bisherigen natürlichen Arbeitsprozesse. Der veränderte Arbeitsprozess ist nicht erneuerbar oder umkehrbar. Die Arbeit, die gestern gemacht wurde, wird nicht in der Nacht annulliert, sondern die Zustandsänderung ist unumkehrbar.“ Diese Warnung erteilt der vielfach ausgezeichnete Diplomingenieur und Energieberater Jürgen A. Weigl aus Graz.

Furcht um das Finanzsystem

Es ist durchaus möglich, dass unterrichtete Kreise vor einer Abkehr von der Net-Zero-Politik allein deshalb warnen, weil daraufhin ein Kollaps der Finanzmärkte erfolgen könnte. Investitionen nach vermeintlich sozial-ökonomischen Kriterien sind eine tragende Säule des global vernetzten Finanzsystems. Diese Investitionen werden durch Bewertungssysteme für Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environmental, Social, and Governance, ESG) getriggert.

ESG ist das wohl größte und wirkmächtigste Wirtschaftskartell in der Geschichte des globalen Finanzkapitalismus. Sein Erfolg beruht auf der raffiniertesten Lüge in der Menschheitsgeschichte: Dass sie über den Schlüssel zur Rettung des Planeten verfügten. ESG verschafft den Geldanlegern jedoch keine realistische Orientierung und verstärkt immer mehr die neokoloniale Ausbeutung der Länder des globalen Südens. Erste Anzeichen deuten darauf hin, dass sich diese Erkenntnis allmählich durchsetzen könnte.



KÖNIGSBERG

Probleme mit der Fußgängerzone

Marode Infrastruktur statt Verschönerung – Königsberger Wallring muss erneut repariert werden

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Auf dem Königsberger Wallring [Professor-Baranow-Straße] haben Unbekannte in der Nähe des Wrangelturms Gehwegplatten entwendet. Die gestohlenen Pflastersteine waren für die Renovierung der Fußgängerzone dorthin gebracht worden. Die Verschlechterung ihres Zustands in den letzten Jahren hatte die Stadtverwaltung dazu gezwungen, die vielleicht berühmteste Fußgängerzone in Königsberg zu reparieren.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich die Stadtverwaltung mit der Reparatur der Fußgängerzone beschäftigen muss. Erste Schäden traten bereits kurz nach der Eröffnung der autofreien Zone im Jahr 2019 auf. Die Ziegelverkleidung der Blumenbeete begann sich zu lösen, die Klinker platzten ab, stellenweise waren sie brüchig und warfen Wellen, die Roste der Regenrinnen und Kanalisationschächte korrodierten.

Die Königsberger Stadtverwaltung behauptete damals, dass die Fußgängerzone durch blinde Zerstörungswut sowie durch winterliche Temperaturschwankungen und hohe Luftfeuchtigkeit beeinträchtigt worden sei. Als Hauptursache erwies sich jedoch die schlechte Qualität der Materialien. Das ehrgeizige Verschönerungsprojekt, das von den Behörden der Stadt und der Region aktiv gefördert wurde, hat daher seit seiner Eröffnung mit technischen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Zerstörungswut oder das Wetter

Die Umwandlung einer Verkehrsstraße in die erste Fußgängerzone der Stadt im Zentrum von Königsberg war ein ehrgeiziges Projekt. Seit fast drei Jahrzehnten findet in dieser Straße, die an den Hauptmarkt der Stadt angrenzt, ein spontaner Flohmarkt statt, auf dem man allerlei Krimskrams kaufen kann. In der Vergangenheit wurden auch Gegenstände aus der Vorkriegszeit verkauft, die überall in der Region ausgegraben und gefunden worden waren.



Fehlende Parkplätze, limitierte Warenlieferung, marode Bauten: Die Fußgängerzone bröckelt an vielen Stellen

Foto: J.T.

Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2018 wurde beschlossen, die Straße vollständig zur Fußgängerzone umzugestalten und zu bepflanzen. Die staatlichen Behörden stellten dafür umgerechnet 4,3 Millionen Euro zur Verfügung. Das Geld wurde jedoch nicht der Stadt oder der Region zugewiesen, sondern einem Fonds namens „Blagoustrojstwo“ (Verschönerung).

Die Straße wurde Anfang April 2018 wegen der Bauarbeiten geschlossen. Diese nahmen weniger Zeit in Anspruch als die zahlreichen und hitzigen Diskussionen über das Projekt im Vorfeld. Die Stadtverwaltung hatte seit mehreren Jahren für die Umwandlung der Straße in eine Fußgängerzone gekämpft. Die Verwaltung des Zentralmarktes und die dort tätigen Unternehmer waren jedoch strikt dagegen, da das Projekt den vollständigen Abriss ihrer dort befindlichen Einzelhandelsbetriebe und Kioske vorsah. Die Regionalregierung erklärte da-

mals kategorisch, dass sie dort keine Einzelhandelseinrichtungen haben wolle.

Der erste Abschnitt von der Waldburgstraße [ul. Gorkogo] bis zur Desauer Straße [Partisanskaja] sollte noch vor der Fußball-WM fertiggestellt werden. Dazu kam es jedoch nicht. Die Arbeiten wurden für die Dauer der Weltmeisterschaft ausgesetzt und die Straßensperrung bis Ende Oktober 2018 verlängert. Die Umbauten verzögerten sich erneut, weil die Kioske der Geschäftsleute am Zentralmarkt aufgekauft und abgerissen wurden. Die Verkäufer auf dem Flohmarkt wurden einfach vertrieben. Aber viele von ihnen fanden schnell eine neue Lösung und zogen nur um die Ecke an die Mauern des Wrangelturms in die Cäcilienstraße [Proletarskaja] weiter.

Schließlich wurde ein Teil der Fußgängerzone im November 2018 feierlich eröffnet (Die PAZ berichtete, siehe Nr.

49/2019). Danach begannen die Probleme mit den Parkplätzen für Lieferanten, die Lebensmittel und andere Waren zum Zentralmarkt befördern.

Städtebauliche Fehlentscheidung

Es stellte sich heraus, dass diese Logistik bei der Projektplanung in keiner Weise berücksichtigt worden war. Entlang der Straße gab es keine Parkplätze, wie zuvor von den Marktverkäufern gefordert. Zur Abhilfe wurden bestimmte Zeiten für das Be- und Entladen der Waren festgelegt, was das Problem jedoch nicht grundlegend gelöst hat.

Derzeit fristet der Königsberger Wallring ein trauriges Dasein. Das so mühsam und lange Zeit umstrittene Stadtplanungsprojekt erweist sich letztlich als nicht bedarfsgerechte Fehlentscheidung. Geblieben ist eine ziemlich breite Fußgängerzone mit vertrockneten Linden und spärlichen Bänken sowie rissigen Gehwegplatten und Kantsteinen.

MELDUNGEN

Keine Ruhe im Ort

Dietrichswalde – Nachdem die Gegner des Gemeindevorstehers vom Komitee zur Verteidigung von Dietrichswalde Anfang Mai einen Wallfahrtsprotest gegen den Bau des geplanten Vertriebszentrums organisiert hatten, folgte Anfang Juni ein Protestmarsch, bei dem jedoch nur ein geringer Teil der Teilnehmer Einheimische waren. Es war polemisch von einem „Lidl-Megazentrum“ die Rede. Neben dem Hinweis auf den Rang des Dorfes als Wallfahrtsort konzentrierte sich der Vorsitzende des Komitees, Jacek Wiącek, aber auf sachliche Argumente wie ökologische und raumplanerische Belange. Die Proteststufe der 300 bis 400 Menschen richteten sich auch gegen den Vorstand des Sanktuariums in Dietrichswalde, der sich von der Manifestation distanziert hatte, es fielen zudem nationalistische Parolen. U.H.

Orgelkonzert in Elbing

Elbing/Passenheim – In diesem Jahr wurde in Elbing eine Tradition aus den 80er Jahren wieder aufgegriffen. In einer gemeinsamen Initiative organisierten die Elbinger Kulturelle Gesellschaft und die Gemeinde St. Wojciech das I. Elbinger Orgelfestival mit drei Konzerten, um diese Veranstaltung neu zu etablieren. Unter anderem trat dort als Gast eine lettische Komponistin auf. In den evangelischen Kirchen in den Orten Passenheim und Mensguth finden seit dem 24. Juni die XXVI. Passenheimer Orgel- und Kammermusikkonzerte statt. Pfarrer Witold Twardzik erwartet neben polnischen Organisten Künstler aus Italien und der Bundesrepublik. Es wird nicht nur auf der Orgel, sondern auch auf anderen Instrumenten musiziert und gesungen. Das genaue Programm der Veranstaltung kann auf der Facebook-Seite der evangelisch-augsburgischen Gemeinde in Passenheim eingesehen werden. U.H.

SENSBURG

Bayerische Autorin mit ostpreußischen Wurzeln

Erinnerungen an Eltern und Großeltern – Irmgard Irro zu Besuch bei der Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Bärentatze“

Ende Mai hatten die Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Bärentatze“ in Sensburg und die Masurische Gesellschaft gemeinsam für einen Spätnachmittag zu einer literarischen Begegnung in den Sitz der „Bärentatze“ eingeladen. Stargast war die Autorin Irmgard Irro aus Niederbayern, deren Vorfahren im Landkreis Neidenburg zuhause waren.

Ein Autorenabend sei es nicht, dafür sei es zu früh am Tage, erklärte Sebastian Jabłoński, Deutschlehrer und Vorsitzender der „Bärentatze“, bei der Begrüßung der über 20 Gäste mit trockenem Humor. Zusammen mit Barbara Willan von der Masurischen Gesellschaft hatte er die niederbayerische Schriftstellerin mit ostpreußischen Wurzeln eingeladen, aus ihren Büchern zu lesen und von sich zu erzählen, was diese mit viel Wärme und Lebhaftigkeit tat.

Ihre Wurzeln liegen im Ort Groß Dankheim bei Willenberg im Landkreis

Ortelsburg. Dort war ihre lebhaftige Mutter zuhause, bis in dem Dorf Soldaten aus Bayern einquartiert wurden. „Um meine Mutter hatten schon andere Männer geworben, aber der eine war zu alt, der andere brachte ihr als besonderes Geschenk eine Aktentasche mit, und dann war da auf einmal der große, gutmütige, etwas stille Soldat“, so Irro bei ihrem Vortrag. Sie verliebten sich, 1941 wurde geheiratet und 1942 zog das junge Paar mit dem ersten Sohn nach Niederbayern. Dort wurde Irmgard Irro 1949 geboren.

Ihre Mutter wurde also nicht vertrieben, erzählte aber gern und viel von ihrer Kindheit, von den Bäumen, die anders waren als in Bayern, nämlich „keine Tannen und Fichten, sondern Kiefern und Birken“, vom sandigen Boden, der damals für die junge Irmgard einfach „Spielplatz“ und nicht „dürftiger Ackerboden“ bedeutete. „Sie ließ gerne die Fenster öffnen, und



Irmgard Irro

Foto: U.H.

sie sang sehr gerne. Ich habe von ihr viele ihrer Lieder gelernt“, erinnert sich Irro.

Wie weit weg ist Ostpreußen?

Für Irro weit, fern, in einer anderen Galaxie. „Ganz weit weg – das sagte meine Mutter immer. Einmal hatte ich für uns eine Reise dorthin gebucht, aber sie hat im letzten Moment abgesagt, sie könne und wolle das heute nicht sehen“, erzählte die Autorin, „erst nach ihrem Tod, der mich schwer getroffen hat, habe ich es geschafft zu fahren.“ Sie erkannte das Dorf nach den Erzählungen wieder, sie wusste, wo was war. Und sie schrieb darüber – für ihre Mutter und ihre Großeltern.

Die Großmutter kam übrigens erst 1947 nach Niederbayern, hatte auf der Flucht Schweres erlebt. Bevor sie Ostpreußen verließ, musste sie noch ihren Mann begraben, dem der Verlust seines alten Hauses das Herz brach. Er war sehr fromm, gehörte zur Bewegung der Ge-

betsvereine (gromadki) und sah dem Tod gefasst ins Auge. „Am Morgen wachte er auf und wusste, dass er sterben würde. Er bat darum, ihn zu waschen und ihm ein frisches Hemd zu bringen und anzuziehen. Eineinhalb Stunden später ist er dann gestorben“, fasste Irro das Geschehen an diesem Tag zusammen.

Der Großmutter hat sie in einer ihrer bayerischen Kurzgeschichten „Rosi und ihre Omi“ ein Denkmal gesetzt, und ein weiteres Buch zur Geschichte ihres Dorfs herausgebracht. „Früher war ich introvertiert, eben niederbayerisch wie mein Vater, aber nach dem Tod meiner Mutter wurde ich temperamentvoll wie sie.“ Diese Energie trägt weitere Früchte, in Kürze erscheint ein Buch mit Tagebuchnotizen von einem längeren Aufenthalt in der Region Willenberg und Allenstein. Dann wird sie hoffentlich wieder in Ostpreußen zu Gast sein. Uwe Hahnkamp

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Burchard zum 40. Todestag

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Hof ehrt ihren langjährigen Vorsitzenden anlässlich seines 40. Todestages; Rolf Burchard starb am 28. Juli 1983. Christian Joachim, der ihm im Amt folgte, begann seinen Vortrag im Jahr 1963. Damals wurde Burchard zum 1. Vorsitzenden der Kreisgruppe Hof gewählt und übte dieses Amt bis zu seinem Tod aus. Geboren wurde er am 16. März 1914 in Zürich. Nach seinem Abitur in Berlin, Leipzig, Halle und München. 1939 legte er das Staatsexamen für das künstlerische Lehramt ab. Sein Weg führte ihn danach

nach Ostpreußen, wo er im Landkreis Elchniederung in Schwanensee seine erste Ehefrau Ottilie Irene Tiedemann kennenlernte. Aus dieser Ehe stammen fünf Kinder. Während des Zweiten Weltkrieges leistete er seinen Dienst in der Wehrmacht. Am Kriegsende konnte er mit seiner Frau aus Ostpreußen nach Bayern fliehen. 1952 nahm er die Lehrtätigkeit am Hofer Schillergymnasium auf, damaligen Schülern besser bekannt als „Resi“. Nach dem Eintritt in den Ruhestand ließ er sich als freischaffender Künstler nieder, wirkte in der Künstlergilde Esslingen mit und engagierte sich im Berufsverband für Bildende Künstler Nordfranken. Dank öffentlicher Aufträge gestaltete er Schulen und Kirchen aus. Auch das Mahnmal der deutschen Teilung in Hof an der Blücherstraße Ecke Ossecker Straße, errichtet von der Fa. Charnetzky, ebenfalls aus Ostpreußen, gehört zu seinen Werken. Seine Bilder präsentierte er in zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen. Tragisch endete eine Ausstellung



Bunt und hochgestimmt: Der spontane Chor um Manfred Schukat und Friedhelm Schülke singen „Grün, grün, grün sind alle meine Kleider“ in polnischer Sprache

Foto: Gunter Hartter



KulturKreis Hof
Förderverein des Museums Bayerisches Vogtland e. V.

Ein Schweizer aus Ostpreußen in Hof

Rolf Burchard zum 40. Todestag

20. Juli - 24. September 2023

Öffnungszeiten: Fr, Sa, So 14 - 17 Uhr

Zur Vernissage

am Donnerstag, 20. Juli 2023, 19.30 Uhr

laden wir herzlich ein.

Einführung: Sebastian Schumann, Schiller-Gymnasium Hof

KulturKreis Hof e. V.
Unteres Tor 7, 95528 Hof
Tel. 09281 342711
info@kulturkreis-hof.de
www.kulturkreis-hof.de



Der KulturKreis Hof e.V. lädt ein: „Ein Schweizer aus Ostpreußen in Hof. Rolf Burchard zum 40. Todestag“

Foto: KulturKreis Hof e.V.

in Rotenburg an der Wümme. Dort wurden durch einen Brand viele seiner Bilder zerstört. In seinen künstlerischen Werken nahmen Motive aus seiner Wahlheimat Ostpreußen einen großen Raum ein. Dass sich Burchard, der in Zürich geboren und nur als junger Referendar im Land jenseits von Oder und Weichsel lebte, gerade mit diesem Themenkreis beschäftigte, mag verwundern. Es zeigt aber auch, dass die unvergesslichen Eindrücke aus jener Zeit ihn zu erstaunlichen Arbeiten in den verschiedensten Techniken inspirierten. Zahlreiche Bebilderungen im Ostpreußenblatt von besonderen Bauwerken, Fluchtbilder und Landschaftseindrücke – ob als Aquarell, Holz- oder Linolschnitt – stammten von Burchard. Dank der Technik des Linolschnitts und der daraus folgenden Vervielfältigungsmöglichkeiten finden sich in vielen Haushalten seine „Mutter Ostpreußen“ und andere beeindruckende Darstellungen. Im Anschluss an den ausführlichen Vor-

trag erfolgte noch ein reger Gedankenaustausch. Viele der Anwesenden hatten Rolf Burchard persönlich gekannt und trugen Erlebnisse und Anekdoten bei.

Unter dem Titel „Rolf Burchard – Ein Schweizer aus Ostpreußen in Hof“ findet vom 20. Juli bis zum 24. September im Reinhart-Kabinett in Hof eine Ausstellung anlässlich seines 40. Todestages statt.

Jutta Starosta



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Treffen

Wiesbaden – Sonnabend, 29. Juli, 14.30 Uhr, Hof „Erbenheim“ in Wiesbaden-Erbenheim, Ober-

feld 30: Beisammensein unterm Walnussbaum. Zu Beginn erleben Sie eine Feldrundfahrt im Planwagen durch die Wiesen und Ländereien des Bauernhofes. Danach werden Sie mit Kaffee und leckerem Kuchen verwöhnt und können beim Würfelspiel Ihr Glück versuchen. Wegen der Platz- und Kuchen-Disposition am besten gleich anmelden, jedoch bis spätestens 21. Juli bei Helga Kukwa unter Telefon (0611) 373521, oder Ilse Klauen unter Telefon (06122) 14808.

und darüber hinaus besuchten vom 19. bis 25. Juni das Oberland mit Mohrungen, Hohenstein und Osterode, Masuren mit Ortelsburg und Neidenburg, das Ermland mit Allenstein und Frauenburg sowie Kahlberg auf der Frischen Nehrung, Kaiserlich-Cadinen, Elbing und zuletzt Danzig – überall mit Führungen. Ältester Teilnehmer war der Osteroder Hubert Brosda aus Berlin mit 102 Jahren. Schiffsfahrten auf dem Oberlandkanal und über das Frische Haff sowie ein Orgelkonzert im Frauenburger Dom mit Besuch der Gedenkstätte an die Opfer der Flucht 1945 über das Eis fehlten nicht. In Wuttrienen bei Allenstein nahm die Gruppe zum 30. Mal am Sommerfest der dort verbliebenen Deutschen teil. Über 30 Landsleute traten auf der Bühne als spontaner Ostpreußenchor auf. Sie hatten im Hotel „Omega“ Allenstein an drei Abenden bekannte deutsche Volkslieder

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Zum 30. Mal beim Sommerfest in Ostpreußen

Wuttrienen – Fast 50 Landsleute aus Mecklenburg-Vorpommern

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

einstudiert, die zum Teil ins Polnische übersetzt und vom Verfasser auf der Handharmonika begleitet wurden. Das war nicht nur unterhaltsam, sondern auch sehr lehrreich und wurde von den etwa 900 Besuchern des Sommerfestes mit viel Applaus anerkannt. Dem Vorsitzenden des Dachverbandes der Deutschen in Ermland-Masuren, Heinrich Hoch, dankte man für seine Arbeit mit dem Extraständchen „HOCH auf dem gelben Wagen“. Im Lied „Grün, grün, grün sind alle meine Kleider“ wurden sowohl die Farben als auch die Berufe auf Polnisch besungen und optisch mit grünem Jägerhut, schwarzem Zylinder, blauer Eisenbahnermütze und so weiter dargestellt: zielony / myśliwy (grün / Jäger), czerwony / rzeźnik (rot / Fleischer), niebieski / kolejarz (blau / Eisenbahner), żółty / listonosz (gelb / Postbote), biały / piekarz (weiß / Bäcker), czarny / kominiarz (schwarz / Schornsteinfeger), kolorowy / malarz (bunt / Maler). Der Minderheiten-Beauftragte der Woiwodschaft Ermland-Masuren, Wiktor Marek Leyk, belohnte diese Mühen mit einem sehr wertvollen Geschenk: Landesvorsitzender Manfred Schukat erhielt aus seinen Händen den Reprint des Evangelischen Masurischen Gesangbuches von 1739 in einem Prachtband. Friedhelm Schülke

Landestreffen

Anklam – Sonnabend, 16. September, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49: Lan-

destreffen. Es werden 700 bis 800 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten sind herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert, denn im Mittelpunkt steht das große Wiedersehen, Suchen, Finden und Gefundenwerden. Eigene Tische gibt es auch für Westpreußen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland. Für die Besucher ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet mit fünf Chören aus der Heimat, einem Blasorchester, einer Volkstanzgruppe aus Pommern und dem Shanty-Chor Insel Usedom e.V. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Hotelplätze vermittelt die Tourist-Information Anklam, Telefon (03971) 835154. Das Volkshaus befindet sich im Stadtzentrum direkt hinter dem Marktplatz. Manfred Schukat

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher Schriftführerin: Elke Ruhne, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Heimatinachmittag

Bielefeld – Montag, 17. Juli, 15 Uhr, Gasthaus – Restaurant Bültmanns-

hof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld, erreichbar mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“, Haltestelle „Bültmannshof“. Heimanachmittag der Landsmannschaften Ost- und Westpreußen, Vereinigte Kreisgruppen Bielefeld e.V. Info bei Barbara Dörr unter Telefon (0521) 82026.

Mit Bericht über die Reise zum Sommerfest in Wuttrinen sowie der Glocken-Übergabe aus der Bundesrepublik an die Gemeinde in Siegfriedswalde [Zegoty]. Alle Mitglieder werden gebeten nach Möglichkeit teilzunehmen. Willkommen sind Angehörige unserer Mitglieder, Mitglieder anderer Kreisgruppen sowie anderer Landsmannschaften und Freunde Ostpreußens. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.



Dittchenbühne

Elmshorn – Sonnabend, 15. Juli, 10 bis 14 Uhr, Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn: Selbstbehauptungskurs für Kinder von 6 bis 11 Jahren mit Ilona Prell. Information über E-Mail an: baerenkraft@mail.de, Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, GSt.: Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Trauer um Horst Bieber

Im Alter von 94 Jahren verstarb am 13. Juni Studiendirektor a.D. Horst Bieber. Bieber wurde am 20. Dezember 1928 in Jakunowen, das später die Bezeichnung Angertal erhielt, im Kirchspiel Angerburg geboren. Ab 1941 besuchte er die Hindenburgschule in Angerburg und gehörte zu den Schülern, die ab dem 3. Februar 1944 als Luftwafenhelfer zum Fliegerhorst nach Rotenburg (Wümme), damals Rotenburg (Hannover), kamen. Es folgte die englische Kriegsgefangenschaft. Nach der Entlassung fand Bieber Arbeit in den Chemischen Werken Hüls. Von 1946 bis 1949 besuchte er die staatliche Aufbauschule in Recklinghausen, wo er das Abitur ablegte. Nach einer kurzen Tätigkeit im Baugewerbe, nahm er das Studium an der Pädagogischen Hochschule auf und konnte 1955 seinen Schuldienst als Gewerbelehrer in der Fachrichtung Bau- und Holzgewerke beginnen. 1991 wurde er als Studiendirektor und Vertreter des Schulleiters der Berufsbildenden Schulen Hildesheim pensioniert. Die nun vorhandene Freizeit nutzte er, um sich mit der Geschichte seines Heimatdorfes Angertal zu beschäftigen und legte 1997 die „Chronik

der Gemeinde Angertal“ vor, die bis heute eine wichtige Quelle für die Heimatforschung ist. Zudem engagierte er sich in der Kreisgemeinschaft Angerburg: 1999 erfolgte die Wahl in den Kreistag und auch den Kreisausschuss, in dem er die Position eines Schriftführers übernahm. Dieses Amt hatte er bis 2009 inne, behielt aber seinen Sitz im Kreistag noch bis 2015. Sein Wirken für Ostpreußen wurde am 10. September 2005 mit der Verleihung der Silbernen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen gewürdigt.

Privates Glück fand er mit seiner Ehefrau Elfriede, geb. Buhr, die er am 31. März 1956 heiratete und die ihm fünf Kinder schenkte. Seiner großen Familie gilt unser Mitgefühl. Wir werden Horst Bieber ein ehrendes Andenken bewahren. Michael Meyer



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, GSt.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Wahl der Kreistagsmitglieder

Rendsburg – Sonnabend, 7. Oktober, 9.30 Uhr, Kleiner Festsaal, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38, 24768 Rendsburg: Neuwahl der Kreistagsmitglieder erfolgt während des Hauptkreistreffens. Im Herbst dieses Jahres endet

die Legislaturperiode des Kreistages unserer Heimatkreisgemeinschaft.

Laut Paragraph 1 unserer am 13. Oktober 2018 geänderten Wahlordnung werden 15 Kreistagsmitglieder gewählt, deren Verteilung auf die einzelnen Kirchspiele und Abteilungen wie folgt aussieht: Gerdauen: fünf Vertreter, Nordenburg/Karpowen (Karpauen): drei Vertreter, Assaunen, Friedenberg/Groß Schönau, Klein Gnie, Laggarden/Löwenstein, Molthainen/Molmehnen, Muldszen (Mulden), Abteilung GIRDAAWE: jeweils ein Vertreter. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder gemäß Paragraph 2 Absatz 1 unserer Vereinsatzung, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Laut Paragraph 5 der Wahlordnung schlägt der Vorstand nachstehende Landsleute für den neuen Kreistag vor:

Kirchspiel Gerdauen: Jörg Beißel, Hannelore Gruschwitz, Hans Eckart Meyer, Uwe Nitsch, Dietmar Plaumann;

Kirchspiele Nordenburg/Karpowen (Karpauen): Doris Biewald, Walter Mogk, Margitta Romagno;

Kirchspiel Assaunen: Arnold Schumacher;

Kirchspiel Klein Gnie: Dirk Bannick;

Kirchspiele Laggarden/Löwenstein: Gertrud Holtermann;

Kirchspiele Molthainen/Molmehnen: Monika Weppelmann;

Kirchspiel Muldszen (Mulden): Dietmar Hoffmann;

Abteilung GIRDAAWE: Brigitte Havertz-Krüger.

Für das Kirchspiel Friedenberg/Groß Schönau liegt kein Wahlvorschlag des Vorstandes vor.

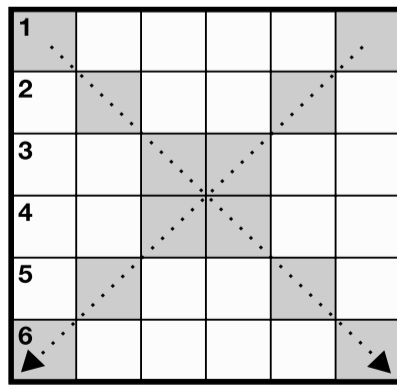
Rätsel

Grid of crossword puzzles with clues in German. Includes sections for 'Sudoku', 'Diagonalrätsel', and 'So ist's richtig'.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

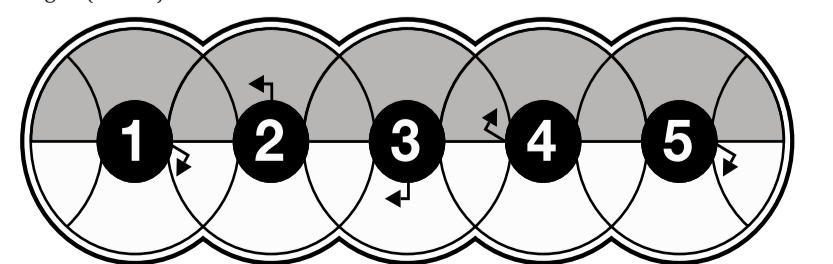
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe aus der Kunst.

- 1 Nordpolargebiet
2 Jagdkanzel
3 glänzendes chemisches Element
4 Handlung, Unternehmung
5 Eurasier, Osmane
6 kaltes Erfrischungsgetränk

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für einen Kletterer im Gebirge.

1 Vorderasiat, 2 kostenlos, umsonst, 3 Eier legen und ausbrüten, 4 zu etwas taugen (sich ...), 5 Hafenstadt in Marokko



Heimatkreisgemeinschaften

Gleichzeitig werden hiermit alle Mitglieder gebeten, weitere Wahlvorschläge bis spätestens 7. August bei der Vorsitzenden des Wahlausschusses, Kirsten Nelles, Unterstraße 13a, 24977 Langballigholz, einzureichen. Insbesondere wird um Wahlvorschläge für diejenigen Kirchspiele gebeten, für die bisher keine oder nicht genügend Kandidaten zur Verfügung stehen.

Diese Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Mitgliedern des jeweiligen Kirchspiels unterzeichnet sein. Aus dem Wahlvorschlag müssen Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Heimat- beziehungsweise Geburtsort und die vollständige aktuelle Anschrift sowohl des Bewerbers als auch der Unterzeichner erkennbar sein. Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Zustimmung des Bewerbers beizufügen. Jedes wahlberechtigte Mitglied darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Einen Abdruck der kompletten Wahlordnung mit Stand vom 13. Oktober 2018 können Sie bei unserer Geschäftsstelle anfordern.

Walter Mogk,
Kreisvertreter



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hauptkreistreffen

Hagen – Sonnabend, 26., bis Sonntag, 27. August, ab 11 Uhr, Hotel Mercure, Raum: Berlin + Siegen + Köln: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck, mit der Kreisgemeinschaft Treuburg als Gast und folgendem Programm:

Sonnabend, 26. August, 11 bis 12.30 Uhr, Archiv, Elbersufer 20: Möglichkeit zur Besichtigung, 14 Uhr, Rathausstraße 13, Rathaus der Stadt Hagen: öffentliche Kreistagssitzung, 17 Uhr, Stadtgarten Hagen: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen, 17.30 Uhr, Hotel Mercure: Öffnung der Räume, 19 Uhr: Hotel Mercure, Raum Berlin: Heimatabend.

Sonntag, 27. August, 9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume, 11 Uhr, Raum Berlin + Siegen + Köln: Feierstunde, bitte die Tischaufteilung beachten, 14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein, 17 Uhr: Ausklang.

Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Bücherstand erhältlich. *Bärbel Wiesensee*



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Kölner Treffen

Köln – Sonnabend, 19. August, 13 Uhr, Brauhaus in Köln-Dellbrück, Dellbrücker Hauptstraße 61:



Kurenkahn (auch Keitelkahn) ist die Bezeichnung für einen Bootstyp, der bis Ende des Zweiten Weltkriegs auf dem Kurischen und auf dem Frischen Haff in Ostpreußen als Fischerboot eingesetzt wurde. Der Name bezieht sich auf den Volksstamm der Kuren, der unter anderem auch Namensgeber für die Nehrung und das Haff war. Der Kurenkahn ist ein etwa zwölf Meter langes Holzboot, typisch für seine Form sind der hochgezogene Bug und eine nach hinten abschwingende Seitenlinie. Besonderheit ist aber der flache Bootsboden, der mit einem Tiefgang von rund 40 Zentimetern zum einen das Befahren seichter Stellen im Haff zum anderen auch das problemlose Transportieren zum Beispiel von Vieh, Holz und Heu und anderen Lasten ermöglichte. Das traditionelle Fischerboot „Kursis“, das auf dem Bild zu sehen ist, wurde vom Volkskünstler Eduardas Jonusas (23. April 1932–17. April 2014) zusammen mit dem Schiffsbauingenieur Henrikas Malisauskas und der Hilfe mehrerer Holzmeister, der Beratung durch den alten Schiffbaumeister Kurth Sakuth und den Bauzeichnungen eines Bremerhavener Museums gebaut. Die Bauzeit dauerte etwa zweieinhalb Sommer und war im Sommer 1993 fertig. Am 12. Juni 1993 setzte der Kurenkahn „Kursis“ das erste Mal seine Segel im Kurischen Haff. Die ersten Segel spendete der Ingenieur E. Hein aus Deutschland. Seit dem Jahr 2009 pflegen und segeln mit dem Kurenkahn „Kursis“ Sofija und Aurelijus Armonavicius aus Nidden, die auch jeden Sommer Bootstouren mit Reiseleitung auf Deutsch anbieten.

Foto: Uwe Jurgsties

Treffen der Memellandgruppe Köln. Es besteht ab 13 Uhr die Möglichkeit, Mittag zu essen. Um 14 Uhr startet das Programm mit dem Geistlichen Wort, es folgt ein Vortrag über die zerstörten Kirchen im Memelland – Wer kann über „seine“ Kirche berichten? und einem Bericht über die Aktivitäten im Memelland in diesem Jahr wie dem Tag der Deutschen Einheit im Oktober und andere Veranstaltungen. Anreise: Ab Hauptbahnhof Köln mit der Straßenbahn Linie 18 Richtung Thielenbruch bis zur Haltestelle Dellbrücker Hauptstraße.

Wir freuen uns über jeden, der kommt, und bitten um Anmeldung bei Herbert Jaksteit, unter Telefon (0170) 8315959 oder per E-Mail: HJaksteit@t-online.de

Herbert Jaksteit, Vorsitzender

Jubiläen

Memel – Sonntag, 1. Oktober, 15 Uhr, Hotel Aurora: Gründungsjubiläum der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM) und der Patenschaft zwischen Mannheim und Memel.

Die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. wurde im Jahr 1948 in Hamburg gegründet und kann nunmehr im Jahr 2023 auf sein 75-jähriges Bestehen zurückblicken, und im Jahr 1953, vor 70 Jahren, wurde die im Jahr 1915 besiegelte Patenschaft zwischen Mannheim und Memel erneuert.

Diese beiden Jubiläen wollen wir, wie auch bereits das 50-jährige Bestehen der AdM, wieder gemeinsam mit Ihnen und unseren Landsleuten im Memelland in unserer Heimatstadt feiern. Der Bürgermeister von Memel, Arvydas Vaitkus, hat bereits seine Teilnahme zugesagt, wie auch der Chor unseres Vereins Heide aus Heydekrug. Im Anschluss laden wir zu einem gemeinsamen Essen ein.

Einlass zur Feier ist nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter (06203) 43229 oder per

E-Mail unter memelland@admheddesheim.de bis zum 20. September möglich. Wir würden uns freuen, wenn recht viele Landsleute aus der Bundesrepublik Deutschland daran teilnehmen würden und auch am Dienstag, den 3. Oktober im Konzertsaal, dem früheren Schützenhaus, zum Tag der Deutschen Einheit.

Für Ende Oktober ist auch eine Jubiläumsfeier in Düsseldorf vorgesehen. Näheres in einer der nächsten Ausgaben. *Uwe Jurgsties, Karin Gogolka und Gerlinda Stunguriene*



Zum 30-jährigen Stappelauf: (v. l.) Heike Galoci, Sofija und Aurelijus Armonavicius und Bernd Galoci

Kurenkahn

Memel – Der Deutsche Kulturverein Memel, vertreten durch sein Vorstandsmitglied Heike Galoci und ihren Mann Bernd, überbrachten dem Ehepaar Armonavicius die herzlichsten Glückwünsche zum 30-jährigen Stappelauf des Kurenkahns. *Uwe Jurgsties*



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de

Stellvertreterin: Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Heimattreffen

Bochum – Wir möchten schon heute auf unser diesjähriges Hei-

mattreffen am 27. August hinweisen. Wie Sie ja wissen, jährt sich die Patenschaft mit der Stadt Bochum in diesem Jahr zum 70. Mal. Aus diesem Grunde wird es eine kleine Feierstunde geben, in der der Oberbürgermeister der Stadt Bochum, Thomas Eiskirch, ein Grußwort und der Beauftragte der Landesregierung für Vertriebene, Heiko Hendriks, die Festrede halten werden.

Ich denke, dass diese Veranstaltung einen guten Besuch verdient hat. Merken Sie sich diesen Termin unbedingt vor, und regen Sie Ihre Kinder und Enkelkinder an, Sie zu begleiten und ebenfalls

ANZEIGEN

Auf ewig bist du uns entrissen,
dein Platz an unserer Seite ist leer.
Wir werden schmerzlich dich vermissen,
vergessen aber nimmer mehr.

Karl-Heinz Jakat

* 29. 10. 1935 † 5. 6. 2023

In liebigem Gedenken
deine Jutta und Kinder

an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Wir fühlen uns unserer Heimat verpflichtet und wollen die Erinnerung an die Geschichte, die Kultur und die Menschen Ostpreußens aufrechterhalten und an die jüngeren Generationen weitergeben.

Ulrich Pokraka, Kreisvertreter

zum 6. August schriftlich oder telefonisch einzureichen.

Hubertus Hilgendorff,
Kreisvertreter

Hauptkreistreffen

Wesel – Sonnabend, 12., und Sonntag, 13. August, jeweils ab 9.30 Uhr: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 12. August, 9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof, 10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia, Caspar-Baur-Straße, 10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne, ab 14 Uhr: geselliges Beisammensein im Hotel Kaiserhof.

Sonntag, 13. August, 9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82, 10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz Jesu in der Feldmark, 11 Uhr: Hauptkreistreffen, Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, ein Mittagessen wird angeboten, 14.30 Uhr: Nach einer Musikeinführung der Blasmusik Lackhausen begrüßt der Kreisvertreter Hubertus Hilgendorff die Gäste, Ansprachen halten Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel, 16 Uhr: Großer Zapfenstreich der Blasmusik Lackhausen und dem Tambourcorps Wesel-Fusternberg, 16.30: geselliges Beisammensein. Bei der Anreise per Navi, bitte „Wesel, Rundsportthalle“ eingeben.



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

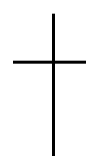
Mitgliederversammlung

Wesel – Sonntag, 13. August, 11.30 Uhr, An der Tent 9, Gaststätte Bürger-Schützen-Haus: Mitgliederversammlung und Kreistags-Sitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreter, 4. Kassen und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2024, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburgertreffen 2023/2024, 10. Verschiedenes.

Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis

ANZEIGE

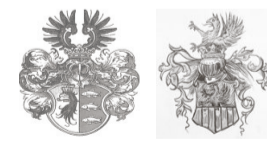


Du bist von uns gegangen,
aber nicht aus unseren Herzen.

Traurig nehmen wir Abschied von meiner lieben Ehefrau,
unserer Mutter, Schwiegermutter und Oma

Britta von Busse

geb. von Eben in Bauditten Kreis Mohrungen



* 27. Mai 1936 † 26. Juni 2023

In Liebe und Dankbarkeit

Gerold von Busse

Christian und Claudia von Busse mit Anna

**Markus und Kira von Busse mit Isabella,
Philipp und Konstantin**

Hajo von Busse und Simone Pauls mit Carlo und Martha



Der Trauergottesdienst mit anschließender Beisetzung findet am Donnerstag, dem 13. Juli 2023 um 14 Uhr von der Kirche zu Niederkleveez aus statt.

Anstelle von Blumen und Kränzen bitten wir um eine Spende für den Tierschutzverein Plön, Sonderkonto Petersdotter DE34 2105 0170 0020 0145 28, Kennwort: Britta von Busse.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Der Bergriese, der die Rüben zählte

Der ambivalente Rübezahl ist kaum noch bekannt. Das Theaterfestival Via Thea versucht, das in diesem Jahr zu ändern

VON CHRIS W. WAGNER

Rübezahl zeige Dich!“ Die Sagen-gestalt aus dem Riesengebirge stand vergangene Woche Pate beim Straßentheaterfestival Via Thea in der „Europastadt Görlitz/Zgorzelec“. Die Zwillingstadt feiert 25 Jahre Europastadt-Proklamation und wer, wenn nicht Rübezahl, der Geist des Riesengebirges, sei geeigneter gewesen, „das Publikum zu packen“, sagt Christiane Hoffmann, Organisatorin des seit 27 Jahren stattfindenden Straßentheaterfestes in der seit 1945 geteilten Stadt.

Ein weiteres Rufen: „Rübezahl, zeig Dich Mal!“ führt zum Erfolg – im Schlesischen Museum zu Görlitz, das zusammen mit dem Kulturforum Östliches Europa eine Rübezahl-Ausstellung für Kinder eigens für das Via Thea organisierte.

„Im Schlesischen Museum ist Rübezahl in Veranstaltungen mit Kindern der Star. Wir sagen gerne auch mit Augenzwinkern, er ist der gute Geist des Schlesischen Museums“, so Matthias Voigt. Er ist für Bildungsprojekte am Museum zuständig. „Rübezahl ist bekannt, man muss aber die Schnittmenge immer wieder darstellen“, sagt er und weist immer wieder darauf hin, dass Rübezahl und „Duch Gór“, was „Bergegeist“ auf Polnisch heißt, im Riesengebirge dieselbe Persönlichkeit seien.

So wartet am ersten Festivaltag ein Grüppchen Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren auf ihre Begegnung mit dem Herrn der Berge. Die größeren haben schon einmal etwas vom Bergegeist gehört, bekunden sie. Nun wollen sie erfahren, warum man Rübezahl jedoch nicht bei seinem Namen rufen soll. Die kleinen Zuhörer hängen Voigt an den Lippen, wenn er von der schönen Prinzessin erzählt, in die sich „der Herr der Berge“ verliebte.

Also erzählt Voigt: „Die junge Frau will diesen alten Mann nicht haben, sie hat ge-



Vielsprachige und lebendige Spuren Rübezahls im Schlesischen Museum zu Görlitz: Museumspädagoge Matthias Voigt spricht über den Herrn der Berge und wo er lokal zu verorten ist
Foto: Chris W. Wagner

sagt: „In deinem Riesengebirge da ist nichts los! Dort kann ich meine Freundinnen nicht treffen, dort lebe ich mit Dir alleine irgendwo unter der Erde, es ist kalt, es ist nass, das will ich nicht!“. Aber der verliebte Bergegeist möchte die hübsche Prinzessin unbedingt heiraten, entführt sie und schenkt ihr, um sie bei Laune zu halten, einen Korb voller Rüben und einen Zauberstab. Damit könne sie die Rüben in Spielgefährtinnen oder wen auch immer verwandeln.

Musäus' Geschichte von Rübezahl

Was der Bergegeist nicht bedacht habe“, so der Museumspädagoge weiter, „ist die Tatsache, dass Rüben nach einer Zeit welk werden. Auch die herbeigezauberten Gesellen verlieren ihre Vitalität und werden für die Prinzessin langweilig. Die kluge Prinzessin hat aber einen Plan, sie willig der Heirat mit dem Bergegeist unter der Bedingung ein, der Bräutigam müsse zunächst alle Rüben auf seinem Felde zählen, damit die Braut unterdessen die Anzahl der Hochzeitsgäste überschlagen könne. Und weil die Prinzessin ihrem Verlobten beim Rübenzählen immer wieder hineinquatscht, muss dieser dauernd von vorne anfangen. Während der Bergegeist die Rüben zählt, verwandelt die Prinzessin eine besonders große Rübe in ein Pferd und reitet davon. Dabei verhöhnt sie den Bergegeist, indem sie ihm zurief: „Rübezahl, Rübezahl – zähl die Rüben noch einmal!“

Voigt warnt: „Seitdem haben die Menschen ihn Rübezahl genannt. Und weil sich Rübezahl darüber schämte und grämte, werde er immer zornig, wenn man ihn bei diesem Namen rufe.“

Seine Erfahrung ist: „Hier in Görlitz, in diesem kleinen Zipfel mit schlesischer Bezugsgröße, ist Rübezahl zwar präsent, aber nicht mehr so vertraut“, sagt er. „Wenn ich heute um Hirschberg unterwegs bin, wird mit dieser Figur touristisch ganz anders geworben. Es gibt in Hirschberg in der Straße des 3. Mai einen Bauzaun – vielleicht gibt es ihn auch nicht mehr – auf dem wurde Rübezahl in verschiedene Sprachen übersetzt. Und das macht neugierig.“

Er sähe kein Problem zu sagen: „Rübezahl ist mehrsprachig, er bedient alle Sprachen, die im Riesengebirge vorkommen. Punkt!“ Damit zielt der Pädagoge auch darauf ab, dass auf der Südseite des

Riesengebirges Rübezahl auch eine tschechische Komponente hat.

Das, was man in der Bundesrepublik über Rübezahl noch wisse, sei, dass der Bergegeist ein alter Mann sei, der zaubert und mal Gutes, mal Schlechtes tut. Das Interesse der Kinder und Jugendlichen, Rübezahl auch lokal zu verorten, sei aber da und genau das „ist ein Bildungsauftrag unseres Hauses“, so Voigt. Also erklärt er anhand von Karten, wo sich das Reich des „Herrn der Berge“ erstreckt und welche Staatsgrenzen und Sprachen man dort heute vorfindet.

Den Bergegeist aus dem Riesengebirge kennt man unter den Namen Krkonoš auch in Tschechien, denn Krkonoše ist der tschechische Name des Riesengebirges. Selten gebräuchlich ist dort die phonetische Adaption Rybrcoul; zumeist be-

gnet uns der Bergegeist hier als Pan Jan, also als Herrn Johannes. In der polnischen Sprache ist die Bezeichnung Liczyrzepa für Rübenzähler wohl die bekannteste. Aber der Bergegeist hört hier auch auf die Namen Karkonosz, Karkonosze ist die polnische Bezeichnung für das Riesengebirge, oder seltener Rzepiór, ein Kompositum aus rzeпа für Rübe und upiór für Geist oder Gespenst.

Auch wenn man im Riesengebirge bereits im 19. Jahrhundert Rübezahl als Werbefigur und Touristenmagnet aufbaute, ist diese Fabelfigur bereits 1561 vom Kartographen Martin Helwig in der ersten schlesischen Landkarte verewigt worden. „Als 1945 Polen ins Riesengebirge kamen, war diese Gestalt allgegenwärtig: ob in Inschriften, auf Tafeln, Wegweisern und Plakaten. Er war auch touristisch stark

vermarktet“, erläuterte etwa Mateusz J. Hartwich bei einem früheren Referat im Schlesischen Museum. Der in Berlin lebende Breslauer Autor hat den Tourismus im schlesischen Riesengebirge und wie sich dieser auf die Identitätsbildung auswirkt, genauer unter die Lupe genommen. Er fand heraus, dass Józef Sykuliński, ein polnischer Lehrer, der bereits im Sommer 1945 ins Riesengebirge kam, seinen Schülern auftrag, alles zu sammeln, was sie zu Hause von Rübezahl finden könnten. Aus dem, was die Kinder an Erzählungen sammelten, wurde bereits im November 1945 das erste polnischsprachige Buch überhaupt, das in den neuen „polnischen Westgebieten“ gedruckt wurde.

Rübezahl bleibt im Riesengebirge

Auch wenn es im Riesengebirge um den Herrn der Berge leiser wurde, ganz weg war er nicht. Immer wieder fand er Einzug in die Welt polnischer, aber auch tschechischer Künstler und Filmemacher, bis ihm 2011 in Krummhübel [Karpacz] sogar das Museum „Geheimnisse des Riesengebirges“ (Karkonoskie Tajemnice) gewidmet wurde. Seine Entstehung ist einem Zufall zu verdanken. Bei Errichtung einer Ferienpension stießen Bauarbeiter im März 2011 auf einen sonderbareren Stab mit einer kristallinen Spitze. Für den Krummhübeler Unternehmer Jakub Paczyński hatte der Bergegeist seine Hände im Spiel, denn für Paczyński war es eindeutig Rübezahls Stab. Er beschloss, an der Fundstätte keine Pension, sondern ein Rübezahlmuseum zu errichten. „Ich wollte dem Bergegeist ein neues Leben schenken. Er ist keiner Nationalität zugeschrieben, ich denke, er war seit Jahrhunderten im Riesengebirge zu Hause und sollte dort weiterhin bleiben“, so Paczyński, der Martin Helwigs Rübezahl-Zeichnung als Symbol für seine Einrichtung wählte. Nun thront der gehörnte und behufte Dämon vor seinem Museum in Krummhübel, wo auch der restaurierte Rübezahlstab einen geeigneten Platz fand. Das Museum ist auch als Miniatur in Paczyńskis 2015 gegründeter Modelleisenbahnschau „Kojkowo“ im Breslauer Sky-Tower zu bewundern.

Schauspieler, Autor und bildender Künstler Thomas J. Hauck kennt Rübezahl noch aus seinem Grundschulbuch: „Das war das allerschönste in unserem dämlichen Deutschbuch. Mit Bart und dem großen Stock marschiert Rübezahl durch die Welt. Im Wald, über Wurzeln, da ein Käfer, dort ein Pilz – wie ein zeitgenössisches Wimmelbild“, erinnert er sich. Der extra für das Via Thea engagierte Künstler hatte im Vorfeld viel über Rübezahl gelesen. Alt sei er, wie die Steine, zitiert er Carl Hauptmann im „Rübezahl-Buch“ von 1915, wo es im Vorwort weiter heißt: „vermutlich so alt, wie die Riesenwoge aus Granit, die schon in Urzeiten zwischen Böhmen und Schlesien ausrollte und zum Riesengebirge erstarrte.“

Hauck sitzt an einem langen Tisch mit Malutensilien und erzählt. Er fällt schon von Weitem auf in seinem grell-roten Anzug. Kinder scharen sich um ihn herum und lauschen mit großen Augen seinen Geschichten über Rübezahl. Die Kinder dürfen dann ihre eigenen Gedanken zu Rübezahl künstlerisch zu Papier bringen. Ihre Zeichnungen haben mit der furchteinflößenden Martin-Helwig-Figur nichts mehr zu tun, und darüber sei er froh. „Sie zeichnen Rübezahl, wie sie wollen. Mal fährt er Skateboard, mal kann er fliegen, mal auf einem Zebra reiten“, sagt Hauck. Die Zeichnungen werden sich mit einem Vorwort von ihm in einem Rübezahl-Via-Thea-Buch wiederfinden, das künftig an der Museumskasse erhältlich sein soll.

Rübezahl und die Kultur



1561 zeichnet Martin Helwig auf seiner seiner Schlesien-Landkarte „Rübenzal“ als gehörnten und behuften Dämon.

Johannes Praetorius beschreibt ihn 1662 Mal als Riesen, Bewacher des Bergschatzes, als Mönch, der Menschen vom Weg abbringt, als Rabe oder Esel und als Diabolus.

Johann Karl August Musäus veröffentlicht 1783 die Legende von der Entführung der Königstochter Emma. Doch sie kann zu ihrem Prinzen Ratibor fliehen und verspottet den Bergegeist mit der Anrede Rübezahl. Musäus macht Rübezahl zu einer weit über Schlesiens Grenzen hinaus bekannten Gestalt.

Joseph Schuster schrieb 1789 die Oper „Rübenzahl oder Die wahre Liebe“. Carl Maria von Weber, Friedrich von Flotow sowie Hans Sommer schrieben weitere Rübezahl-Opern.

Das Riesengebirgslied entstand 1914/15 von Othmar Fiebiger und Vinzenz Hampel.



Öl auf Leinwand: 1845 malte Moritz von Schwind seine Vorstellung vom Bergegeist. Zu bestaunen ist dieses Bild heute in der Münchener Pinakothek in der Sammlung Schack

KUNST

Schönheit trifft Natur

Wie ein Aktfotograf die Parteifunktionäre austrickste

VON TORSTEN SEEGERT

Mit den FKK-Stränden und der Freizügigkeit ist es so eine Sache – nicht nur auf Rügen und erst recht auf Usedom! Es ist, so sagte es unlängst ein Anhänger der Freikörperkultur, als würden sich die Uhren wieder rückwärts drehen, denn: Was zu Zeiten des Sozialismus längst Kult war, steht heute auf Usedom sogar unter Strafe.

Zugegeben: Selbst in der DDR musste sich einst die Freikörperkultur erst ihre Akzeptanz durch Anstand und Imagepflege gegenüber dem Textilstrand erkämpfen. Und einer, der dazu einen wesentlichen Beitrag leisten sollte, war ein Fotograf, ohne den der „Siegeszug der Nackedeis“ vielleicht nicht vorstellbar gewesen wäre: Klaus Ender.

Er selbst war ein Kind seiner Zeit. 1939 in Berlin geboren, aus Landsberg an der Warthe 1945 vertrieben, fand er erst als Saison-Bäcker in Thiessow mit Rügen „seine Insel“ – und damit auch den Weg zur Aktfotografie, die ihn zeitlebens begleiten sollte.

Anmutig und mit Würde

Erst behutsam mit Schattenrissen von Frauen, wie sie von der Natur geschaffen wurden – und die der Pazifist Ender auch noch im DDR-Soldatenmagazin „Armeerundschau“ veröffentlichte. Dann frei und (an)mutig, aber mit Würde veränderten seine Aktaufnahmen in der Zeitschrift „Das Magazin“ den „Arbeiter- und Bauernstaat“ grundlegend.

Und dennoch: Für die Partei, die immer recht hatte – die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) – war es wohl eher Alibi als Überzeugung. Warum? Eine Ausstellung von „Akt und Landschaft“, wie sie Ender bereits zu seiner Zeit auf der Insel Rügen vorschwebte, war für die Parteifunktionäre jedenfalls zunächst nicht vorstellbar. Begründung: Mit „nackten Ärschen“ könne man nun mal keinen Sozialismus aufbauen.

Vielleicht ging es am Ende auch eher um das menschliche Antlitz des Sozialismus, um das auch beim „sozialistischen Menschen“ ganz offenbar noch tüchtig gerungen werden musste. Als man um das Ideal rang, wie der nackte Mensch im Sozialismus auszusehen habe, kam Ender genau zur richtigen Zeit, um das Genre der Aktfotografie in der DDR salonfähig zu machen. Von den Spinden der Soldaten



Künstlerisch umgesetzt: Malerischer Akt an Rügens Kreideküste

Foto: Klaus Ender 1969

war er schon bald in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Ausgezeichneter Künstler

Und die sollte er auch weiter nachhaltig durchdringen: Zunächst schuf er mit dem Buch „Mein Modell“, das sich 95.000 Mal verkaufen sollte, eine Anleitung für Aktfotografie und wie man mit Modellen arbeitet. Dann initiierte er mit dem Cottbuser Fotografen Gerd Rattei die 1. Aktausstellung der DDR mit dem Titel „Akt und Landschaft“, die auch noch als Wanderausstellung durch die Deutsche Demokratische Republik (DDR)

tourte und zwischen Rostock und Dresden 100.000 Besucher anzog.

Den Sozialismus hatte Ender nicht zu Ende gebaut. 1981 siedelte der vom Weltverband der Kunstfotografie (FIAP) mit dem Ehrentitel „Artiste FIAP“ ausgezeichnete Künstler aus politischen Gründen nach Österreich über und kehrte erst 1996, nach dem Untergang des Sozialismus, wieder auf die Insel Rügen zurück.

Hier wirkte er bis 2021, kämpfte für den Erhalt der Natur, schrieb, dichtete und fotografierte. Und er blieb sich vor allem treu, was auch sein Publikum anerkannte, das von seinem ästhetischen

Empfinden über Jahrzehnte geprägt wurde. 2022 wurde das ungewöhnliche und vielfältige Lebenswerk des „Vorkämpfers“ für die „Nackedeis“ auch mit dem Film „Klaus Ender – Wenn Bilder eine Seele haben...“ gewürdigt. Grund genug, um in Zeiten von Facebook-Zensur und Strafanordnungen an pommerischen Stränden wieder über „nackte Ärsche“ und den 2021 gestorbenen Ender zu reden.

● Die Ausstellung „Akt & Landschaft“ von Klaus Ender läuft noch bis 31. Oktober im Freilichtmuseum in Klockenhagen. www.klaus-ender.de

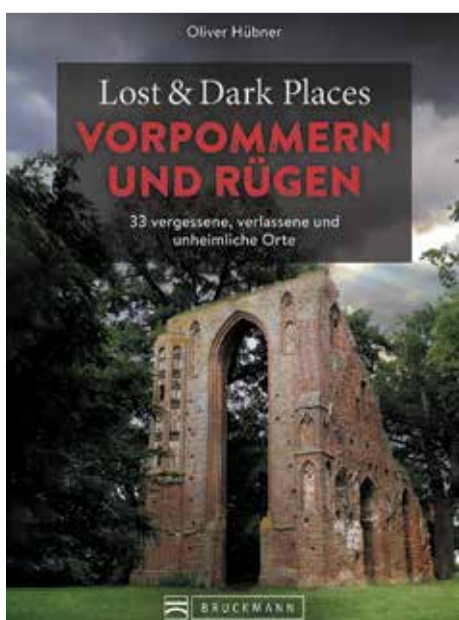
REZENSION

Spannende Entdeckungsreisen

Die Geschichte Pommerns hat interessante Plätze zu bieten

So kennt man Vorpommern (noch) nicht, allenfalls als Wald- und Seenlandschaft mit verträumten Dörfern, Herrenhäusern oder Seebädern an seiner langen Küste. So zeigt sich das Land zwischen dem Darß und Usedom gern.

Der Autor Oliver Hübner hat sich jedoch in dem Buch „Lost & Dark Places – Vorpommern und Rügen“ mit einer anderen Seite des nordöstlichen Teils des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt: das sind 33 vergessene, verlassene und unheimliche Orte – so steht es auch im Untertitel. Dazu fallen einem Stichworte ein: zum Beispiel Vine-ta, uralte Gräber, verlassene Orte, gruselige Ruinen und Geschichten aus vergangenen Kriegen und Krisenzeiten.



Voller düsterer Geschichte ist dieser schöne Landstrich aus Zeiten des Dreißigjährigen Krieges, des Nationalsozialismus und des DDR-Regimes – alles das hat seine Spuren und Bauwerke hinterlassen. Daneben lotst dieser Dark-Tourismus-Führer auf 160 Seiten zu Gräbern, die älter als die Pyramiden sind, und zum Atlantis der Ostsee.

Fast verwehte Spuren der Vergangenheit werden dem interessierten Leser nahegebracht und somit dem Vergessen entrissen. Weltweit erregen sogenannte „Lost Places“ ein lebhaftes Interesse.

Es sind Plätze, die selbst Einheimischen nicht immer bekannt sind, zu denen sich auch der Autor dieser Zeilen zählt. Mehr soll über diese Geheimnisse

nicht verraten werden – es sind eben Geheimnisse. Jeder Ort wird nicht nur auf einer Übersichtskarte markiert, sondern zu Beginn jedes Textes auch mit der GPS-Position genauestens gekennzeichnet. Erfreulich und nützlich sind auch die vorangestellten Verhaltensweisen für verlassene Plätze, die zwar zugänglich sind, aber auch mit Vorsicht und Respekt aufgesucht werden sollten. *psw*

● Oliver Hübner: „Lost & Dark Places – Vorpommern und Rügen“ Bruckmann Verlag GmbH, München 2023, kartoniert 160 Seiten, Größe (L/B/H): 232/162/13 mm, ISBN 9783734324697 Preis: 19,99 Euro

● MELDUNGEN

LNG-Debatte, Delfin und Ballonfahrer

Stettin – Das Treffen des Heimatkreises Stettin findet am 5. August im Bootshaus Lübeck, Hüxtertorallee 4, 23566 Lübeck statt. Beginn 11 Uhr. Das ausführliche Programm und der Wahlauftrag siehe: www.heimatkreis-stettin.de, es kann auch bei der Heimatkreisvorsitzenden Ursula Zander angefordert werden. *BS*

Rügen – Das Vilmsschwimmen findet in diesem Jahr am 19. August statt. Der Schwimmwettbewerb, bei dem die Distanz von 2500 Metern zwischen der Insel Vilm und Lauterbach bei Wind und Wellen zu überwinden ist, zählt – neben dem Sundschwimmen – zu den pommerischen Traditionsveranstaltungen. *TS*

Stettin – Stettins Westumgehung, die schon bald den Autobahnring um die Odermetropole schließen soll, nimmt konkrete Gestalt bei der Planung an: Vorgesehen ist die Schnellstraße ab der Autobahn Berlin-Stettin bei Kolbitzow über Pölitz nach Gollnow. Die Oderquerung erfolgt durch einen fünf Kilometer langen Tunnel. *TS*

Demmin – Am 17. Juni hatte auf dem Marktplatz der Hansestadt die Film-Premiere von „Demminer Gesänge“ des pommerischen Regisseurs Hans-Jürgen Syberberg stattgefunden. Der Meister des deutschen Autorenkinos ist nach 1989 in seine Heimat zurückgekehrt, wo er sich mit der Ortsgeschichte beschäftigt. *TS*

Swinemünde – Nachdem um das LNG-Terminal, das sich bei Osternothafen befindet, eine Sicherheitszone eingerichtet wurde, ist nun auf der Insel Wollin auch der Aufbau eines Stützpunktes des Grenzschutzes geplant. Er soll die Einsatzbereitschaft zur Abwehr von Bedrohungen des LNG-Terminals erhöhen. *TS*

Ahrenshoop – Staunen erregte ein Delfin bei Feuerwehrleuten, die zu einer Ausbildung auf der Ostsee unterwegs waren. An einer Boje bekamen sie den Überraschungsgast sogar vor die Kamera. Ob es sich dabei um „Delle“ handelte, der bereits in der Lübecker Bucht mehrfach gesichtet wurde, ist nicht bekannt. *TS*

Hohenfelde – Zu einem tragischen Unfall kam es am 6. Juli an einem unbeschränkten Bahnübergang bei Hohenfelde (Strecke Köslin-Gollnow). Dabei wurde das Auto einer sechsköpfigen deutschen Familie von einem Zug erfasst – der 35-jährige Fahrer verunglückte tödlich, seine Familie kam in ein Krankenhaus. *TS*

Neustettin – 33 Crews von Ballonfahrern aus dem In- und Ausland trafen sich vom 6. bis 9. Juli zu einem Ballonfestival in Neustettin. Neben Starts am Morgen, Wettbewerben und Abendflügen waren auch die Leistungen von Gleitschirmfliegern zu bewundern. Das Ballonfest hat eine fast 20-jährige Tradition. *TS*

Ueckermünde – Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil hat sich für den 17. Juli zu einem Bürgerdialog am Stettiner Haff angekündigt. In „Uwes Bootsverleih“ sollen Themen wie das Heizungsgesetz, die Teuerung und Inflation sowie der Ärger um LNG-Flüssiggas debattiert werden. Klingbeil ist Mitglied des Seeheimer Kreises. *TS*

„Das Wohlstandsmodell wankt bereits“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ein informierter, sachlicher Artikel – wie erfreulich!“

Johanna Jahns, Bremen
zum Thema: „Wir sind nicht allein“
(Nr. 25)



Ausgabe Nr. 26

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

RECHTSVERDREHER ZU: BAHNSCHÄDEN DURCH GRAFFITI (NR. 26)

Es ist schon erschreckend, dass in Deutschland („Im besten Deutschland, das es jemals gegeben hat“, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 3. Oktober 2020) allein über zwölf Millionen Euro für die Entfernung von Graffiti ausgegeben werden muss. Dazu kommen noch die Kosten für die Beseitigung der Vandalismus-Schäden. Insgesamt eine Summe in einer Größenordnung von rund 50 Millionen Euro pro Jahr. Als früherer Mitarbeiter/Sachbearbeiter der DB AG für solche Angelegenheiten könnte ich noch mehr dazu sagen.

Interessant (und erschwerend) kommt hinzu, dass diese Täter zumeist durch Rechtsanwälte vertreten werden, die natürlich jede Beteiligung ihrer Mandanten rundweg ablehnen. Mein Vorgesetzter hatte dazu einmal gemeint: „Fragen Sie den Rechtsanwalt K. doch einmal, ob er auch bereit wäre, unsere, das heißt die Interessen der DB AG zu vertreten.“ Daraufhin mussten wir beide lächelnd und vielsagend den Kopf schütteln.

Roland Auerbach, Osthofen

BIER AUS PONARTH ZU: NORDOSTPREUSSEN ALS FREILICHTMUSEUM (NR. 26)

Sehr geehrte Redaktion, großes Lob und besten Dank für die Publikation über die „Hüter der Ruinen“, eine der erfolgreichsten Freiwilligen-Initiativen der letzten Jahre! Ich möchte nur noch auf einen kleinen Fehler hinweisen, wenn es heißt: „Nicht weniger aktuell wird der Komplex der ehemaligen Bierbrauerei Ponarth bei Ragnit sein.“ Die Bierbrauerei Ponarth (keineswegs ehemals, denn dort wurde und wird nach wie vor Bier gebraut) steht nicht bei Ragnit am Fluss Memel, sondern im Süden von Kaliningrad im Vorort Ponarth (heute Moskowskij Stadtbezirk).

In Ragnit (heute heißt die Stadt Neman) befindetet sich die Burg, die ebenfalls

von „Ruin Keepers“ unterstützt wird. Der dortige Geschäftsmann Iwan Artjukh hat sich der Burg angenommen und baut sie auf. Sie ist jetzt schon eines der schönsten Reiseziele geworden, nicht zuletzt dank seiner Käserei „Tilsit – Ragnit“, wo natürlich auch der berühmte Tilsiter Käse wieder hergestellt wird.

Svetlana Kolbaneva, Königsberg

FATALES STARTSIGNAL ZU: DEN VERTRAG GEBROCHEN (NR. 26)

Die Etablierten haben einen Kardinalfehler begangen. Sie unterminieren das Wohlstandsmodell, es wankt bereits. Was Jahrzehnte als Maulkorb und Stillhalterfessel funktionierte, wird im allgemeinen Zerstörungswahn auch noch preisgegeben. Das ist das Startsignal für die Selbstauflösung des Systems. Also warten wir das mal ab, vorher ist ohnehin nichts mehr zu tun.

Chris Benthe, Dresden

DAS GESUNDHEITS(UN)WESEN ZU: BEITRAGSERHÖHUNGEN SOLLEN MILLIARDENLÜCKE SCHLIESSEN (NR. 25)

Jedes Jahr eine „kleine“ Beitragserhöhung? Das soll helfen, die fatalen Fehlscheidungen der Regierungen Merkel und Scholz im Gesundheitswesen zu beseitigen? Keine der bisherigen Erhöhungen hat zu echten Verbesserungen des Gesundheitswesens geführt. Bestenfalls wurde geflickt. Der Bundesfinanzminister macht es sich zu einfach, indem er erklärt, dass der Staat nicht in die Bresche springen kann. Er hat jedoch dieses Dilemma zu vertreten.

Ein Problem ist, dass in Deutschland viele Hunderttausende Menschen leben, die keiner versicherungspflichtigen/steuerpflichtigen Tätigkeit nachgehen (in sehr vielen Fällen seit Generationen). Diese Menschen erhalten die gleichen Leistungen (und mehr) wie jeder Mensch, der acht bis zwölf Stunden täglich arbeitet,

und es reicht trotz allem nicht, den Lebensunterhalt zu sichern.

Es ist schon erschreckend, wenn Doris Pfeiffer, die Chefin des Spitzenverbands Bund der Krankenkassen, über Kürzungen von Leistungen bei Behandlungen spricht. Solange in Deutschland zwingend erforderliche Operationen nicht durchgeführt werden können (Krebsoperationen, einschließlich aller dafür erforderlichen Voruntersuchungen), muss sich keiner Gedanken über Leistungseinschränkungen machen.

Im Übrigen ist die Äußerung von Frau Pfeiffer, ob alle Behandlungen immer sinnvoll und notwendig seien, ein ganz alter Zopf. Diese Diskussion gibt es seit Jahrzehnten auch zu Recht. Aber die Verantwortlichen haben sich zu keiner Zeit mit diesem Thema ernsthaft auseinandergesetzt. Genauso wie Frau Pfeiffer das Thema Leistungseinschränkung bei Behandlungen angehen will, muss sie sich auch Gedanken darüber machen, wie sinnvoll viele Medikamente sind. Aber in Deutschland hat man offensichtlich Probleme damit, zwischen zwingend und nicht erforderlichen Medikamenten zu unterscheiden.

Festzuhalten ist, dass ständige Beitragserhöhungen auf Dauer keine Milliardenlücke schließen können. Es sei denn, wir wollen das Gesundheitswesen immer weiter in den Abgrund führen.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

UNBELASTETER SPORTPLATZ ZU: TICKENDE ZEITBOMBEN IN BRANDENBURG (NR. 24)

Der Truppenübungsplatz von Jüterbog war während des Krieges noch nicht munitionsbelastet: Er wurde von uns auch als Schulsportplatz genutzt, und wir mussten dort Heilkräuter (Birkenblätter, Schachtelhalm, Schafgarbe, Heidekraut) sammeln. Wenn der Platz nicht durch die NVA genutzt wurde, können „tickende Zeitbomben“ also nur von der russischen Armee verursacht worden sein.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski

HERUNTERGEKOMMENE STADT ZU: MONTAGS IST RUHETAG (NR. 23)

Das ist eine wunderbar idyllische Beschreibung meiner Heimatstadt Marburg. Leider haben Sie übersehen, dass die Oberstadt einen erschreckenden Leerstand bei ehemals kleinen Geschäften hat, dass alle Laternenpfähle und verfügbaren Flächen mit Aufklebern der Antifa und von „StadtLandVolk“ mit übelsten Sprüchen und Rolläden bis in drei Meter Höhe mit Parolen besprüht sind, dass überall Schmutz und Müll liegt und dass diese von Links dominierte Stadt einen überaus heruntergekommenen Eindruck auf Touristen macht. *Margarete Rausch, Marburg*

KLARES STAATSVERSAGEN ZU: LINAS KAMPF (NR. 23)

Der Prozess gegen die Rädelführerin Lina E. in Dresden demonstriert das Staatsversagen. So terrorisieren Schlägertruppen der Linken Andersdenkende und können frei agieren. Daneben behindern Klimakleber den öffentlichen Verkehr und wännen sich als „Klimaschützer“ im Besitz der absoluten Wahrheit. Sie treten selbstbewusst und überheblich auf, obwohl ihre Allgemeinbildung unterirdisch zu nennen ist. Ihr Wissen über die Entwicklungsgeschichte der Welt und des eigenen Landes tendiert gegen Null.

Mit ihrer Arroganz zerstören sie Wirtschaft und damit den Wohlstand des Landes. Bildung, Fleiß, Disziplin und Ordnung sind Fremdwörter, Multikulturell ist die neue Religion. Ehrfurcht vor der Schöpfung, vor der Lebensleistung der älteren Generation und ihrer Erfahrung ist dabei unerwünscht. Gut Ausgebildete verlassen in Scharen das Land.

Und auch das Schulsystem verdient den Ausdruck „Bildungsstätte“ nicht mehr. So flüchten Lehrer aus Angst vor undisziplinierten Schülern immer öfter in die Frühverrentung.

Bärbel Ballhorn, Aschersleben

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

400 Zitate dokumentieren für alle Zeiten Lügen, Hass und Hetze während der Coronakrise

■ Immer öfter belegen wissenschaftliche Studien inzwischen, dass das Covid-19-Virus keineswegs ein tödliches Virus ist, das einen grausamen Erstickungstod zur Folge hat. Doch genau dieses Schreckensszenario diente als Rechtfertigung für radikale Einschränkungen unserer Grundrechte.

Mittlerweile ist ein klarer Zusammenhang zwischen Impfung und Übersterblichkeit erkennbar. Zigtausende Menschen wurden durch die Impfung geschädigt oder sogar getötet. Gemäß der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) sind in Europa 2 179 125 Personen betroffen. Als »Kollateralschäden« der Coronamaßnahmen wurden Hunderttausende Betriebe ruiniert und Existenzen vernichtet.

Wie konnte es so weit kommen?

Politiker, Journalisten, Wissenschaftler, Mediziner und sogar Kirchenvertreter und Künstler machten gemeinsame Sache mit Regierung und Pharmaindustrie; sie wurden zu Propagandisten der Macht. In diesem Buch nennt Werner Reichel die Namen von Überzeugungstätern, Brandstiftern, Profiteuren, Mitläufern, Claqueuren und nützlichen Idioten.

Anhand von rund 400 Zitaten illustriert er die Gefahr, die sich aus einer doktrinären Meinungseinfalt ergibt, in der Politik, Medien und Pharmaindustrie sich wohlwollend auf die Schulter klopfen und die Taschen vollmachen, während geltendes Recht und Realität negiert werden.

Ob sie kritische Geister und Ungeimpfte als »Blinddarm« bezeichnen, ihnen den Tod wünschen oder gar den Einsatz von »Flammenwerfern« fordern – der Autor dokumentiert die unfassbaren Aussagen für die Nachwelt. Denn wie so oft beginnen die Täter, zu verarmen, anderen die Schuld zu geben und Aussagen zu vertuschen. Viele Texte auf Webseiten, in Blogs und Mediatheken wurden inzwischen gelöscht.

Verewigt statt gelöscht: die wichtigsten Zeitdokumente unlöslich für Ihr Archiv!

Dieses Buch ist eine wahre Fundgrube an geradezu ungläublichen Originalzitaten. Was da an Lügen, Hetze, Hass, Opportunismus und bodenloser Dummheit herausgelassen wurde, ist sagenhaft. Es ist wichtig, dass diese ungläublichen Worthülsen mitsamt ihren Verursachern hier sozusagen für immer festgehalten werden. Sie sollten sich jedenfalls all diese Leute merken und auch das, was sie abgesondert haben.



Werner Reichel: Gegen das Vergessen gebunden • 240 Seiten • Best.-Nr. 989 300 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Corona ist erst zu Ende, wenn die Schuldigen im Gefängnis sitzen. Umso mehr, als zu befürchten ist, dass sich Vorgänge wie diese in Zukunft wiederholen werden.

HEIMAT

Neues Leben in der Königsberger Straße

Museumsprojekt vermittelt Flair der 50er und 60er Jahre – Ein Flüchtlingsiedlungshaus weckt Erinnerungen an die „gute, alte Zeit“

VON HARALD TEWS/FLMK

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in vielen neuen Siedlungen im Westen Deutschlands die Straßen nach Orten aus den Vertreibungsgebieten benannt. So wohnte man – oder wohnt noch heute – an der Sensburger Straße, an der Masurenallee oder am Stettiner Platz.

Relativ neu ist die Königsberger Straße im Freilichtmuseum am Kiekeberg, das im Landkreis Harburg an der südlichen Stadtgrenze Hamburgs liegt. Seit fünf Jahren werkelte man hier mit einem enormen Aufwand an einem Bauensemble, welches das Flair der 1950er und 60er Jahre vermittelt. Jetzt hat man Vollzug gemeldet: Die Königsberger Straße mit ihren Fertighäusern, einer Ladenzeile, einer Tankstelle und einer gelben Telefonzelle ist fertig und kann besucht werden.

Ein wie 1963 eingerichtetes Flüchtlingsiedlungshaus hat man als letztes fertiggestellt. Das fast sieben Jahrzehnte alte Haus in Tostedt im Landkreis Harburg, in dem drei Generationen wohnten, hatte das Freilichtmuseum 2021 als Ganzes an den Kiekeberg versetzen lassen. Nach umfangreichen Restaurierungs- und Einrichtungsarbeiten wurde das Gebäude und damit nun die komplette Königsberger Straße eröffnet. In der Baugruppe Königsberger Straße steht das Haus für das Ankommen von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie für den Aufbau einer neuen Existenz nach dem Zweiten Weltkrieg.

Das Erbbaupaar des Flüchtlingsiedlungshauses, Bruno und Herta Matz, stammte aus Ostpreußen. Die inhaltliche Projektleiterin Zofia Durda berichtete: „Das Haus ist vor allem fotografisch sehr gut durch die Familie Matz dokumentiert und enthielt noch Gegenstände aus den 1950er und 1960er Jahren.“

Sabine Stelzer, Tochter der Erbauer, übergab ihr Elternhaus und die Familiengeschichte dem Freilichtmuseum und resümierte zur Eröffnung: „Es ist gut, dass das Haus erhalten bleibt. Es abzureißen, wäre traurig gewesen.“ Vor allem der Selbstversorgungsgarten, in dem sie auch gern schaukelte und Federball spielte, und ihr Kinderzimmer seien ihre Lieblingsplätze gewesen.

Stelzer erinnerte sich auch daran, dass die Familie das Obst in der Sommerküche direkt weiterverarbeitete und Teile der Ernte zur Verbesserung der Haushaltskasse auch verkauft hatte. Rückblickend



Eine sehr belebte Ecke: Ein im Stil der 60er Jahre nachgebildeter Abschnitt der Königsberger Straße im Freilichtmuseum Kiekeberg

Foto: FLMK

schätzte sie das einfache Leben, vor allem die Gemeinschaft mit vielen Besuchen und Festen. Ihre Eltern wohnten im Erdgeschoss des Wohnhauses und sie sowie die Großeltern im Obergeschoss.

Transloziertes Wohnhaus

2021 ließ das Freilichtmuseum am Kiekeberg das 170 Tonnen schwere, anderthalbgeschossige Massivhaus mit Satteldach translozieren, das heißt, ins Museum versetzen. Über vier Tage und eine Strecke von 32 Kilometern wurde das Haus ins Museum transportiert, wie die Museumsarchitektin und bauliche Projektleiterin Theda Boerma-Pahl verriet.

Ebenfalls an den Kiekeberg umgesetzt wurde der 1956 gebaute, freistehende Stall, in dem die Familie zwei Schweine, Hühner und Kaninchen hielt. In dem Stall, der sich neben dem Haus befand und nun auch am Kiekeberg zu sehen ist, waren außerdem eine Räucherammer sowie eine Futter- und Waschküche.

Mit dem Projekt „Königsberger Straße – Heimat in der jungen Bundesrepublik“ hat das Freilichtmuseum am Kiekeberg bundesweit Einmaliges geschaffen: Fünf

Häuser mit ihren Ausstellungen und Gärten, ein Spielplatz, Straßenlaternen, Verkehrsschilder und eine Telefonzelle erzählen Zeitgeschichte von 1949 bis 1979 auf dem Dorf. Zehn Jahre Planungs- und Forschungszeit sowie eine fünfjährige Bauphase liegen hinter dem Museumsteam.

Elf Institutionen haben das auf 6,14 Millionen Euro angelegte Projekt unterstützt. Der Förderverein des Freilichtmuseums, der stolze 13.500 Mitglieder zählt, beteiligte sich mit 72.000 Euro an dem Bau. André Novotny, Vorstand der Stiftung, erklärte: „Wir haben die Königsberger Straße gefördert, weil so den nachfolgenden Generationen ein Stück Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts aus der Nachkriegszeit erlebbar nahegebracht wird.“

Die bundesweite Strahlkraft wurde auch durch die Förderung von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in Höhe von 3,84 Millionen Euro deutlich. Kulturstaatsministerin Claudia Roth, die sich sonst gern bei solchen öffentlichkeitswirksamen Auftritten sonnt, blieb der Eröffnung der Königsber-

ger Straße allerdings fern und ließ sich durch eine Referatsleiterin vertreten. Sie erklärte, dass Roth das Projekt gern unterstützt habe und es eines der schönsten Bauprojekte sei, die die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien fördere: „Die Königsberger Straße stellt informativ und eindrücklich die großen Fluchtbewegungen der Nachkriegszeit dar und hat in dieser Form eine bundesweit modellhafte Wirkung.“

Rekonstruierte Vergangenheit

Das Land Niedersachsen gab sich auch nicht knausrig und unterstützte das Projekt mit 600.000 Euro. Beim Festakt ließ Corinna Fischer, Abteilungsleiterin Kultur des niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, wissen, dass sie selbst in so einem Siedlungshaus in den 1970er Jahren groß geworden sei. Die Geschichte nach 1945 sei „Teil unserer Landesgeschichte“, betonte sie, und die Erinnerung daran könne Vorbild sein für die heutige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.

Nadja Weippert, stellvertretende Landrätin des Landkreises Harburg und

Mitglied des niedersächsischen Landtags, sieht im Freilichtmuseum ein Aushängeschild für den Landkreis Harburg: „Hier lässt sich Geschichte hautnah erleben.“ Das Projekt habe eine Bedeutung, die weit über den Landkreis hinausrage, da es ein Spiegelbild der bundesdeutschen Historie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die 1970er Jahre biete. Auch sie berichtete von Fluchterfahrungen aus ihrer Familie: Ihre Großeltern hätten aus Bessarabien gestammt, und ein Kriegstrauma wie die Vertreibung sei auch an deren Küchen-tischen Themen gewesen.

Bei vielen Besuchern werden sicher ähnliche Erinnerungen an die eigene familiäre Herkunft aufkommen, wenn sie diese rekonstruierte Vergangenheit am Kiekeberg hautnah miterleben. Wenn jene auf diese Weise nicht in Vergessenheit gerät, dann hat die Königsberger Straße ihren Zweck erfüllt.

● Freilichtmuseum am Kiekeberg, 21224 Rosengarten-Ehestorf, aktuell geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 11 Euro, Telefon (040) 7901760 www.kiekeberg-museum.de

BERNSTEIN

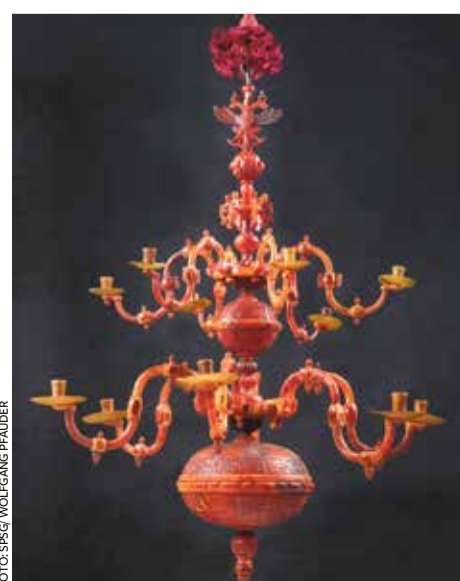
Rarität aus Ostpreußen

Schlossmuseum Oranienburg präsentiert einzigartigen Bernsteinkronleuchter – Weltweit gibt es davon nur zwei weitere Exemplare

Das Schlossmuseum Oranienburg nördlich von Berlin ist um eine Attraktion reicher: Ab sofort präsentiert die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) hier ihren Bernsteinkronleuchter dauerhaft der Öffentlichkeit. 2001 zuletzt ausgestellt, befand sich dieses Objekt der Schatzkunst, welches um 1650 in Königsberg hergestellt wurde und von herausragender kunsthandwerklicher Qualität ist, mehr als 20 Jahre im Depot. International sind nur zwei weitere Exemplare aus Bernstein bekannt, die beide im Schloss Rosenborg in Kopenhagen verwahrt werden. Der Kronleuchter der SPSG ist dabei das einzige Beispiel, dessen Arme ganz aus dem kostbaren Werkstoff gefertigt sind.

Der Kronleuchter stammt aus der Sammlung von Baron Mayer Amschel de Rothschild (1818–1874) und wurde 1977 mit Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie von der West-Berliner Schlösserverwaltung bei Sotheby's ersteigert. Er repräsentiert beispielhaft die große Bernsteintradition des Hauses Brandenburg-Preußen, an die nach 1945 kein einziges Objekt in der Sammlung mehr erinnerte. Da der Kronleuchter zum Zeitpunkt des Erwerbs in sehr schlechtem Zustand war, wurden zunächst umfassende Restaurierungsmaßnahmen vorgenommen. Von 1983 bis 2001 hing er im Schloss Charlottenburg, ehe er ins Depot wanderte.

Aufgrund der reichen Bernsteinvorkommen im südlichen Ostseeraum sam-



1650 in Königsberg hergestellt: Leuchter

melten und verschenkten die Hohenzollern in der Frühen Neuzeit zahlreiche Kunstobjekte aus dem seltenen Material. Am bekanntesten ist das Bernsteinzimmer, welches König Friedrich Wilhelm I. in Preußen dem Zaren Peter dem Großen von Russland übereignete.

Auch Kronleuchter aus dem fossilen Baumharz wurden als diplomatische Geschenke überreicht und waren als Kammerstücke hochgeschätzt. Sie wurden allerdings nie als Beleuchtungskörper verwendet. Eine Benutzung wäre wegen ihres überaus leichten und deshalb nicht belastbaren Gewichts ein zu großes Risiko gewesen. Der Bernstein wird jedoch wegen seiner leuchtenden Farben sowie seiner Brennbarkeit seit der Antike mit der

Sonne und dem Element Feuer assoziiert. Tatsächlich leitet sich sein Name sogar vom mittelniederdeutschen Verb „bernen“ ab, „brennen“.

Vorbild für den Bernsteinkronleuchter im Schlossmuseum Oranienburg war der im 17. Jahrhundert häufigste Leuchtertypus, der sogenannte Flämische Messingkronleuchter. Dieser besteht aus einem zentralen Schaft mit runden Segmenten unterschiedlicher Größe, in den geschwungene Arme und Zierelemente, sogenannte Reflektoren, eingehängt werden. Als Bekrönung verbreitet ist ein heraldischer Adler. Im Grotteskensaal des Schlossmuseums wird der Kronleuchter in einer eigens dafür angefertigten Vitrine ausgestellt.

tws/SPSG

● FÜR SIE GELESEN

Sentimentaler Spürhund

Wenn berühmte Schriftsteller andere Autoren empfehlen, ist meist Vorsicht geboten. „Eine höllisch gute Geschichte. Fünf Winter hat mich umgehauen“: Mit diesen Worten preist der Horror-Großmeister Stephen King das 500-seitige Epos seines amerikanischen Landsmanns James Kestrel an. James wer? Der Name des Autors dürfte den Wenigsten etwas sagen. Bei dem Namen handelt es sich um ein Pseudonym des Autors und Anwalts Jonathan Moore.

Doch nach der rasanten Lektüre des nur im Mittelteil etwas lahmen Romans, der eine Mischung aus Kriegsbuch, Liebesgeschichte und Krimi darstellt, dürfte sich dies ändern. Kestrel sollte man sich vormerken für weitere Bücher.

„Fünf Winter“ setzt Ende November 1941 in Honolulu ein mit einem schrecklichen Doppelmord an einem jungen Amerikaner, dem Neffen des Oberbefehlshabers der US-Pazifikflotte, und seiner japanischen Geliebten. Mit der Aufklärung des Mordes wird John McGrady, ein Detektiv beim Honolulu Polizeidepartment, beauftragt.

Zwischen Honolulu und Tokio

Der Protagonist ist ein Sympathieträger. In der Tradition von Raymond Chandlers Privatdetektiven Philip Marlowe ist McGrady ein harter Junge und hoffnungslos sentimental. Seine Spannung bezieht das Buch nicht daraus, wie der Mord aufgeklärt wird. Denn der Täter steht relativ früh fest. Seine Faszination gewinnt der Roman dadurch, wie McGrady seiner Spur folgt. Sie führt ihn nach Hongkong und Tokio und nach Ende des Zweiten Weltkrieg wieder zurück nach Honolulu.

Während einige Figuren etwas blass wirken, nimmt der liebesranke und sehr um Gerechtigkeit kämpfende Protagonist den Leser für sich ein. Er ist einfach ein guter Kerl. Es ist überhaupt eine Stärke des Buches, dass der Autor seine Figuren nicht verurteilt, ob es sich nun um Prostituierte oder ehemalige Kriegsgegner handelt. Nach dem Angriff der Japaner auf Pearl Harbour wird McGrady in Hongkong gefangen genommen und kann sich nur mit Hilfe eines japanischen Diplomaten retten, der ihn in seinem Haus versteckt.

Faire Darstellung der japanischen Gesellschaft

Dieser Teil des Buches ist vielleicht etwas zu lang geworden. Der Autor nimmt nach dem rasanten Beginn spürbar die Spannung raus. Dafür überzeugt die faire und eindringliche Darstellung der japanischen Gesellschaft in den frühen 1940er Jahren.

Der sentimentale Spürhund ist nicht nur auf der Suche nach dem Täter, sondern nach der großen Liebe. Das Ende des Romans, das hier nicht verraten werden soll, werden manche als besonders eindringlich, manche – wozu sich auch der Rezensent zählt – als etwas zu bombastisch empfinden. Insgesamt eine klare Leseempfehlung.

Ansgar Lange



James Kestrel: „Fünf Winter“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2023, gebunden, 498 Seiten, 20 Euro

Kochen mit Unverträglichkeiten

Laktose, Fruktose, Gluten, Histamin und Sorbit – Essen ohne diese Allergene ist für immer mehr Menschen wichtig

FOTO: SHUTTERSTOCK



Gut verträgliche Rezepte Die Ökotrophologin Bettina Snowdon hat in ihrem Kochbuch „111 Rezepte bei Nahrungsmittelunverträglichkeiten“ zusammengestellt. Im ersten Teil erklärt sie, was Unverträglichkeiten sind

und wie sie sich auswirken. Die anderen Seiten enthalten Rezepte zu den Haupt-, Zwischenmahlzeiten und Getränken. Wer sehr stark auf ein Allergen reagiert, sollte die Rezepte für sich immer überprüfen. CRS



Bettina Snowdon: „111 Rezepte bei Nahrungsmittelunverträglichkeiten“, Humboldt Verlag, Hannover 2022, gebunden, 184 Seiten, 20 Euro

ZEITGESCHICHTE

„Weltliteratur trifft Weltgeschichte“

Uwe Neumahr hat ein spannendes Buch über die bei den Nürnberger Prozessen anwesenden Journalisten und Schriftsteller geschrieben

VON DIRK KLOSE

Als am 18. Oktober 1945 in Nürnberg das alliierte Militärtribunal gegen höchste NS-Funktionäre begann, strömten Pressevertreter aus aller Welt in die zerbombte Stadt. Die US-Army richtete für sie ein Presse Camp in einem requirierten Schloss ein, einem Besitz der Bleistiftdynastie Faber-Castell. Das Camp bestand bis zum Ende der nachfolgenden Prozesse 1949.

Der Publizist Uwe Neumahr hat die Geschichte dieses Camps während des Hauptprozesses in dem Buch „Das Schloss der Schriftsteller“ am Beispiel zahlreicher angereicherter Schriftsteller erzählt. „Weltliteratur trifft Weltgeschichte“ schreibt er. Die Anwesenheitsliste gleicht einem Who is Who der damaligen Journalisten- und Kulturszene: John Dos Passos, Ilja Ehrenburg, Erika Mann, Rebecca West und William Shirer, von deutscher Seite unter anderem Erich Kästner, Willy Brandt, Markus Wolf oder Peter de Mendelssohn.

Wegen der unerwarteten Menge mussten die Journalisten teils zu zehnt auf Feldbetten in einem Raum campieren und sich zwei Badezimmer teilen. Verpflegt wurden sie mit Kartoffeln aus Büchsen. Abends floss der Alkohol in Strömen, und alle weltanschaulichen Schranken fielen.

Der Autor porträtiert kurz das aus Vertretern der Siegermächte bestehende Richterkollegium und die ähnlich zusammengesetzte Anklage. Danach schildert er an elf Beispielen, fast schon Psychogram-

men vergleichbar (unter anderem Dos Passos, Erika Mann, Rebecca West, Martha Gellhorn, Elsa Triolet), deren Prozessbesuche und Reaktionen.

Viele mussten sich, sagt er, einen „emotionalen Panzer“ zulegen, um das Gehörte und auf Filmen gesehene Grauen auszuhalten. Entsprechend unterschiedlich waren die Reaktionen. Der US-Autor Dos Passos war einer der wenigen, die zu Nachsicht mit den Deutschen neigten. Die meisten anderen aber besaßen tiefer Hass. Zuletzt schildert Neumahr das (vergebliche) Bemühen von Thomas Manns Sohn Golo um Freilassung des in Spandau inhaftierten Rudolf Heß. Er geriet dabei in Gegensatz zu seiner unversöhnlichen Schwester Erika, wie überhaupt dieses Kapitel eine subtile Studie über die Familie Mann in jener Zeit ist.

Ergänzend wäre eine Zeittafel zu allen Prozessen bis 1949 sinnvoll gewesen. Auch wünschte man, die vorgestellten Personen aus ihren Reportagen selbst sprechen zu lassen, so spannend viele biographischen Angaben auch sind. Es waren doch Edelfedern, die damals dort waren. Gleichwohl, ein sehr gelungenes Buch.



Uwe Neumahr: „Das Schloss der Schriftsteller. Nürnberg '46 Treffen am Abgrund“, C.H. Beck Verlag, München 2023, gebunden, 304 Seiten, 26 Euro

VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG

Was die Eltern nicht erzählten

Der Journalist Sebastian Schoepp schildert, welchen Herausforderungen er sich stellen musste, als Vater und Mutter pflegebedürftig wurden

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Der Titel „Seht zu, wie ihr zurechtkommt“ war gleichsam das Lebensmotto von Sebastian Schoepps Mutter, einer resoluten Frau, die durch die Kriegserlebnisse ihrer Jugend geprägt wurde. Ihrem Sohn erschien sie stets streng und unnahbar. Schoepp ist ein typischer Vertreter der Babyboomer-Generation. Aufgewachsen in bürgerlicher Umgebung im Eigenheim außerhalb Münchens, erlebte er den beruflichen Aufstieg des Vaters, den engstirnigen Erziehungsstil dieser Zeit, und er war froh, dass sein Studium ihn dieser spießbürgerlichen Welt entriß.

Der 1964 geborene Schoepp studierte in München Kommunikationswissenschaften, Romanistik und Amerikanistik. Er war lange Jahre als Redakteur für die „Süddeutsche Zeitung“ tätig und berichtete über Spanien und Lateinamerika. Darüber hinaus war er als Dozent an der Universität Barcelona tätig. Als Journalist war er viel im Ausland unterwegs. Er sah in sich einen weltgewandten Kosmopoliten.

Gerade hatte er einen Auftrag erhalten, der ihn nach Buenos Aires führen sollte, als ihn die Nachricht erreichte, dass seine Mutter „umgekippt“ sei und im Krankenhaus liege. Als ihm klar wurde, dass es sich um eine ernstere Sache handelte und die Eltern nun nicht mehr alleine zurechtkommen würden, sagte er kurzentschlossen seinen Auslandsaufenthalt ab, was ihn die Beziehung mit seiner lateinamerikanischen Freundin kostete.

Ab diesem Zeitpunkt musste sich der einzige Sohn nolens volens mit der Pflege seiner Eltern beschäftigen. Als Angehöriger der Kriegskindergeneration daran gewöhnt, nicht zu jammern und die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, hatten sie offenbar keinen Gedanken ans Altern verschwendet und keine Vorsorge getroffen, was bedeutete, dass der Sohn einem Spießrutenlauf gleich alle Hürden, die das verbürokratisierte Pflegesystem bereithält, allein überwinden zu müssen.

Auf einfühlsame Weise gelingt es Schoepp, die Biographien der Eltern mit ihrer Zeitgeschichte zu verknüpfen, wobei er sich auf eigene Recherchen, Vermutungen und Reflexionen stützen musste, da in der Familie eisiges Schweigen über die Vergangenheit herrschte, abgesehen von ein paar Kriegsanekdoten, die der Vater hin und wieder erzählte.

Im Vorwort schreibt Heribert Prantl, dass Schoepp keine Grenzen über intime Augenblicke im Leben der Verstorbenen überschreitet. Dem ist nur zuzustimmen. Es ist ein Resümee der eigenen Verwobenheit mit der Geschichte seiner Vorfahren, das sich überdies spannend liest.



Sebastian Schoepp: „Seht zu, wie ihr zurechtkommt. Was die Kriegsgeneration in uns hinterlässt“, Westend Verlag, Frankfurt am Main 2023, Taschenbuch, 317 Seiten, 14 Euro

EVANGELISCHE KIRCHE

Des einen Freud, des anderen Leid

Vor 250. Jahrestag fand in Allenstein der erste protestantische Gottesdienst statt – Festakt in der Burg

VON UWE HAHNKAMP

Ende Mai feierte die evangelisch-augsburgische Gemeinde in Allenstein das 250. Jubiläum des ersten evangelischen Gottesdienstes in der Stadt. Ein Schwerpunkt lag dabei auf dem 26. Mai, denn genau an diesem Tag versammelten sich im Jahr 1773 die ersten Gläubigen zu diesem Gottesdienst – in der Burg in Allenstein.

Es waren damals etwa 200 Personen, die im Refektorium der Allensteiner Burg, dem heutigen großen Vortragssaal des Museums von Ermland und Masurien, das in der Burg seinen Sitz hat, zusammenkamen. Den Gottesdienst zelebrierte Pfarrer Zach aus Hohenstein. In der Burg fand das Ereignis deshalb statt, weil die Protestanten damals noch keine Kirche hatten.

Des einen Leid ist des anderen Freud. Es gab noch keine evangelische Kirche, da Allenstein nach der Säkularisierung des Deutschordensstaates 1525 im katholisch gebliebenen Fürstbistum Ermland lag, dessen Bischöfe keine protestantischen Ansiedlungen zuließen. Durch die Erste Teilung Polens im Jahr 1772, die das Verschwinden Polens von der Landkarte Europas einleitete, fiel das katholische Bistum Ermland und damit auch Allenstein ans protestantische Preußen. Ein Jahr später wurde dann der erste evangelische Gottesdienst in Allenstein gefeiert.

Den Beginn einer richtigen evangelischen Gemeinde verlegt Pfarrer Lukasz Stachelek jedoch eher ins Jahr 1793, also zwanzig Jahre später. „Bis dahin fanden zwar regelmäßige Gottesdienste und Unterricht in der Burg statt, die Versammlung der Gläubigen hatte aber keinen eigenen Pfarrer“, erklärte der jetzige Propst der evangelisch-augsburgischen Christus-Erlöser-Kirche bei der Burg in seiner Einleitung zum Festvortrag, „erst als Reinhold Hein am 6. Juni 1793 ordiniert wurde, wurde die Gemeinde formell von der Kirchenleitung in Königsberg anerkannt“.

Der Schritt ins Stadtzentrum

Dieser erste Pfarrer ist auch für seine Entdeckungen auf der Allensteiner Burg bekannt. Während die Veranstaltungen der



Festveranstaltung in der Burg: Im Refektorium fanden vor 250 Jahren Gottesdienste statt

Foto: U.H.

Gemeinde im Refektorium stattfanden, bewohnte Reinhold Hein die Räume daneben – wie früher einmal Nikolaus Kopernikus. Pfarrer Hein fand unter anderem Schriften und Geräte von Kopernikus und veröffentlichte Berichte zu diesen Funden.

Die knapp 105 Jahre, die sich das Leben der evangelischen Gemeinde auf der Allensteiner Burg abspielte, nahm am 26. Mai im bereits erwähnten großen Saal der Burg der Professor Andrzej Rzepoluch in einem reich bebilderten Festvortrag unter die Lupe. Doch die Räume wurden zu eng, die evangelische Gemeinde bemühte sich – lange Zeit vergeb-

lich – um den Bau einer eigenen Kirche. 1825 kaufte sie das Haus am Allensteiner Marktplatz, das bis heute das Pfarrhaus der Gemeinde beherbergt, acht Jahre später die Parzelle zwischen Marktplatz und Burg als Baugrund für eine Kirche.

Schritte in die Zukunft?

Erbaut wurde die heutige evangelisch-augsburgische Kirche aber erst 50 Jahre später, von 1876 bis 1877. Durch den Anschluss Allensteins an die Eisenbahn und die aus anderen Teilen Preußens, später des Deutschen Reiches, zuwandernden Verwaltungsbeamten und Soldaten wuchs die Zahl der Protestanten in der

Stadt deutlich an. 1899 lag das Fassungsvermögen der Kirche bei 600 Personen, was aber damals bereits zu gering war. Die evangelische Gemeinde hatte später vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 14.000 Mitglieder in 121 Ortschaften und noch zwei weitere Gotteshäuser in Allenstein: die Garnisonskirche und die Kapelle auf dem evangelischen Friedhof. Zum Vergleich: Heute sind es in der gesamten Diözese Masurien nur noch etwa 5000 Gläubige.

In der Christus-Erlöser-Kirche fand am 27. Mai der Jubiläumsgottesdienst statt, am Abend folgte dort ein Konzert. Und ebenfalls dort klangen die Feierlich-

keiten am 28. Mai mit dem regulären Gottesdienst aus. Gerade das Konzert zeigte eine der Chancen auf, welche die evangelische Gemeinde bei der geringen Zahl an Mitgliedern für die Zukunft hat. Dank der Kooperation mit dem Städtischen Kulturzentrum gibt es in der Kirche regelmäßig Veranstaltungen, mit der Stadt Allenstein arbeitete die Gemeinde beim Projekt „Park der Erinnerung Stadtmitte“ zusammen, in Stabigotten gibt es im Kulturhaus, der früheren evangelischen Kapelle, alle paar Monate einen Gottesdienst – in solchen Netzwerken kann sie noch viele weitere Jahre für ihre Mitglieder und die Stadt Allenstein wirken.

BUNDESVERTRIEBENENGESETZ

Meilenstein auf dem Weg zur gesellschaftlichen Gleichstellung

Vor 70 Jahren wurde das BVFG verabschiedet – Vertriebene wirkten entscheidend mit

Vor 70 Jahren, am 5. Juni 1953, trat das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) in Kraft, nachdem der Deutsche Bundestag es zuvor am 19. Mai verabschiedet hatte. Es gilt als Abschluss der westdeutschen Vertriebenengesetzgebung nach dem Zweiten Weltkrieg und als wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zu sozialer und wirtschaftlicher Gleichstellung.

„Die Vertriebenengesetzgebung insgesamt, aber insbesondere das Bundesvertriebenengesetz ist die konsequente politische Umsetzung dessen, was bereits in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 als Forderungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu ihrer Eingliederung in die Nachkriegsgesellschaft enthalten ist“, erklärte der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Bernd Fabritius, zu diesem Anlass.

„Dies wurde maßgeblich dadurch möglich, weil die Vertriebenen selbst

diesen Weg und somit auch die Gesetzgebung entscheidend mitgestalten konnten“, so Fabritius weiter.

„Sie nahmen als Binnenvertriebene ihre staatsbürgerlichen Rechte wahr, engagierten sich in Interessensverbänden und beteiligten sich an der politischen Willensbildung, auch in Parteien“, erinnerte der BdV-Präsident. Damit hätten die Vertriebenen großen Anteil an Deutschlands Weg in eine sichere und friedliche Zukunft.

Kulturparagraf mit herausgehobener Rechtsqualität

Große Weitsicht sei damals mit der Aufnahme des sogenannten Kulturparagrafen 96 bewiesen worden. Dessen Aufträge laut Gesetzestext sind der Kulturerhalt „im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes“ sowie die wissenschaftliche Erforschung und die „Wei-

terentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge“. Sie haben im Laufe der Jahrzehnte immer größere Relevanz erhalten.

In Einigungsvertrag eingeflossen

„Es gab gute Gründe dafür, dass gerade diese Inhalte 1990 sogar in den Einigungsvertrag eingeflossen sind, zumal eine Übertragung von Kriegsfolgesetzen auf die neuen Länder ansonsten nicht erfolgte“, so Fabritius.

„Dadurch erhielt die Sicherung, Erforschung und Fortentwicklung unseres Kulturerbes nochmals eine herausgehobene Rechtsqualität sowie eine besondere Bestandskraft. Für uns als BdV ist es daher wichtig, dass der Bund und sämtliche Bundesländer dieser gesetzlichen Verantwortung vollumfänglich nachkommen und die Arbeit auch in Krisenzeiten angemessen fördern.“

Insgesamt sei die Geschichte des Bundesvertriebenengesetzes auch deswegen eine Erfolgsgeschichte, weil der Gesetzgeber es – oft auf Ratschlag des Bundes der Vertriebenen und seiner Mitglieder hin – immer wieder den wechselnden Gegebenheiten angepasst habe.

Aufnahme und Eingliederung bleibt Zukunftsaufgabe

„Wie wichtig dieser stete Austausch ist, zeigt sich aktuell in der Aufnahme und Eingliederung der Aussiedler und Spätaussiedler. Im Dialog mit dem Bundesinnenministerium und dem Bundesverwaltungsamt ist es uns gelungen, Fehlentwicklungen zu thematisieren und eine nochmalige Änderung des Bundesvertriebenengesetzes anzuregen, um das Problem des sogenannten Gegenbenennens zu lösen.“

Diese Gesetzesänderung muss und soll bald kommen. Im Dialog ist deutlich geworden, dass die Bundesregierung an der Verantwortung für das Kriegsfolgen-schicksal festhält. Das Tor nach Deutschland für unsere Landsleute muss offenbleiben!“

Abschließend erinnerte der BdV-Präsident an Bundeskanzler Willy Brandt, der das BVFG seinerzeit mit folgenden Worten besonders gewürdigt hatte: „Unser Staat und unsere Wirtschaft stünden nicht dort, wo sie heute stehen, wenn ihnen nicht so starke Kraftströme durch die vertriebenen Landsleute zugeflossen wären. Unsere Demokratie wäre nicht krisenfest, wenn sie nicht von den Vertriebenen und Flüchtlingen mitgestaltet und mitgetragen würde.“

„Dem ist auch aus heutiger Sicht nichts hinzuzufügen“, so BdV-Präsident Bernd Fabritius. *BdV*

● AUFGESCHNAPPT

Nachdem weltweit Notenbanken in den vergangenen Jahren Rekordmengen an Gold aufgekauft haben, kam nach Verkündung der Russlandsanktionen infolge des Ukrainekriegs ein weiterer Trend hinzu: 2020 hielt nur die Hälfte der Zentralbanken Gold im Inland. Sie hielten ihre Goldreserven stattdessen über ETFs oder andere Wertpapiere, die Gold bloß abbildeten, das in physischer Form in anderen Ländern gelagert wurde. Eine Umfrage des Vermögensverwalters Invesco, von der die „FAZ“ berichtet, ergab nun, dass mittlerweile 68 Prozent der nationalen Währungshüter einen Teil ihrer Goldreserven im Inland halten, Tendenz steigend. Die Entwicklung wird auf einen Vertrauensverlust zurückgeführt: Nach dem Angriff Moskaus auf die Ukraine haben westliche Länder beschlossen, Russlands Zentralbank den Zugriff auf russische Reserven in Höhe von 300 Milliarden US-Dollar zu verweigern, die im Westen lagern. Dieses Vorgehen lässt offenbar viele Länder zweifeln, wie sicher ihre Anlagen im westlichen Ausland noch sind. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Für Nico Fried muss der Einspruch des Bundesverfassungsgerichts gegen das Heizungsgesetz Anlass geben für eine gründliche Zäsur der Politik der Ampel, wie er im „Stern“ (6. Juli) fordert:

„Olaf Scholz, Robert Habeck und Christian Lindner und der Rest der Koalition müssen begreifen, dass Karlsruhe viel mehr gestoppt hat als nur ein formales Gesetzgebungsverfahren. Die ganze Art der Ampel, Politik zu machen, muss jetzt einmal grundlegend überprüft werden.“

Noch drastischer formuliert es Jan W. Schäfer in der „Bild“-Zeitung (6. Juli):

„Zu keiner Zeit wurde man beim Heiz-Gesetz den Verdacht los: Irgendwas ist faul. Die Ampel will gar nicht, dass die Bürger genau wissen, was auf sie zukommt ... Jetzt stehen SPD, Grüne und FDP völlig blamiert da. Ausgerechnet den Parteien, die stets auf gegenseitigen Respekt und Bürgerrechte pochen, halten die Bürgervertreter in Karlsruhe den Spiegel vor. Den Spiegel des Versagens.“

Gegenüber dem Magazin der „Frankfurter Allgemeinen“ (Juli 2023) ärgert sich Fürstin Gloria von Thurn und Taxis über die deutsche Energiepolitik:

„Ich kann nicht nur, weil die in Berlin das jetzt wollen, so und so viel CO₂ senken und damit ganze Kohorten von Menschen in die Armut schicken. Das ist Ideologie und Machbarkeitswahn, dass die Menschen glauben, sie können alles berechnen und beherrschen.“

Der Migrationsforscher Stefan Luft von der Uni Bremen mahnt gegenüber der „Bild“-Zeitung (10. Juli) zur Ehrlichkeit in der Asyl- und Einwanderungsdebatte:

„Konflikt-Import gehört untrennbar zur Migration. Hierüber darf man die Menschen nicht im Unklaren lassen. Wer Kritiker der Gewaltexzesse in Hessen und im Ruhrgebiet als Rassisten ausgrenzt, eskaliert die Lage weiter.“

Fritz Goergen betrachtet bei „Tichys Einblick“ (10. Juli), was die Fixierung auf eine „Brandmauer“ gegen die AfD mit den handelnden Parteien wirklich macht:

„Parteien, die ihr Handeln danach orientieren, wie sie die AfD schwächen könnten, oder was sie lassen müssten, um die AfD nicht zu stärken, sind strategisch nicht satisfaktionsfähig und taktisch kampagnuntauglich. Eine Partei, die ihre Strategie und Taktik danach ausrichtet, wie sie sich von einer anderen Partei abgrenzt, hat die Kontrolle über den eigenen Standort verloren, aufgegeben oder nie gehabt. Der eigene Standort ergibt sich nur aus Positionen in der Sache. Aus ihnen wird klar, wer für Freiheit durch Recht ist und wer nicht.“

● WORT DER WOCHE

„Eine Nation, für die keiner kämpfen will, ist zum Scheitern verurteilt.“

Muamer Bećirović, Historiker, in der „Berliner Zeitung“ vom 10. Juli zum Verfall der Moral in unserer Zeit

DER WOCHENRÜCKBLICK

„Demokratie“ mal neu denken

Wie die Hitzekrise Corona beerbt, und warum die Grünen auf den ganzen Zank keine Lust mehr haben

VON HANS HECKEL

Zugegeben: Der Verfasser dieser Zeilen gehört nicht gerade zu den Leuten, die mit Hitze gut umgehen können. Schon lange vor Erreichen der 30-Grad-Schwelle geht es abwärts mit mir. Dagegen gibt es welche, die damit gar keine Probleme haben, denen es gar nicht heiß genug werden kann.

Dazu zählt auch ein ganzes Netzwerk grüner Lobbygruppen, welches das Thema „Hitzeschutz“ auf den Schild hebt, weil es entdeckt hat, was man damit alles für alte grüne Forderungen nach vorne bringen kann. Schon geht es um die Abschaffung von Parkplätzen in Städten, weil die Flächen die Erhitzung förderten. Möglicherweise kommt bald jemand auf die Idee, Fahrverbote zu erlassen, um die Metropolen vom „hitzetreibenden Individualverkehr“ zu entlasten.

Dass große rabenschwarze Solarzellenanlagen auf dem Lande mehr zur Erwärmung der Umgebung beitragen könnten als das grüne Feld, das da vorher war, kommt in der Debatte natürlich nicht vor. Führt in die falsche Richtung. Aus demselben Grunde mag man auch nicht über die Auswirkungen des massenhaften Windradausbaus auf das lokale und regionale Klima sprechen (PAZ-Umweltautorin Dagmar Jestrzemska hat da ja schon einiges publiziert). Doch wenn es darum geht, die persönliche Freiheit im Allgemeinen und das Autofahren im Besonderen zu beschneiden, dann ist das Hitzethema ein äußerst willkommener Gast.

Es gibt interessante Parallelen zur Corona-Debatte. Auf einmal geistern apokalyptisch hohe Zahlen von jährlichen „Hitzetoten“ durch die Medien. Dabei übersteigt die Zahl der öffentlich als „Hitzetote“ verbuchten Fälle um Längen die Menge jener, die tatsächlich und nachweislich an zu hohen Temperaturen gestorben sind (siehe Meldung Seite 4).

Na? Erinnert Sie das an etwas? Genau, es ist wie weiland die Unterscheidung „an“ oder „im Zusammenhang mit“ Corona verstorben – auch diese beiden Zahlen gingen kilometerweit auseinander. Doch in den Nachrichten hörten wir stets nur die horrende Menge an „in Zusammenhang mit“ Corona Verblichenen, die in der medientypischen Verkürzung dann praktischerweise als „Corona-Tote“ tituliert wurden, womit jede Differenzierung zwischen „an“ und „mit“ erfolgreich ver-

wischt war. Genauso machen sie es heute wieder. „Zwar sind die meisten Hitzetoten an einer Vorerkrankung gestorben, doch die Hitze hat den Körper zusätzlich belastet“, lesen wir in einer dpa-Meldung, die das ZDF im Internet verbreitet.

Dass selbst kleinste Zusatzprobleme, die gesunden Menschen nichts anhaben können, bei bereits schwer Erkrankten den letzten Ausschlag zum Ableben geben können, ist eine Binsen. Vor Corona kam niemand auf die Idee, das zur Begründung zu nehmen für Regeln, die das Leben sehr vieler oder sogar aller einschränken. Das Gerede von dringend gebotenen, allgemeinen „Hitzeschutz“-Maßnahmen ist daher Wasser auf die Mühlen derer, die den Verdacht hegen, dass die Corona-Maßnahmen nur die Generalprobe waren für die Aussetzung von Freiheitsrechten mit hergeholtten Argumenten. Mal sehen, wie viel Wasser Karl Lauterbach und seine Flotte von „Experten“ und interessierten NGOs sprudeln lassen.

Die AfD jedenfalls, deren steiler Aufstieg bei den Umfragen im Moment ein wenig zu stagnieren droht, darf hoffnungsfroh in die Zukunft blicken, wenn Lauterbach in Corona-erprobter Manier loslegt beim „Hitzeschutz“. Derweil kommt man in Berlin immer noch nicht raus aus dem verzweifelten Grübeln über die Gründe für das „blaue Wunder“. Worin die Ratlosigkeit wurzelt? Vielleicht darin, dass man es sich strikt antrainiert hat, den Elefanten im Raum nicht einmal dann zur Kenntnis zu nehmen, wenn er einen bereits erdrückt. So will man nach den rasant zunehmenden Messerattacken über alles Mögliche reden, nur auf gar keinen Fall über die Asyl- und Einwanderungspolitik. Diese Politik hat angeblich auch überhaupt keinen Einfluss auf die Lage am Wohnungsmarkt. Nein, nein, wer das „vermengt“, der ist ein ... ach Sie kennen ja die Etiketten.

Höcke – oder ein Kommunist?

Dieses notorische Ausblenden ist dermaßen zum allgemeinen Reflex versteinert, dass es nun auf allen möglichen Gebieten Anwendung findet. Da fragen wir uns noch einmal, warum „die Politik“ die Probleme des Landes nicht in der Griff bekommt und stattdessen immer neue draufpackt.

Hinzu kommen parteitaktische Schnitzer, bei denen man sich kneifen muss, um zu glauben, dass sie wirklich passiert sind. Thüringens Ex-CDU-Landeschef Mike Mohring

phantasiert während einer Bootsfahrt auf der Spree öffentlich über eine Zusammenarbeit der Christdemokraten mit der Linkspartei. Hat er die Wahl von Sonneberg verschlafen? Wenn ja, hätte man dem Mann nicht erzählen können, wie da gerade eine blockflötige Allparteienfront gegen die AfD gescheitert ist? Wenn sich Thüringens Union an Mohrings sagenhafte Eingebung hält, dann haben die Bürger des Freistaats im kommenden Jahr möglicherweise die Wahl zwischen Björn Höcke und einem Kommunisten.

—

„Hitzetote“:
Wie bei Corona werden alle mitgezählt, auch wenn sie bereits schwer vorerkrankt waren und an ganz etwas anderem starben



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de